

zivilschutz magazin



Leserbriefe

In Zivilschutz-Magazin 10/80 hatten wir darüber berichtet, wie die Berufsfeuerwehr Fürth das Funkgerät 8b transportabel gemacht, d. h. in einen Koffer eingebaut hat. Oberbrandmeister Heinz Lethaus jun., Freiwillige Feuerwehr der Stadt Kamen, schreibt uns dazu:

„Zu Ihrem Bericht ‚Der Funkkoffer‘ im ZS-Magazin 10/80 auf Seite 26 möchte ich als Hinweis für diejenigen Leser, die sich nicht zu den ‚Tüftlern‘ zählen, mitteilen, daß die bekannten Hersteller des FuG 8b inzwischen ähnliche Tragevorrichtungen für dieses Gerät anbieten. Die Halterungen sind teilweise mit Akkus oder auch zusätzlich mit einem kombinierten Netz-Ladegerät ausgestattet.“

Für Einsatzzwecke, wie sie in der Einleitung des Berichtes geschildert werden, würde ich jedoch Handsprechfunkgeräte im 2 m-Bereich (FuG 10) bevorzugen. Über das FuG 10 wird Funkverbindung zu dem in der Nähe befindlichen Einsatzleitfahrzeug aufgenommen, der dort eingesetzte Sprechfunker übermittelt die Nachricht an die Leitstelle oder andere Sprechfunkstellen mit dem im Fahrzeug eingebauten FuG 8b. Natürlich werden für dieses Verfahren zwei FuG 10 benötigt, sie können jedoch für den Preis eines FuG 8b beschafft werden. Die Verwendungsmöglichkeiten der Handsprechfunkgeräte im 2 m-Bereich sind zudem viel größer, da völlige Unabhängigkeit von dem eventuell stark belasteten Betriebskanal im 4 m-Bereich besteht. Für die Feuerwehren ist nach dem Entwurf DIN 14507 Teil 2 die zusätzliche Ausrüstung der Einsatzleitfahrzeuge ELF 1 mit zwei Sprechfunkgeräten FuG 10 ohnehin vorgesehen.“

*

Unter dem Titel „Trinkwasser für die Flüchtlinge in Somalia“ hat das Zivilschutz-Magazin in Heft 9/80, Seite 27, das spezielle Verfahren der Trinkwasseraufbereitung beschrieben, das angewandt wird, um aus dem Wasser des Guiba-Flusses für die Flüchtlingslager Trinkwasser zu gewinnen. Dabei ist auf Seite 30 des Berichtes eine falsche Mengenangabe für das zuzusetzende Flockungsmittel enthalten. Die Firma Sachtleben Chemie GmbH, Sparte Wasserchemie, Duisburg, stellt richtig:

„Wir haben uns sehr gefreut, in obiger Veröffentlichung unser Produkt SACHTOKLAR erwähnt zu finden. Leider hat sich bei den Angaben auf der Seite 30 hinsichtlich der erforderlichen Dosiermenge ein Fehler eingeschlichen:

Die Dosiermenge für SACHTOKLAR wurde mit 65 ml pro Liter zu flockendes Flußwasser (65 Teile Flockungsmittel auf 1000 Teile aufzubereitendes Wasser) angegeben, richtig muß es jedoch lauten: 65 ml pro Kubikmeter bzw. 65 Teile Flockungsmittel auf 1 Million Teile Flußwasser.

Dieser Hinweis erscheint jedoch wichtig, da die Verbraucher von SACHTOKLAR ihren Kunden sauberes Trinkwasser und

nicht eine mäßig verdünnte Chemikalie anbieten wollen und müssen.“

Eine Ergänzung zu unserem Artikel „Ein Schutzraum für 20 Personen fix und fertig ab Werk“ – Zivilschutz-Magazin 10/80, Seite 20:

Eine Fertigteilmfirma aus Bayern hat ebenfalls auf der Basis der sogenannten „Garagenschalung“ einen Fertigschutzraum entwickelt und zwischenzeitlich vom Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau eine Verwendungsbescheinigung dafür erhalten. Der Schutzraum hat den Schutzzumfang „Grundschatz“ und ist für bis zu 19 Personen ausreichend.

STELLENAUSSCHREIBUNG

Beim Bundesverband für den Selbstschutz, bundesunmittelbare Körperschaft des öffentlichen Rechts (Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern), sind nachfolgend aufgeführte Stellen zu besetzen:

1. **Leiter/-in der BVS-Dienststelle Recklinghausen**
(Verg.-Gr. IVa BAT – demnächst –
2. **Leiter/-in der Fahrbaren Zivilschutzausstellung in Baden-Württemberg** (Verg.-Gr. IVb BAT) – sofort –
3. **Lehrkraft an der BVS-Schule Körtlinghausen (Nordrhein-Westf.)**
(Verg.-Gr. IVb BAT) – demnächst –
4. **Fachbearbeiter/-in Ausbildung bei der BVS-Landesstelle Niedersachsen** (Verg.-Gr. Vb BAT) – ab 1. 1. 1981 –
5. **Fachbearbeiter/-in bei der BVS-Dienststelle Freiburg**
(Verg.-Gr. Vb BAT) – ab sofort –
6. **Fachbearbeiter/-in bei der BVS-Dienststelle Nienburg**
(Verg.-Gr. Vb BAT) – ab 1. 12. 1980 –
7. **Fachbearbeiter/-in bei der BVS-Dienststelle Ludwigshafen**
(Verg.-Gr. Vb BAT) – sofort –
8. **Fachbearbeiter/-in bei der BVS-Dienststelle Starnberg**
(Verg.-Gr. Vb BAT) – ab 1. 12. 1980 –
9. **Fachbearbeiter/-in bei der BVS-Dienststelle Saarlouis**
(Verg.-Gr. Vb BAT) – ab sofort –
10. **Leiter/-in der BVS-Dienststelle Mannheim**
(Verg.-Gr. IVa BAT) – ab 1. 2. 1981 –

Die Bewerber sollten über umfangreiche Kenntnisse auf dem Sektor des Zivil-, Katastrophen- und Selbstschutzes verfügen.

Bewerber mit abgeschlossener BVS-Fachausbildung werden bevorzugt.

Bis zum Abschluß der Fachausbildung erfolgt Eingruppierung eine Vergütungsgruppe niedriger.

Wir bieten außer einer angemessenen Vergütung die im öffentlichen Dienst üblichen Sozialleistungen.

Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen (Personalbogen, Lebenslauf, Ausbildungs- und Befähigungsnachweisen) sind bis zum **20. Dezember 1980** zu richten an den

**Bundesverband für den Selbstschutz
– Bundeshauptstelle –
Eupener Straße 74, 5000 Köln 41**

Personalbogen wird auf schriftliche Anforderung übersandt. Bei ha. Beschäftigten des BVS genügt formlose Bewerbung.

zivilschutz magazin



11/80
November

ISSN 0173-7872

Impressum

Herausgegeben im Auftrag des Bundesministeriums des Innern vom Bundesverband für den Selbstschutz Eupener Straße 74, 5 Köln 41 Telefon: (0221) 49881

Verlag:

Bundesverband für den Selbstschutz Das „ZS-MAGAZIN“ erscheint monatlich

Chefredakteur:

O. Ulrich Weidner

Redaktion:

Jochen von Arnim
Helmut Freutel
Ulrike von Gimborn
Erich W. van gen Hassend
Dr. Evelyn Henselder

Layout:

Jan Peter Lichtenford
4020 Mettmann

Druck, Herstellung und Vertrieb

A. Bernecker,
Postfach 140, 3508 Melsungen
Tel.: (05661) 8086, Telex: 09-9960

Anschrift der Redaktion:

Eupener Straße 74, 5 Köln 41
Postfach: 450247, Ruf (0221) 49881

Manuskripte und Bilder nur an die Redaktion. Für unverlangt eingesandte Beiträge keine Gewähr. Nachdruck einzelner Beiträge, auch im Auszug, nur mit Quellenangabe und mit Genehmigung der Redaktion gestattet.

Mit Namen gezeichnete Beiträge geben die Meinung der Verfasser wieder und müssen nicht unbedingt mit der Auffassung der Redaktion übereinstimmen.

Einzelpreis je Heft DM 2,80.
Abonnement vierteljährlich DM 8,40,
jährlich DM 33,60.

Im Bezugspreis von DM 2,80 je Heft sind 6,5 Prozent Mehrwertsteuer enthalten. Die Kündigung eines Abonnements kann nur zum Schluß eines Kalender- vierteljahres erfolgen. Sie muß bis spätestens an dessen erstem Tag beim Vertrieb eingehen. Bestellungen beim Vertrieb.

Bei Nichterscheinen der Zeitschrift im Falle höherer Gewalt oder bei Störung des Arbeitsfriedens besteht kein Anspruch auf Haftung.

Inhalt

„Die Entwicklung des Zivilschutzes von 1977 bis 1980“ 4

Ministerialdirektor Wedler, Leiter der Abteilung Zivile Verteidigung im Bundesministerium des Innern, zieht eine Bilanz über die Entwicklung des Zivilschutzes in den vergangenen Jahren.

„Trennendes abgebaut – Verbindendes gestärkt“ 10

Katastrophenschutzwoche in Berlin: Bei mehreren Veranstaltungen um Helfer gewonnen.



„Beobachten, messen, reinigen“ 15

Modellversuch des THW zur Wartung der Trinkwasser-Notbrunnen nach den Richtlinien des BMI.

„Vielseitig und leicht zu bedienen“ 18

Aufbau und Funktionsweise der Aggregate im Wasserverteilersystem des Dekontaminations-Mehrzweck-Fahrzeugs.

„Heros Rosenheim 1 einsatzbereit“ 22

Die Technische Hilfeleistung des THW auf Verkehrswegen, aufgezeigt an einem Wochenendeinsatz des THW-OV Rosenheim.



„Zusammenarbeit ist Voraussetzung für wirkungsvolle Hilfe“ 24

Gemeinsame Übungen und Einsätze der Katastrophenschutz-Einheiten und der Ölwehren der Pipeline-Betreiber angestrebt.

„Das Minimagazin“ U 3

Tips und Kniffe für die Praxis: Abstecken von Winkeln ohne Vermessungsgerät.



Umschau

THW-Einsatz nach Erdbebenkatastrophe in Algerien

Am Montag, dem 13. Oktober 1980, waren 36 Helfer des THW aus Nordrhein-Westfalen und aus Schleswig-Holstein mit zwei Transall-Maschinen der Bundesluftwaffe zu einem Bergungseinsatz in der vom Erdbeben fast völlig zerstörten algerischen Stadt El Asnam gestartet. An Bord der beiden Flugzeuge befand sich die Einsatzmannschaft in der Stärke eines Zuges aus Nordrhein-Westfalen, zwei Hundeführer mit ihren beiden Suchhunden aus Schleswig-Holstein sowie das für diesen Einsatz erforderliche Bergungsgerät, drei Lkw, ein Kombi, ein Feldkochherd und eine Trinkwasseraufbereitungsanlage zur Eigenversorgung.

Unterbrochen von einer kurzen Zwischenlandung in Marseille kamen die Helfer nach einem fünfstündigen Flug um 18.00 Uhr in Algier an und wurden dort von der algerischen Zivilschutzorganisation, *Prot ection Civile*, sofort in das Erdbebengebiet weitergeleitet. Gegen 6.00 Uhr am folgenden Tag trafen die Helfer in El Asnam ein und begannen mit der Erkundung. Es mußte festgestellt werden, daß große Gebäude trotz der Stahlbeton-Konstruktion wie „Kartenh user“ zusammengestürzt waren, so daß nur wenig Hoffnung bestand, Verschuttete noch lebend zu bergen.

Unter den Toten befanden sich zahlreiche Frauen und Kinder. Die Männer hielten sich zur Zeit des Erdbebens anlässlich eines islamischen Feiertages in den Moscheen auf, die weitgehend von der Zerstörung verschont geblieben waren.

Der eigentliche Bergungseinsatz zur Rettung von Menschenleben dauerte von Dienstag bis Donnerstag. Schon am zweiten Tag des Einsatzes konnte ein fünfjähriges Mädchen aus den Trümmern befreit werden, außerdem wurden 21 Tote geborgen. Am Donnerstag, dem 16. Oktober 1980, mußten die Bergungsarbeiten abgebrochen werden, da nicht mehr mit dem Auffinden von berlebenden gerechnet werden konnte.



Die THW-Helfer leisteten anschließend noch Hilfe beim Bau von Notunterkünfte durch Aufstellen von Zelten. Am Montag, dem 20. Oktober, wurde der Einsatz beendet. Die Helfer begannen mit der Organisation des Rücktransportes in die Bundesrepublik Deutschland. Alle 36 Helfer sind inzwischen wieder wohlbehalten zurückgekehrt.

Als Fazit dieses Auslandseinsatzes kann bereits jetzt festgestellt werden, daß das mitgenommene Bergungsger t sich als insgesamt gut und nützlich erwiesen und der Einsatz der beiden Suchhunde sich bewährt hat. Die Zusammenarbeit mit der algerischen Armee und anderen ausländischen Hilfsorganisationen hat reibungslos funktioniert. Als hervorragend konnte die herzliche Aufnahme und die Betreuung der Helfer durch die algerische Zivilschutzorganisation bezeichnet werden. Fachlich interessante Einzelheiten dieses Bergungseinsatzes werden in einem weiteren Beitrag im ZS-Magazin behandelt.

Unser Foto zeigt völlig zerstörte Wohngebäude in El Asnam – 80 Prozent der Häuser fielen bei dem Erdbeben in Trümmer.

Rheinland-Pfalz: Broschüre informiert über Verhaltensregeln im Notfall

„Im Notfall 110“ ist der Titel einer Broschüre, die das Ministerium des Innern und für Sport des Landes Rheinland-Pfalz herausgegeben hat. Auf rund fünfzig Seiten informiert das Heft die Bevölkerung über Vorsorgemaßnahmen und den Aufbau des Rettungs- und Hilfssystems in Rheinland-Pfalz. So werden z. B. das gesamte Rettungsdienstnetz sowie die Melde- und Alarmierungswege graphisch und für jedermann verständlich dargestellt. Unter der Überschrift „Wer hilft“ stellen sich alle Hilfsorganisationen kurz vor und erläutern ihre Aufgaben.

Einen breiten Raum nimmt die Information über die Selbsthilfe in Notfallsituationen ein. Von Tips für die Erste Hilfe über die Lebensmittelbevorratung bis hin zu Verhaltensregeln bei einem Brand

wird dem Bürger aufgezeigt, wie wichtig es ist, eigene Initiativen zu entwickeln und die Selbsthilfe zu erlernen, um in einem Notfall helfen zu können. Ein besonderer Beitrag zeigt die Notfallschutzmaßnahmen für die Umgebung von Kernkraftwerken auf, und in einem Anhang sind darüber zusätzliche Informationen für die Bevölkerung zusammengestellt.

Im Vorwort weist Innenminister Kurt B ockmann auf die Notwendigkeit der Selbsthilfe hin: „Wenn wir uns selbst, unsere Familie, dem Nachbarn oder dem Unbekannten in Not wirksam helfen wollen, ist es nötig, daß jeder Bürger Grundkenntnisse über Gefahren und Schutzmöglichkeiten erwirbt.“ Weiter erklärt der Minister, daß das Land Rheinland-Pfalz dafür gesorgt habe, daß die Hilfe auch bei außergewöhnlichen und großflächigen Gefahrenlagen so schnell und wirksam wie möglich geleistet wird. „Aber all diese staatlichen Vorsorgen reichen allein nicht: Die Mithilfe eines jeden einzelnen ist erforderlich.“

Die Broschüre wird über alle Verwaltungen verteilt und u. a. auch in Arztpraxen und Schulen ausgelegt.

NRW: Sonderschutzpl ne für Umgebung kerntechnischer Anlagen für jedermann einsehbar

Der nordrhein-westfälische Innenminister Dr. Herbert Schnoor hat am 20. Oktober 1980 die örtlichen Behörden angewiesen, daß in den Gemeindeverwaltungen der Kreise Höxter und Düren spätestens vom 27. Oktober dieses Jahres an allen interessierten Bürgern die Sonderschutzpl ne für die Umgebung kerntechnischer Anlagen in Würgassen und Jülich zur Einsichtnahme unbefristet offenzulegen sind. Bei den auszulegenden Exemplaren dieser Pläne werden lediglich Angaben unkenntlich gemacht, die sicherheitsrelevant sind oder dem Datenschutz unterliegen.

Jedermann kann sich davon überzeugen, daß bei kerntechnischen Anlagen, die nach dem atomrechtlichen Genehmigungsverfahren in Betrieb genommen werden, die erforderliche Vorsorge gegen denkbare Schäden nach dem Stand von Wissenschaft und Technik getroffen worden ist. Durch die Vorsorge ist sichergestellt, daß Ereignisse, die zu einer Notfall- oder Katastrophensituation in der Umgebung der Anlage führen können, extrem unwahrscheinlich sind.

Dennoch kann nicht mit völliger Sicherheit ausgeschlossen werden, daß Ereignisablaufe möglich sind, die unter Um-

ständen zu einer über die Grenzwerte hinausgehenden Strahlenbelastung führen können.

Es ist daher die Aufgabe sowohl der Betreiber einer kerntechnischen Anlage wie auch der für die öffentliche Sicherheit und den Katastrophenschutz zuständigen Behörden und der Atomgenehmigungs- und Aufsichtsbehörden, für kerntechnische Anlagen und ihre Umgebung planmäßige Vorbereitungen zur Gefahrenabwehr und Schadensbekämpfung zu treffen.

Die Zahl der Unfalltoten sinkt weiter

Die Zahl der Unfalltoten wird 1980 nochmals niedriger sein als 1979. Nach einer Hochrechnung des ADAC werden bis Ende dieses Jahres rund 2% weniger Menschen im Straßenverkehr tödlich verunglücken als 1979, obwohl die Kraftfahrzeuge um 3% und die Fahrleistungen um rund 5% zugenommen haben. Nach den bisher vorliegenden Zahlen ist für 1980 mit knapp 13000 Verkehrstoten zu rechnen. Weniger günstig sieht die Prognose für die Zahl der Verletzten aus, die 1980 voraussichtlich die Halb-Millionen-Marke übersteigen wird. 1979 wurden im Straßenverkehr 486441 Menschen verletzt.

Besonders vorsichtig sollten die Autofahrer jetzt im Spätherbst und Frühwinter sein. Gerade in den letzten drei Monaten des Jahres schnell die Unfallkurve immer nach oben. Nach ADAC-Untersuchungen entfallen von den 50 unfallreichsten Tagen des Jahres genau 20 auf das letzte Quartal. Die Ursachen für das hohe Unfallrisiko in den letzten drei Monaten des Jahres sind vor allem die frühe Dämmerung, die schlechte Witterung und die durch Laub und Eis rutschigen bzw. glatten Fahrbahnen.

Stichwort Kernenergie: Broschüre informiert über Versorgung, Sicherheit und Katastrophenschutz

„Sichere Energieversorgung ist eine Grundvoraussetzung für soziale Sicherheit und wirtschaftliche Entwicklung.

Deshalb muß alles getan werden, daß Energie nicht knapp wird.“ Mit diesen Sätzen beginnt eine neue Broschüre, die das Innenministerium Baden-Württemberg vor kurzem herausgegeben hat. Schon der Titel „Stichwort Kernenergie: Versorgung – Sicherheit – Katastrophenschutz“ zeigt die drei Themen auf,

über die das Druckwerk den Bürger informieren will. Die Broschüre geht zu Beginn auf die Struktur des Energieverbrauchs in Baden-Württemberg ein und zeigt auf, daß Erdöl der wichtigste Energierohstoff ist. Das immer teurer und knapper werdende Öl erzwingt aber, u. a. stärker Steinkohle, Erdgas, Kernkraft und erneuerbare Energiequellen heranzuziehen und so den Anteil des Mineralöls zu senken. Da Erdgas und Steinkohle aber nur begrenzt verfügbar seien, müsse die Kernenergie künftig weiter ausgebaut werden.

Ein weiterer Beitrag befaßt sich mit dem Thema „Sicherheit“. In Grafiken werden die mehrfach hintereinandergeschalteten Sicherheitsbarrieren im Reaktor aufgezeigt sowie das atomrechtliche Genehmigungsverfahren erläutert. Außerdem wird darauf hingewiesen, daß zur Umgebungsüberwachung von Kernkraftanlagen umfangreiche Meßprogramme durchgeführt werden, mit denen regelmäßig Luft, Wasser, Boden, Bewuchs und auch Lebensmittel kontrolliert werden.

Das letzte Thema der Broschüre zeigt die Mittel und Kräfte des Katastrophenschutzes auf, die bei dem äußerst unwahrscheinlichen Fall eines kerntechnischen Unfalls in Baden-Württemberg zur Verfügung stehen. Die Katastrophenschutzbehörde kann dann u. a. 58 Strahlenspürtrupps der Polizei, 33 ABC-Züge und 20 Dekontaminationsgruppen des Katastrophenschutzes einsetzen. Im weiteren werden die Katastropheneinsatzpläne erläutert, die einzelnen Alarme mit den entsprechenden Maßnahmen erklärt sowie verschiedene Schutzmaßnahmen wie Aufenthalt in Gebäuden, Einnahme von Kaliumjodidtabletten, Evakuierung, Dekontaminierung und ärztliche Betreuung, ausführlich beschrieben.

Anschließend geht die Broschüre noch auf die besondere Katastropheneinsatzplanung für Schulen ein. In fünf Punkten werden Verhaltensregeln für einen Notfall erläutert. Zum Schluß gibt das Druckwerk Hinweise für das Verhalten bei kerntechnischen Unfällen.

Wechsel in der Leitung der Bafu

Der bisherige Geschäftsführer und Direktor der Bundesausführungsbehörde für Unfallversicherung (Bafu) in Wilhelmshaven, Dr. Konrad Leube, wurde am 12. September 1980 in Gegenwart zahlreicher Vertreter des öffentlichen Lebens und der verschiedenen Organisationen, darunter auch des THW, feierlich durch den Bundesminister für Arbeit

und Sozialordnung, Dr. Herbert Ehrenberg, verabschiedet.

Konrad Leube hat als Geschäftsführer der Bundesarbeitsgemeinschaft der Unfallversicherungsträger der öffentlichen Hand in München eine neue Aufgabe übernommen. Gleichzeitig wurde Günter Märtins als Nachfolger Leubes in sein neues Amt eingeführt.

Die Bundesausführungsbehörde für Unfallversicherung ist auch für die Versicherung der Arbeitnehmer und freiwilligen Helfer des Technischen Hilfswerks zuständig. Der guten Zusammenarbeit mit der Bafu unter der Leitung von Dr. Leube ist es zu verdanken, daß auf dem Gebiet der Arbeitssicherung und Unfallverhütung im THW in den letzten Jahren weitere Fortschritte erzielt werden konnten. Bei der Behandlung von Schadensfällen wurde stets der besondere Charakter des THW berücksichtigt, der weitgehend geprägt ist von der freiwilligen und ehrenamtlichen Tätigkeit seiner Mitarbeiter.

Flammen schlugen hundert Meter hoch

Eine weithin sichtbare Flammensäule, die bis zu hundert Meter hoch reichte, stand über der Gasversorgungsstation der bayerischen Gasversorgung in Forchheim bei Ingolstadt. Wegen der übergroßen Hitze konnte die Feuerwehr zunächst nicht an den Brandort vordringen; erst nach Stunden gelang es, die völlig ausgebrannte Station abzukühlen und die Flammen zu ersticken. Der Sachschaden wird auf rund eine Million Mark geschätzt, Personen kamen bei dem Feuer nicht zu Schaden.



Die Entwicklung des Zivilschutzes von 1977 bis 1980

Der Zivilschutz ist ein wesentliches Stück vorangekommen – Neues Zivilschutzgesetz soll die Aufgaben dem Bürger transparenter machen und dazu beitragen, Zivilschutz als eine selbstverständliche und unerläßliche Aufgabe anzusehen

Das Ende der 8. Wahlperiode des Deutschen Bundestages gibt Veranlassung, eine kurze Bilanz über die Entwicklung des Zivilschutzes in den vergangenen Jahren zu ziehen. Dieser Rückblick soll sich auf

– Grundgedanken zur Entwicklung des Zivilschutzes,

– seine finanzielle Entwicklung,

– die Entwicklung in einzelnen Aufgabenbereichen und

– die Bedeutung des Zivilschutzes im politischen Bereich und in der Öffentlichkeit

erstrecken. Auf nähere Einzelheiten muß dabei weitgehend verzichtet werden. Sie bleiben besonderen Abhandlungen vorbehalten.

1. Grundgedanken zur Entwicklung des Zivilschutzes

1.1 Die freiwillige Mitarbeit ehrenamtlicher Helfer und ihrer Organisationen muß Grundlage des Zivilschutzes bleiben

Ein staatliches Zivilschutzkorps könnte nicht das freiwillige Engagement der vielen Tausenden von Helfern in den im Zivilschutz mitwirkenden Organisationen ersetzen. Sie geben ein wichtiges Beispiel für einen staatsbürgerlichen Dienst in und an unserer demokratischen Gemeinschaft. Hierauf hat der Bundesminister des Innern wiederholt hingewiesen. Das jetzige System soll daher auch in Zukunft erhalten bleiben.

Dementsprechend hat der Bundesminister des Innern sowohl mit den Ländern und kommunalen Spitzenverbänden als auch mit den am Zivilschutz beteiligten Organisationen einschließlich des Deutschen Feuerwehrverbandes laufend Fragen des Zivilschutzes erörtert und einen engen Meinungsaustausch gepflegt. Auch in Zukunft werden Fortschritte im Zivilschutz nur in vertrauensvoller Zusammenarbeit aller Beteiligten zu erzielen sein.

1.2 Zivilschutz erfordert eine realistische Planung

Viele Lücken im Zivilschutz hängen mit seiner finanziellen Lage zusammen. Es gilt daher nicht nur, die finanzielle Situation

soweit wie möglich zu verbessern, sondern auch klare Prioritäten zu setzen und realisierbare Programme für einzelne Aufgabenbereiche zu entwickeln. Dem Zivilschutz ist nicht mit weitgesteckten Zielen gedient, die keine Chance der Realisierbarkeit haben, weil der Staat sonst andere für die Bürger und die Gesellschaft unverzichtbare Aufgaben vernachlässigen müßte. Zivilschutz ist unerläßlich, aber es gibt auch viele andere Staatsaufgaben, die ebenfalls erfüllt werden müssen.

Zu weit gesteckte Ziele für den Zivilschutz führen erfahrungsgemäß zu großen Lücken bei den Einheiten und Einrichtungen. Derartige Lücken stellen nicht nur die Einsatzbereitschaft in Frage, sondern können verständlicherweise auch die Motivation der Helfer negativ beeinflussen. Zivilschutzmaßnahmen müssen so geplant werden, daß sie voll realisiert werden können und ihre Effektivität gewährleistet ist.

1.3 Zivilschutz und friedensmäßiger Katastrophenschutz müssen als Teile eines einheitlichen Hilfeleistungssystems eng miteinander verbunden sein

Zivilschutz und friedensmäßiger Katastrophenschutz sind Teile eines einheitlichen Hilfeleistungssystems. Die Planung in beiden Bereichen muß daher soweit wie möglich aufeinander abgestimmt werden. Dies ist in den letzten Jahren insbesondere beim Katastrophenschutz in der Umgebung kerntechnischer Anlagen geschehen. So sind die ABC-Züge des erweiterten Katastrophenschutzes mit Zustimmung des Bundes voll in die Planungen der Länder für den friedensmäßigen Katastrophenschutz einbezogen worden.

Für diese enge Verbindung sprechen auch wirtschaftliche Gründe. Weder im Zivilschutz noch im friedensmäßigen Katastrophenschutz können Kostenüberlegungen beiseite gelassen werden. Wirtschaftliche Überlegungen dürfen aber selbstverständlich nicht dazu führen, daß Bund und Länder sich jeweils auf Kosten des anderen ihren verfassungsmäßigen Aufgaben zu entziehen versuchen.

Der Einsatz von Einheiten und Einrichtungen des Zivilschutzes bei der Bekämpfung von Katastrophen und Unglücksfällen im

Frieden verstärkt nicht nur das Hilfeleistungspotential, sondern ist auch von großer Bedeutung für die Ausbildung der Einheiten und die Motivation der Helfer. Besser als in einer Übung werden Einsatzbereitschaft und Leistungsfähigkeit der Helfer in einem Ernstfall sichtbar. Dies gilt nicht nur für Einsätze im Inland, sondern auch für Katastropheneinsätze im Ausland, sei es im Rahmen der von der Bundesregierung geleisteten humanitären Hilfe oder sei es aufgrund bilateraler Hilfeleistungsabkommen.

1.4 Selbstvorsorge und Selbsthilfe des Bürgers sind im Zivilschutz unverzichtbar und müssen gestärkt werden

Die Schneekatastrophe in Norddeutschland Anfang 1979 hat beispielhaft gezeigt, daß staatliche Maßnahmen in einem Ernstfall nicht ausreichen, um die Bevölkerung zu schützen und ihr zu helfen. Der Bürger muß vielmehr selbst Vorsorge treffen und um Selbsthilfe bemüht sein. Hierauf muß mit Nachdruck hingewirkt werden.

2. Die finanzielle Entwicklung des Zivilschutzes von 1977 bis 1980

2.1 Für den Zivilschutz sind im Bundeshaushalt folgende Mittel veranschlagt worden:

1977	445,9 Mio. DM
1978	500,9 Mio. DM
1979	583,1 Mio. DM
1980*)	625,3 Mio. DM

Eine deutliche Verbesserung zeigt vor allem die finanzielle Entwicklung des erweiterten Katastrophenschutzes:

1977	143,8 Mio. DM
1978	159,6 Mio. DM
1979	244,1 Mio. DM
1980*)	260,7 Mio. DM

*) Ohne Berücksichtigung des Nachtragshaushaltes 1980, der den Einzelplan 36 (Zivile Verteidigung) um 9,9 Mio. DM gekürzt hat.

2.2 Die finanzielle Entwicklung des Zivilschutzes und des gesamten Bereichs der zivilen Verteidigung wird in Debatten über die zivile Verteidigung immer wieder an der Entwicklung der Ausgaben für die militärische Verteidigung gemessen:

Zivile Verteidigung

1977	552,0 Mio. DM
1978	665,4 Mio. DM
1979	730,7 Mio. DM
1980*)	730,0 Mio. DM

Militärische Verteidigung

1977	32866,7 Mio. DM
1978	35000,1 Mio. DM
1979	36663,6 Mio. DM
1980*)	38851,6 Mio. DM

*) Die Änderungen durch den Nachtragshaushalt 1980 sind berücksichtigt.

Dabei wird dann darauf aufmerksam gemacht, daß im Weißbuch zur zivilen Verteidigung 1972 die Bundesregierung erklärt hat, sie werde sich bemühen, als Fernziel auf ein Verhältnis von 20:1 zwischen militärischen und zivilen Verteidigungsaufwendungen hinzuwirken. Die vergangenen Jahre haben nun aber erwiesen, daß die Höhe des Ausgabenbedarfs der beiden Bereiche auf unterschiedlichen Maßnahmen und Notwendigkeiten beruht, die eine Vergleichbarkeit der Gesamtausgaben weitgehend ausschließen. Deshalb ist es nicht möglich, ein festes Zahlenverhältnis zwischen den Ausgaben für die militärische und die zivile Verteidigung festzulegen. Zur Begründung hierfür braucht nur auf den verhältnismäßig hohen Anteil der Personalausgaben im Bereich der militärischen Verteidigung und auf die außerordentlich aufwendigen Beschaffungsmaßnahmen für neue Waffensysteme hingewiesen zu werden. Sicherlich ist ein Vergleich zwischen den Ausgaben für die militärische und die zivile Verteidigung insofern notwendig, als zu den Vorkehrungen für die militärische Verteidigung ausreichende zivile Vorsorgemaßnahmen, insbesondere für den Zivilschutz, hinzutreten müssen. Es hat aber keinen Sinn, dabei auf Zahlenverhältnissen zu beharren, die einer Überprüfung nicht mehr standhalten können.

2.3 Die Erhöhung der Mittel für den Zivilschutz reicht nicht aus, um alle Lücken zu schließen. Die positive Entwicklung ist im Jahre 1980 leider durch die im Nachtragshaushalt 1980 dem Einzelplan 36 (Zivile Verteidigung) auferlegte Kürzung in Höhe von 9,9 Mio. DM beeinträchtigt worden. Hinzu kommt, daß der Bundesminister der Finanzen wegen der Mehrbelastung des Bundeshaushalts zugunsten der Europäischen Gemeinschaft für den Einzelplan 36 gemäß § 41 BHO eine haushaltswirtschaftliche Sperre in Höhe von 34 Mio. DM, von der auf den Bereich des Bundesministers des Innern 24 Mio. DM entfallen, verfügt hat. Gleichwohl zeigt der Vergleich des jetzigen Finanzvolumens mit den im Jahre 1977 zur Verfügung stehenden Haushaltsmitteln, daß eine deutliche Verbesserung eingetreten ist.

3. Die Entwicklung in einzelnen Aufgabenbereichen des Zivilschutzes

3.1 Erweiterter Katastrophenschutz

Er hat einen eindeutigen Schwerpunkt gebildet. Für seine Entwicklung ist von erheblicher Bedeutung, daß von 1977 bis 1980 sieben weitere Länder Katastrophenschutzgesetze erlassen haben. Jetzt hat nur noch Rheinland-Pfalz kein spezielles Katastrophenschutzgesetz, sondern stützt sich auch hinsichtlich des Katastrophenschutzes auf sein Landesgesetz über den Brandschutz und die Technische Hilfe aus d. J. 1974 ab. Alle Katastrophenschutzgesetze der Länder haben die Grundstruktur des Katastrophenschutzes aus dem Gesetz über die Erweiterung des Katastrophenschutzes übernommen. Damit ist ein einheitliches Hilfeleistungssystem sowohl für Katastrophen im Frieden als auch für den Verteidigungsfall gewährleistet. Die Pflichten, die den Hauptverwaltungsbeamten der Kreise und kreisfreien Städte in dem Gesetz über die Erweiterung des Katastrophenschutzes zugewiesen sind, finden ihre Ergänzung in den Katastrophenschutzgesetzen der Länder. Für die effektive Planung und Vorbereitung des erweiterten Katastrophenschutzes ist es von großem Nutzen, daß jetzt die Länder klare Regelungen auch für den Katastrophenschutz

im Frieden und insbesondere eindeutige Planungs- und Vorsorgepflichten festgelegt haben.

3.1.1 Führung im Katastrophenschutz

Die Waldbrandkatastrophe in Niedersachsen im Jahre 1975 hatte Führungsschwächen im Katastrophenschutz deutlich werden lassen. Bund und Länder haben daher gemeinsam ein Führungsmodell für die wichtigste Führungsstufe im Katastrophenschutz, die Kreisstufe, entwickelt. Dieses Modell gilt sowohl für den Katastrophenschutz im Frieden als auch im Verteidigungsfall.

Das Modell sieht die Bildung einer Katastrophenschutzleitung vor, die nach dem Stabsprinzip gegliedert ist und den Hauptverwaltungsbeamten bei der ihm obliegenden Gesamtleitung der Katastrophenabwehr unterstützt. Der taktische Einsatz der Einheiten vor Ort bei der Bekämpfung eines Schadensereignisses soll einer Technischen Einsatzleitung (TEL) obliegen, die ebenfalls stabsmäßig gegliedert ist. Bei mehreren Schadensereignissen können im Bedarfsfall auch mehrere TEL gebildet werden.

Nach einem Beschluß der Ständigen Konferenz der Innenminister des Bundes und der Länder vom 22. Juni 1979 soll dieses Führungsmodell in den Ländern eingeführt und erprobt sowie ihr bis Herbst 1981 ein Erfahrungsbericht vorgelegt werden. Während dieser Erprobungszeit gilt es, nicht nur die Gliederung des Stabes, sondern auch die personellen Konsequenzen, die mit dem Modell verbunden sind, zu überprüfen.

Die Katastrophenschutzschule des Bundes in Bad Neuenahr-Ahrweiler führt in verstärktem Umfang Lehrgänge für die Katastrophenschutzleitung durch. Es ist außerordentlich erfreulich, daß schon viele Kreise und kreisfreie Städte ihre Katastrophenschutzstäbe zu Lehrgängen an die Bundesschule entsandt haben. Gegenwärtig wird in der Katastrophenschutzschule des Bundes an mehr als 70% der Lehrgangsteilnehmer Führungswissen vermittelt.

Von wesentlicher Bedeutung für die Führung im Katastrophenschutz wird auch der Erlaß einer entsprechenden Führungsdienstvorschrift sein. Ein erster Entwurf wird gegenwärtig überarbeitet.

3.1.2 Ausbildung im Katastrophenschutz

Die Leistungsfähigkeit der Einheiten des Katastrophenschutzes hängt in hohem Maße von der Qualität der Ausbildung ab. Daher ist eine bedarfsorientierte Gesamtplanung für alle Ausbildungsgänge erarbeitet worden. Sie sieht eine Aktualisierung der Lernziele für alle Lehrgänge vor. Für



Ministerialdirektor Hans-Dieter Wedler, Leiter der Abteilung Zivile Verteidigung im Bundesministerium des Innern.

eine Reihe von Lehrgängen ist dies bereits geschehen, für andere Lehrgänge sind die Arbeiten in vollem Gange.

Vom Bundesrechnungshof ist in der Vergangenheit mehrfach gerügt worden, daß einige Katastrophenschutzschulen der Länder, deren Kosten vom Bund getragen werden, von Helfern des erweiterten Katastrophenschutzes nicht genügend ausgelastet werden. Der Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages hat sich dieser Auffassung angeschlossen und die Bundesregierung nachdrücklich um Abhilfe er sucht. Zur Durchsetzung wurden sowohl Haushaltsmittel gesperrt als auch gekürzt.

Nach außerordentlich schwierigen Verhandlungen ist es dem Bundesminister des Innern geglückt, mit einigen Ländern Absprachen zu treffen, welche die Wirtschaftlichkeit von Katastrophenschutzschulen verbessern werden. Die Katastrophenschutzschule des Saarlandes hat ihren Betrieb eingestellt; die Katastrophenschutzschule des Landes Rheinland-Pfalz wird auch die Helfer aus dem Saarland ausbilden. Die Katastrophenschutzschule der Freien und Hansestadt Hamburg wird Ende des Jahres aufgelöst. Die Helfer aus Hamburg werden zum größten Teil an der Katastrophenschutzschule des Landes Schleswig-Holstein und zu einem anderen Teil an der Landesfeuerwehrschule in Hamburg ausgebildet werden. Die Katastrophenschutzschule in Bremen wird personell reduziert werden. Ein Teil der Helfer wird künftig an der Katastrophenschutzschule des Landes Niedersachsen ausgebildet werden.

Diese Maßnahmen werden die Wirtschaftlichkeit des Schulsystems beträchtlich verbessern. Darüber hinaus wird aber auch die Leistungsfähigkeit der Schulen erhöht werden, weil nunmehr eine bessere Spezialisierung der Lehrkörper möglich ist.

Für die Ausbildung sind Übungen von großer Bedeutung. Von 1977 bis 1980 wurden im Bundesgebiet 34 Großübungen des Katastrophenschutzes durchgeführt, die vom Bund finanziert wurden.

3.1.3 Stärke und Ausstattung des Katastrophenschutzes

a) Im Jahre 1972 ist als Ziel festgelegt worden, Einheiten in Stärke von 600000 Helfern (1 v. H. der Bevölkerung; Nr. 11 Abs. 1 der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift über die Organisation des Katastrophenschutzes vom 27. 2. 1972) aufzustellen.

Davon sollte der Bund 200000 Helfer voll (Verstärkungsteil) und 400000 Helfer teilweise (Ergänzungsteil) finanzieren. Im Verstärkungsteil sind Einheiten mit rund 135000 Helfern tatsächlich aufgestellt wor-

den. Für den Ergänzungsteil konnten mit Ausnahme geringer Ausbildungskostenzuschüsse keine Mittel bereitgestellt werden.

Für die Einheiten der einzelnen Fachdienste des Katastrophenschutzes waren in den Jahren 1973 bis 1975 Entwürfe von Stärke- und Ausstattungsnachweisungen (StAN) erarbeitet worden. Der Bundesminister der Finanzen stimmte ihnen jedoch nicht zu, weil die jährlich für den Katastrophenschutz bewilligten Haushaltsmittel zeigten, daß die StAN – bezogen auf die angestrebte Stärke des Katastrophenschutzes – zu untragbaren Kosten für den Bund führen würden.

Es gab somit kein gesichertes Finanzierungsprogramm für die Ausstattung des Katastrophenschutzes. Mit den jährlich zur Verfügung stehenden Haushaltsmitteln konnte nur ein Teil der in den StAN-Entwürfen vorgesehenen Geräte und der persönlichen Ausstattung beschafft werden. Ein großer Teil der Fahrzeuge überalterte und konnte nicht ersetzt werden.

b) Eine wesentliche Verbesserung bei der Ausstattung mit Fahrzeugen brachte ein aufgrund einer parlamentarischen Initiative im Innenausschuß des Deutschen Bundestages im Jahre 1978 entstandenes Finanzsonderprogramm, das vom Haushaltsausschuß in seine Haushaltsberatungen übernommen wurde. Dieses Finanzsonderprogramm sieht für die Jahre 1979 bis 1982 zusätzlich 320 Mio. DM für neue Fahrzeuge vor. Dadurch konnten im Jahre 1979 1001 neue Fahrzeuge für rund 120 Mio. DM beschafft werden. Im Jahre 1980 werden etwa 1108 Fahrzeuge im Werte von 117 Mio. DM hinzukommen. Diese Beschaffungen stellen einen wesentlichen Schritt vorwärts dar. Den Abgeordneten im Innen- und Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages, die dieses Programm durchgesetzt haben, gebührt daher besonderer Dank.

c) So wertvoll das in die Finanzplanung der Bundesregierung übernommene Finanzsonderprogramm auch ist, es reicht nicht aus, um alle Ausstattungslücken zu schließen.

Der Bundesminister des Innern entschloß sich daher,

- neue StAN zu erarbeiten,
- einen zahlenmäßigen Ausbau des erweiterten Katastrophenschutzes zurückzustellen und
- auf der Basis der neuen StAN und der jetzigen Stärke ein Konsolidierungsprogramm zu schaffen.

Für die wichtigsten Fachdienste wurden neue StAN bereits fertiggestellt:

- Brandschutzdienst (Löschzüge R und W),
- ABC-Dienst,
- Bergungsdienst,
- Instandsetzungsdienst,
- Sanitätsdienst,
- Betreuungsdienst (Betreuungszüge und Betreuungseilzüge).

Nach überaus schwierigen Verhandlungen fanden sie die Zustimmung des Bundesministers der Finanzen. Zwar mußten gewisse Abstriche in Kauf genommen werden, die aber nicht den Wert der neuen StAN in Frage stellen. Für die übrigen Fachdienste sind neue StAN in Arbeit. Auch sie werden bald mit dem Bundesminister der Finanzen abgestimmt werden können.

Die Stärke der vom Bund voll zu finanzierenden Einheiten des erweiterten Katastrophenschutzes (Verstärkungsteil) soll bis auf weiteres 142000 Helfer betragen. Diese Obergrenze ermöglicht sowohl die Auffüllung gewisser personeller Lücken in den bestehenden Einheiten als auch die von Bund und Ländern als dringlich angesehene Aufstellung weiterer ABC-Züge in der Umgebung kerntechnischer Anlagen. Zur Zeit befinden sich 40 ABC-Züge in der Aufstellung, die bis Ende 1982 zu den vorhandenen 200 ABC-Zügen hinzutreten sollen.

Das Konsolidierungsprogramm sieht im Einvernehmen mit dem Bundesminister der Finanzen vor, die Ausstattungslücken bis 1990 zu schließen. Dafür werden rund 1,15 Mrd. DM nach dem Preisstand von 1980 benötigt, und zwar sowohl für die Komplettierung der Ausstattung als auch für die bis 1990 voraussichtlich anfallenden Ersatzbeschaffungen.

Der Bundessicherheitsrat hat am 19. Juni 1980 die Festlegung der Stärke des erweiterten Katastrophenschutzes auf 142000 Helfer und das Konsolidierungsprogramm gebilligt. Die ergänzenden Ausbildungsmaßnahmen für den friedensmäßigen Katastrophenschutz (Ergänzungsteil) werden im bisherigen Umfang fortgeführt. Mit diesem Beschluß des Bundessicherheitsrates ist es erstmalig seit dem Erlass des Gesetzes über die Erweiterung des Katastrophenschutzes im Jahre 1968 gelungen, eine feste Grundlage für die Beschaffung der Ausstattung zu erhalten.

Mit der Durchführung des Konsolidierungsprogramms werden nicht nur die Fahrzeugprobleme gelöst werden. Als besonders wichtig sind ebenso die Beschaffung der persönlichen Ausstattung und Verbesserungen im Fernmeldewesen ein-

schließlich der Alarmierung hervorzuheben.

d) Das Konsolidierungsprogramm betrifft nur die Ausstattung des erweiterten Katastrophenschutzes. Auch andere materielle Probleme, wie z. B. die Verbesserung der Unterbringung der Einheiten, bedürfen dringend einer Lösung. Die Unterbringung ist sehr kostenaufwendig. Eine wesentliche Verbesserung der Gesamtsituation kann daher kurzfristig nicht erreicht werden. In den kommenden Jahren müssen daher alle Anstrengungen unternommen werden, um trotz der sehr schwierigen Finanzlage des Bundes zu verstärkten kontinuierlichen Fortschritten zu kommen.

3.1.4 Verwaltungsvereinfachung

Ein wesentliches Ziel der Arbeit in den vergangenen Jahren lag auch in einer Vereinfachung der Verwaltungsgänge. Es liegt auf der Hand, daß dieses Ziel in einem Hilfeleistungssystem, das sich auf die Mitarbeit freiwilliger Helfer und ihrer Organisationen stützt, ganz besondere Bedeutung haben muß. Dabei darf aber nicht übersehen werden, daß auch der erweiterte Katastrophenschutz ohne eine geordnete Verwaltung nicht auskommen kann. Die Verwendung von Mitteln des Steuerzahlers und damit das Haushaltsrecht des Bundes setzen einer Verwaltungsvereinfachung zwangsläufig Grenzen. Jede unnötige Perfektionierung der Verwaltung ist jedoch zu vermeiden.

Bei den Überlegungen zur Verwaltungsvereinfachung galt es auch, die praktischen Erfahrungen auszuwerten, die seit Erlaß des Gesetzes über die Erweiterung des Katastrophenschutzes im Jahre 1968 und der zu diesem Gesetz erlassenen Verwaltungsvorschriften angefallen waren. Dabei stellte sich heraus, daß zwar von vielen Seiten nachdrücklich der Ruf nach Verwaltungsvereinfachung erscholl, dabei aber kaum konkrete Verbesserungsvorschläge gemacht wurden. Die Vorschläge wurden daher vom Bundesamt für Zivilschutz in Zusammenarbeit mit dem Bundesminister des Innern selbst erarbeitet. Von den vom Bundesamt für Zivilschutz herausgegebenen Verwaltungsvorschriften, Rund-erlassen usw. konnte bisher rund ein Drittel aufgehoben werden. Weitere Überprüfungen laufen noch in Zusammenarbeit mit den Ländern. Es ist vorgesehen, daß fortgeltende Vorschriften durch textliche Zusammenfassung weiter reduziert werden sollen.

Diese Vorschriftenbereinigung auf Seiten des Bundes wird letztlich aber nur dann vollen Erfolg haben, wenn auch die Länder die von ihnen erlassenen ergänzenden Vorschriften überprüfen.

Die vom Bundesminister des Innern zum Gesetz über die Erweiterung des Katastrophenschutzes erlassenen Allgemeinen Verwaltungsvorschriften werden in der nächsten Legislaturperiode ebenfalls mit dem Ziel der Vereinfachung überarbeitet werden.

3.2 Schutzraumbau

3.2.1 Fortführung der finanziellen Förderung des Schutzraumbaues

Im Zuge der Verschlechterung der Haushaltslage des Bundes waren seit 1975 keine neuen Schutzräume mehr durch Zuschüsse gefördert worden. Am 22. Dezember 1977 hat die Bundesregierung beschlossen, die finanzielle Förderung des Schutzraumbaues fortzuführen.

Für den Schutzraumbau soll weiterhin das Prinzip der Freiwilligkeit gelten. Die Bundesregierung hat sich nicht in der Lage gesehen, den gesetzgebenden Organen die Aufhebung der bald nach Erlaß des Schutzbaugesetzes im Jahre 1965 erfolgten Suspendierung der Schutzraumbaupflicht vorzuschlagen.

Für eine Schutzraumbaupflicht ist mit von wesentlicher Bedeutung, wer die dem Bauherren entstehenden Mehrkosten tragen soll. Das Schutzbaugesetz sah in bestimmten Fällen die Übernahme eines erheblichen Teils der Mehrkosten durch den Bund vor. Die Haushaltslage des Bundes läßt dies auch weiterhin nicht zu. Wenn der Bauherr die Mehrkosten allein tragen soll, ergibt sich die Frage, ob dadurch die Bereitschaft zum Wohnungsbau beeinträchtigt werden könnte, obwohl die Mehrkosten relativ gering sind.

3.2.2 Kostensenkung

Neue bautechnische Grundsätze für eine vereinfachte Konzeption, die jedoch den Anforderungen des Grundschutzes voll genügt, wurden für Großschutzräume in Verbindung mit unterirdischen Bahnen sowie für Großschutzräume in Verbindung mit Tiefgaragen herausgegeben. Ebenfalls wurden neue baufachliche Richtlinien für die Nutzbarmachung vorhandener öffentlicher Schutzbauten (Bunker und Stollen) erlassen.

Die Kosten bei diesen öffentlichen Schutzräumen konnten dadurch erheblich gesenkt werden, daß die früher sehr aufwendige raumluftechnische Versorgung wesentlich vereinfacht worden ist.

Auch die Verfahrensregeln für die Errichtung öffentlicher Schutzräume in Verbindung mit unterirdischen baulichen Anlagen (Mehrzweckbauten) wurden überarbeitet und neu herausgegeben.

3.2.3 Entwicklung des Schutzraumbaues

Da die Haushaltsmittel für den Schutzraumbau insbesondere auch durch das erwähnte Finanzsonderprogramm erhöht wurden, ist eine merkbare Steigerung vor allem des Baues öffentlicher Schutzräume festzustellen. Viele Gemeinden sind sich der Notwendigkeit des Schutzraumbaues bewußt geworden und wollen neue Tiefgaragen und U-Bahnanlagen als Großschutzräume herrichten.

Seit der Wiederaufnahme der Schutzraumbauförderung hat der Bund für 114 Mehrzweckanlagen Finanzierungszusagen erteilt. Weitere Anträge liegen vor. Auch die Nutzbarmachung ehemaliger Schutzbauwerke aus dem letzten Weltkrieg ist in verstärktem Umfang wieder aufgenommen worden. 171 derartige Projekte befinden sich gegenwärtig zum Teil im Bau, zum größeren Teil in der Planung.

Auch die gestiegene Bereitschaft der Bürger und Kommunen zum Schutzraumbau kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß ein Schutzraumbau auf freiwilliger Grundlage zwangsläufig nur geringe jährliche Zuwachsraten bringen kann. Dies kann jedoch nicht gegen die Fortführung des Schutzraumbaues sprechen. Unter humanitären Gesichtspunkten ist jede Vermehrung der Schutzraumplätze wertvoll. Im übrigen sind in unseren Nachbarländern mit einer hohen Zahl von Schutzräumen (Schweiz, skandinavische Länder) die Erfolge trotz gesetzlicher Schutzraumbaupflicht auch nur durch langjährige Entwicklungen erreicht worden.

Der Bundessicherheitsrat hat die Fortführung des Schutzraumbaues auf freiwilliger Grundlage am 19. Juni 1980 nochmals bestätigt. Bei den Haushaltsverhandlungen 1981 und der Fortschreibung der Finanzplanung bis 1984 soll auf die Bereitstellung von Haushaltsmitteln so hingewirkt werden, daß möglichst den sachlich gerechtfertigten Anträgen auf Finanzierung von öffentlichen Schutzräumen und Hauschutzräumen nach Maßgabe der dafür bestehenden Richtlinien entsprochen werden kann.

3.3 Warndienst

Der Warndienst ist der am weitesten ausgebaut Bereich des Zivilschutzes. Der Aufbaustand bei den Sirenen beträgt etwa 83%, bei den ABC-Meßstellen beträgt er etwa 80% der Planung. Mangels ausreichender Haushaltsmittel konnten in den letzten Jahren keine wesentlichen Fortschritte bei der Schließung der Lücken gemacht werden.

Von dem jährlichen Haushaltsvolumen in Höhe von rund 90 Mio. DM sind rund 60 Mio. DM für Leistungen der Deutschen Bundespost zu zahlen, davon für die Anmietung von posteigenen Stromwegen und Reservestromwegen allein 37 Mio. DM. Der Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages hat die Bundesregierung am 7. November 1979 aufgefordert, die Belastung des Warndienstes mit Fernmeldegebühren zu überprüfen. Gegenwärtig prüfen der Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen und der Bundesminister des Innern, ob es Möglichkeiten gibt, angemietete Stromwege durch andere technische Lösungen zu ersetzen, ohne daß dadurch Sicherheitsanforderungen beeinträchtigt werden. Von einer entscheidenden Senkung der fernmeldetechnischen Vorhaltekosten dürfte es abhängen, ob die im Warndienst bei den Sirenen und ABC-Meßstellen bestehenden Lücken bald geschlossen werden können.

3.4 Gesundheitswesen

Für die gesundheitliche Versorgung der Bevölkerung in einem Verteidigungsfall sind im Zivilschutz bisher folgende Maßnahmen in Angriff genommen worden: Erfassung und Vorbereitung von Hilfskrankenhäusern, Bevorratung von Arzneimitteln, ärztlichem Gerät und der Ausstattung für Hilfskrankenhäuser, Ausbildung von Schwesternhelferinnen, Ausbildung der Bevölkerung in Erster Hilfe. Die Haushaltsmittel konnten seit 1977 auch für diese Aufgabenbereiche erhöht werden.

Der Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit bereitet zur Zeit einen Gesetzentwurf zur Gesundheitssicherstellung vor. Er sieht umfassende Regelungen für die Planung und Durchführung von Vorsorgemaßnahmen im gesamten Bereich des Gesundheitswesens vor. Damit wird der Gesetzentwurf auch von grundsätzlicher Bedeutung für die bisherigen im Zivilschutz durchgeführten Maßnahmen sein.

3.5 Selbstschutz

Dieses Gebiet wirft besondere Probleme auf. Es gilt nicht nur, bestimmte Lücken im Aufbau des Selbstschutzes in den Gemeinden zu schließen und möglichst große Teile der Bevölkerung mit klarem Informationsmaterial zu versorgen. Vielmehr muß die Bevölkerung davon nachhaltig überzeugt werden, daß sie selbst etwas tun muß. Dies setzt unter anderem voraus, daß beim Bürger ein Informationsbedürfnis geweckt wird. Dabei kann es keinesfalls darum gehen, eine Angst vor Katastrophen und schon gar nicht vor einem Krieg zu schüren. Vielmehr ist nüchtern auf die Tatsache hinzuweisen, daß es auch in der

heutigen Welt keine Garantie einer absoluten Sicherheit, eines Unberührbleibens von gefährlichen Entwicklungen gibt.

3.5.1 Verbesserung des Selbstschutzes in den Gemeinden

Hierzu hat eine Arbeitsgruppe, die aus Angehörigen des federführenden Bundesverbandes für den Selbstschutz, des Bundesamtes für Zivilschutz und der Gemeinden Düsseldorf, Celle und Neckarsulm bestand und an der sich das Bundesministerium des Innern beteiligte, eine Reihe von Vorschlägen erarbeitet. Sie betreffen die Ausbildung der Selbstschutzesachbearbeiter der Gemeinden, die Öffentlichkeitsarbeit in den Gemeinden, die Gewinnung, Ausbildung und Fortbildung von Selbstschutzberatern sowie deren Aufgaben. Die Vorschläge sollen in einem Modellversuch mit rund 80 Gemeinden, die ihre Bereitschaft zur Teilnahme am Modellversuch erklärt haben, erprobt werden. Mit dem Versuch ist am 1. September dieses Jahres begonnen worden.

3.5.2 Abbau des Informationsdefizits der Bevölkerung über Vorsorge- und Selbsthilfemaßnahmen

Zu diesem Zweck wurden insbesondere folgende Maßnahmen in Angriff genommen:

a) Eine umfassende, klar verständliche „Vorsorgebroschüre“ (Arbeitstitel) steht vor der Fertigstellung. Sie enthält u. a. Aufklärung über die Sirensignale, Verhaltensregeln bei Katastrophen, Vorschläge zur Lebensmittel- und Trinkwasserbevorratung, Angaben über Schutzmöglichkeiten in Wohnstätten, Hinweise für die Ausstattung von Schutzräumen.

b) Ein neuer Film „Selbstschutz im Verteidigungsfall“ wird voraussichtlich Ende dieses Jahres fertiggestellt sein. Er behandelt ebenfalls wesentliche Aspekte des Selbstschutzes. Er soll vornehmlich bei der Ausbildung der Selbstschutzesachbearbeiter und Selbstschutzberater der Gemeinden eingesetzt werden. Von besonderer Bedeutung ist, daß in einem Krisenfall die einzelnen Filmabschnitte als Spots im Fernsehen und in Kinos gezeigt werden können:

c) Neue Muster für Bekanntmachungen, Merkblätter usw. mit wichtigen Informationen, die die Bevölkerung in einem Krisenfall benötigt, werden für die Gemeinden vorbereitet.

3.5.3 Verbesserung der Effektivität des BVS

Zur Verbesserung der Effektivität des Bundesverbandes für den Selbstschutz wurde im Januar 1978 eine Änderung seiner organisatorischen Struktur beschlossen, mit

deren Verwirklichung Anfang 1979 begonnen wurde und die voraussichtlich Ende dieses Jahres abgeschlossen sein wird.

Die früheren 135 hauptamtlich besetzten Dienststellen wurden auf 81 Dienststellen zurückgeführt, die einheitlich mit jeweils acht hauptamtlichen Mitarbeitern und einer ausreichenden Zahl von ehrenamtlichen Mitarbeitern besetzt sind. Die früheren 192 ehrenamtlich besetzten Dienststellen wurden aufgelöst. Alle Dienststellen bekommen eine einheitliche, verbesserte Geräteausstattung.

4. Die Bedeutung des Zivilschutzes im politischen Bereich und in der Öffentlichkeit

4.1 Die aufgezeigten Verbesserungen im Zivilschutz waren nur möglich, weil in den letzten Jahren sowohl im politischen Bereich als auch in der Öffentlichkeit das Verständnis für die Notwendigkeit des Zivilschutzes sichtbar gewachsen ist.

In den Beratungen über die Entwürfe der Haushaltsgesetze im Plenum des Deutschen Bundestages ist in den letzten Jahren regelmäßig auch über den Einzelplan 36 – Zivile Verteidigung – im einzelnen diskutiert worden. Hervorzuheben ist auch die Beratung des Antrags der Fraktion der CDU/CSU vom 16. November 1978 betr. Gesamtverteidigung (BT-Drucks. 8/2295) am 27. Juni 1979 im Plenum des Deutschen Bundestages. Dieser Antrag ist mit einer Reihe von Änderungen am 3. Juli 1980 vom Deutschen Bundestag angenommen worden.

Auch im Bereich der Länder sind Fragen des Zivilschutzes sehr gründlich behandelt worden. Die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen hat am 14. November 1979 zu einer Anfrage zur zivilen Verteidigung umfassend schriftlich Stellung genommen. Ebenso hat sich die Hessische Landesregierung am 27. Februar 1980 auf eine Große Anfrage zur zivilen Verteidigung eingehend geäußert. Die Landesregierung von Baden-Württemberg hat am 20. November 1979 einen Beschluß insbesondere zum Einbau von Schutzräumen in alle neuen Behördenbauten des Landes gefaßt.

Außerhalb der Parlamente ist ebenfalls immer wieder von Politikern öffentlich zum Zivilschutz Stellung genommen worden. So hatte grundsätzliche Bedeutung die Ansprache von Bundesminister Baum auf dem Sicherheitspolitischen Kongreß der F.D.P. in Münster/Westf. am 28. April 1979 mit dem Thema „Zivilverteidigung als Schwerpunkt liberaler Sicherheitspolitik“. Von den letzten größeren Veranstaltungen sind der Besuch des Bundespräsidenten Prof. Dr. Carstens in der Katastrophen-

schutzschule des Bundes in Bad Neuenahr-Ahrweiler am 19. August 1980 sowie die Vortragsveranstaltung des Osang-Verlages mit Prof. Dr. Carl Friedrich von Weizsäcker und Bundesminister Baum am 12. Juni 1980 zu nennen. Prof. Dr. von Weizsäcker hatte sich zuvor in einem Aufsatz „Falls es doch Krieg gibt . . . – Ein Plädoyer für mehr Bevölkerungsschutz“ in der Wochenzeitung „Die Zeit“ am 16. Mai 1980 eindringlich zum Zivilschutz geäußert.

4.2 Die Diskussionen in der Öffentlichkeit über den Zivilschutz zeigen immer wieder, daß vielfach ausreichende Informationen darüber fehlen, welche Aufgaben der Zivilschutz im einzelnen zu erfüllen hat, wie sein Aufbauzustand ist und wie er z. B. mit dem friedensmäßigen Katastrophenschutz zusammenarbeitet. Dieses fehlende Wissen erschwert das Verständnis für die Notwendigkeit des Zivilschutzes. Der Bundesminister des Innern hat daher im September 1979 eine Broschüre „Zivilschutz heute – für den Bürger, mit dem Bürger“ herausgegeben, die ein ungeschminktes Bild des Zivilschutzes enthält. In weniger als einem Jahr mußten 3 Auflagen mit 133 000 Exemplaren (zusätzlich 5 000 Exemplare in englischer Sprache) gedruckt werden, weil das Echo insbesondere bei den Bürgern, den Kommunen und den mit dem Zivilschutz verbundenen Organisationen so groß war. Dieses Echo läßt hoffen, daß das Verständnis für den Zivilschutz auch weiterhin wachsen wird.

5. Ausblick

In den Jahren 1977 bis 1980 ist der Zivilschutz ein wesentliches Stück vorangekommen. Vieles bleibt noch zu tun. Die Arbeiten in der neuen Legislaturperiode können jedoch auf einer erheblich verbesserten Ausgangslage aufbauen.

Ein Schwerpunkt wird dabei auch die Erarbeitung eines neuen Zivilschutzgesetzes sein, das die bisherigen Zivilschutzgesetze (Gesetz über den Zivilschutz, Gesetz über die Erweiterung des Katastrophenschutzes und Schutzbaugesetz) zusammenfassen soll. Anfang 1978 waren die im Jahre 1977 begonnenen Arbeiten zur Änderung und Ergänzung des Gesetzes über die Erweiterung des Katastrophenschutzes unterbrochen worden, weil die Arbeiten zur materiellen Verbesserung des Katastrophenschutzes Vorrang haben mußten. Das neue Zivilschutzgesetz wird alle Erfahrungen auswerten und alle Bereiche des Zivilschutzes auf den neuesten Stand bringen. Es soll den Zivilschutz für alle Bürger transparent machen und damit ebenfalls einen Beitrag dazu leisten, daß in unserer Gesellschaft der Zivilschutz als eine selbstverständliche und unerläßliche Aufgabe angesehen wird.

STELLENAUSSCHREIBUNG

Der Bundesverband für den Selbstschutz, bundesunmittelbare Körperschaft des öffentlichen Rechts (Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern), sucht ab sofort

für seine Öffentlichkeitsarbeit
eine Mitarbeiterin

mit Erfahrungen auf dem Gebiet der Öffentlichkeitsarbeit und Erwachsenenbildung. Grundkenntnisse auf dem Gebiet des Zivilschutzes und Selbstschutzes sind erwünscht. Weitere Kenntnisse werden in Fachlehrgängen vermittelt.

Die Bewerberin sollte das 45. Lebensjahr nicht überschritten haben.

Der BVS hat u. a. die Aufgabe, über Zivilschutz und Katastrophenschutz zu informieren und über Gefahren und Schutzmöglichkeiten aufzuklären, insbesondere über Selbsthilfemaßnahmen. Eine vorrangige Zielgruppe der Informationstätigkeit der gesuchten Mitarbeiterin soll u. a. der weibliche Teil der Bevölkerung sein.

Geboten werden eine Vergütung bis Vergütungsgruppe III BAT sowie die im öffentlichen Dienst üblichen Sozialleistungen. Trennungsgeld und Umzugskostenvergütung werden nach den gesetzlichen Bestimmungen gewährt.

Bewerbungen mit ausgefülltem Personalbogen, handgeschriebenem Lebenslauf, Lichtbild aus neuester Zeit sowie beglaubigten Ausbildungs- und Befähigungsnachweisen sind bis zum **31. Dezember 1980** zu richten an den

Bundesverband für den Selbstschutz
– **Bundeshauptstelle** –
Eupener Straße 74, 5000 Köln 41

Personalbogen wird auf schriftliche Anforderung übersandt.

STELLENAUSSCHREIBUNG

Beim Bundesverband für den Selbstschutz, bundesunmittelbare Körperschaft des öffentlichen Rechts (Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern), ist im Organisationsreferat der Bundeshauptstelle eine Planstelle der Besoldungsgruppe A 12 BBesO (gehobener Dienst)

– **Verwaltungsamtsrat** –

demnächst zu besetzen.

Aufgabengebiet: Sachbearbeiter für Angelegenheiten der BVS-Organe, Dienstanweisungen, Organisations-, Geschäftsprüfungen sowie Arbeitsplatz- und Dienstpostenbewertungen.

Anforderungen: Befähigung für die Laufbahn des gehobenen nichttechnischen Dienstes in der allgemeinen und inneren Verwaltung des Bundes, gute Kenntnisse auf dem Gebiet des Tarif- und Beamtenrechts sowie in der Organisation.

Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen (Personalbogen, Lebenslauf, Ausbildungs- und Befähigungsnachweisen) sind bis zum **31. Dezember 1980** zu richten an den

Bundesverband für den Selbstschutz
– **Bundeshauptstelle** –
Eupener Straße 74, 5000 Köln 41

Personalbogen wird auf schriftliche Anforderung übersandt.

Katastrophenschutzwoche in Berlin:

Trennendes abgebaut – Verbindendes gestärkt

Bei mehreren Veranstaltungen um Helfer geworben –
THW-Ehrenzeichen in Gold für Innensenator Ulrich –
Zweistündige Live-Übertragung im SFB

Ganz im Zeichen des Katastrophenschutzes stand Berlin in der Zeit zwischen dem 6. und 12. Oktober 1980. Unter dem Motto „Hilf mit“ warben alle am Katastrophenschutz beteiligten Organisationen für ihre Arbeit, vor allem aber für personellen Nachwuchs. Berlin konnte wegen seiner besonderen Gegebenheiten mit dem Aufbau der Einheiten und Einrichtungen des Katastrophenschutzes, die organisatorisch zum Katastrophen-Hilfsdienst zusammengefaßt werden, erst Jahre nach den anderen Bundesländern beginnen. Das Fehlen einer dem § 8 Absatz 2 KatSG entsprechenden Möglichkeit machte sich hierbei nachteilig bemerkbar; der Katastrophen-Hilfsdienst hat daher personelle Sorgen.

Vor einem Jahr wurde deshalb die Idee geboren, eine „Woche des Katastrophenschutzes“ durchzuführen, um durch wiederholte, kurz aufeinander folgende Veranstaltungen nachhaltig den Gedanken des Katastrophenschutzes den Bürgern nahezubringen und für die Hilfsorganisationen ehrenamtliche Helfer zu werben. Die Gesamtkoordination lag beim Senator für Inneres. An der Planung und Durchführung beteiligten sich die Berliner Feuerwehr (Berufsfeuerwehr und Freiwillige Feuerwehren), das Technische Hilfswerk, der Arbeiter-Samariter-Bund, die Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft, das Deutsche Rote Kreuz, die Johanniter-Unfall-Hilfe, der Malteser-Hilfsdienst und die Gesellschaft für den Zivilschutz in Berlin.

Der Senator für Inneres, Peter Ulrich, leitete die große Aktion am 2. Oktober 1980 mit einer Pressekonferenz ein, in der er die Probleme des Katastrophenschutzes darlegte, die Ziele der Katastrophenschutzwoche erläuterte und die Einzelveranstaltungen ankündigte. Rundfunkinterviews des Senators und anderer prominenter Sprecher ergänzten die Pressekonferenz.

Zum Auftakt der Woche eröffnete am 6. Oktober der Präsident des Bundeamtes für Zivilschutz, Dr. Paul Wilhelm Kolb, gemeinsam mit Senator Ulrich die Plakatausstellung „Mehr als schöne Worte“. Anwesend waren zahlreiche Pressevertreter und weit über 100 Besucher, darunter viele

Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens. Die Ausstellung, über deren Inhalt und Rang bereits mehrfach berichtet wurde, wurde bis zum 19. Oktober im Foyer des

Rathauses Schöneberg, dem Sitz des Abgeordnetenhauses und des Regierenden Bürgermeisters, gezeigt und erfreute sich eines regen Interesses.



Zum Auftakt der Katastrophenschutzwoche in Berlin wurde im Schöneberger Rathaus die Plakatausstellung des BZS „Mehr als schöne Worte“ eröffnet. Unser Bild zeigt (von links nach rechts) Leitenden Senatsrat Grunst, BZS-Präsident Dr. Kolb und den Senator für Inneres, Ulrich.



Als vorbildlich bezeichnete Staatssekretär Dr. Fröhlich, Bundesministerium des Innern, das Gesamtsystem der Berliner Katastrophenhilfsdienste anlässlich einer Feierstunde, in der den Helfern für ihre ehrenamtliche Arbeit gedankt wurde.

Ehrenzeichen für Helfer

Am 8. Oktober verlieh Senator Ulrich in der Staatsbibliothek das Feuerwehr- und Katastrophenschutz-Ehrenzeichen in Silber und in Gold an 93 Frauen und Männer, die seit mindestens 10 oder 25 Jahren aktiv in den Hilfsorganisationen mitwirken. Seit der Einführung des Ehrenzeichens im März 1978 ist diese jährliche Feierstunde eine feste und anerkannte Einrichtung geworden, in der der Senat von Berlin den Hilfsorganisationen und ihren Helfern für die ehrenamtlich geleistete Arbeit dankt und in einem anschließenden Empfang Gelegenheit zu einem zwanglosen Meinungsaustausch quer durch die Organisationen und mit den verantwortlichen Vertretern der Verwaltung gibt.

Die diesjährige Feierstunde war in doppelter Hinsicht bemerkenswert. Sie stand einmal im Zeichen der „Hilf mit“-Aktion der Katastrophenschutzwoche, zum anderen war Staatssekretär Dr. Fröhlich als Vertreter des Bundesinnenministers erschienen. Staatssekretär Dr. Fröhlich würdigte in einer vielbeachteten Ansprache die Leistungen der Berliner Hilfsorganisationen und würdigte das Gesamtsystem des Berliner Katastrophen-Hilfsdienstes als vorbildlich. Er zeichnete dann Senator Ulrich mit der höchsten Auszeichnung des Technischen Hilfswerks, dem THW-Ehrenzeichen in Gold, aus. Senator Ulrich nahm die hohe Ehrung mit Dank stellvertretend für alle diejenigen entgegen, die in der Verwaltung und in den Organisationen mit großem Engagement die Berliner Feuerwehr, das Technische Hilfswerk und die übrigen Hilfsorganisationen zu einem gemeinsamen Instrument der Gefahrenabwehr integriert haben.

Am 10. Oktober übergab Senator Ulrich auf dem Hof der Branddirektion feierlich 20 bundeseigene Krankentransportwagen des Katastrophen-Hilfsdienstes an die vier Sanitätsorganisationen. Zur Übergabe hatte sich Landesbranddirektor Seidel, der in Berlin die Funktion des Hauptverwaltungsbeamten wahrnimmt, und die Spitzen der Hilfsorganisationen versammelt; außerdem waren Vertreter der Presse und des Rundfunks zugegen. Unter den 20 Fahrzeugen befand sich auch der 50. Krankentransportwagen, den Berlin als besondere Ausstattung vom Bund erhalten hat, was Senator Ulrich in seinen Ausführungen besonders zu würdigen wußte.

Rund 23000 Besucher

Höhepunkt und Abschluß der Katastrophenschutzwoche war eine öffentliche Großveranstaltung am 12. Oktober auf einem Parkplatz in unmittelbarer Nähe des Kurfürstendamms, dem Berliner Bum-



Staatssekretär Dr. Fröhlich zeichnete Innensenator Ulrich mit dem THW-Ehrenzeichen in Gold aus. In der Bildmitte THW-Direktor Ahrens.



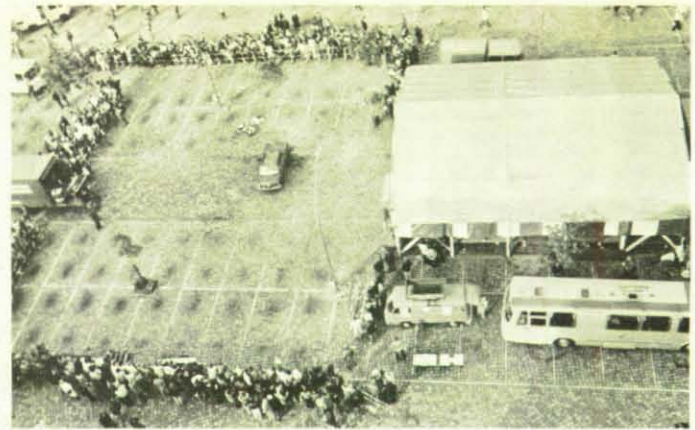
Innensenator Ulrich verlieh 93 Helferinnen und Helfern das Katastrophenschutz- und Feuerwehr-Ehrenzeichen in Silber und Gold für 10 bzw. 25 Jahre aktive Mitarbeit im Katastrophenschutz.



Auf dem Hof der Branddirektion übergab Senator Ulrich 20 bundeseigene Krankentransportwagen an die vier Sanitätsorganisationen. Hier nimmt der MHD-Beauftragte Freiherr Heereman die Schlüssel entgegen. Neben Ulrich ist auch Landesbranddirektor Seidel im Bild.



Unter den 20 Krankentransportwagen befand sich auch das 50. Fahrzeug, das Berlin als besondere Ausstattung vom Bund erhalten hat (Bildmitte).



Auf einem Parkplatz in unmittelbarer Nähe des Kurfürstendamms fand als Höhepunkt und Abschluß der Katastrophenschutzwoche eine Großveranstaltung statt, zu der rund 23 000 Besucher kamen.



Innensator Ulrich in ungewohnter Funktion – als KTW-Fahrer.



Das Deutsche Rote Kreuz erläuterte Ausstattung und Einsatzmöglichkeiten eines Notarztwagens.



Die Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft stellte eine Druckkammer aus, deren Funktion hier Innensator Ulrich erklärt wird.



Die Gesellschaft für den Zivilschutz zeigte Filme und warb für die Ausbildung im Selbstschutz.



Der Arbeiter-Samariter-Bund informierte u. a. mit einer Tafelausstellung über seine Aufgaben und Ziele.



Regier Besuch auch am Stand des Malteser-Hilfsdienstes, der einen Querschnitt durch seine Arbeit bot.



Die Johanniter-Unfall-Hilfe demonstrierte Sofortmaßnahmen am Unfallort.



Die Arbeit mit der Sauerstofflanze, wie immer eine Attraktion: Hier zeigte ein Helfer des THW, wie Beton durchbohrt wird.



Aus luftiger Höhe schilderte eine Reporterin des SFB den Hörern ihre Eindrücke beim Abseilen.



Die Feuerwehr im Einsatz: Mit Schaum wurde ein brennendes Auto abgelöscht.



Die Jüngsten der Feuerwehr übten beim THW, wie ein Baumstamm in handliche Scheiben gesägt wird.

melboulevard. Von 10.00 bis 18.00 Uhr spielten abwechselnd das Berliner Polizeiorchester, das Orchester der Berliner Stadtreinigung und die Blue Cellar Combo flotte Weisen. Die Berliner Feuerwehr und die Hilfsorganisationen zeigten fachbezogene Vorführungen. Die Winsener und die Havelmajoretten erfreuten mit gelungenen Darbietungen das Auge. Eine Brauerei sorgte mit Bier, Wurst und Bouletten für das leibliche Wohl, unterstützt von Technischem Hilfswerk und Arbeiter-Samariter-Bund mit Eintopf aus ihren Feldkochher-

den. Attraktionen für die Jüngsten ließen Kinderaugen leuchten. Die Stimmung der rund 23.000 Besucher war ausgezeichnet.

Der Sender Freies Berlin berichtete zwei Stunden lang live von der Veranstaltung. Moderator Cadenbach interviewte Innenminister Ulrich.

Der Sender Freies Berlin berichtete zwei Stunden lang live von der Veranstaltung. Moderator Cadenbach interviewte Innenminister Ulrich.



Verbindendes gestärkt

Zahlreiche Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens besuchten die Großveranstaltung, stellvertretend für alle seien genannt: der Vorsitzende der Innenministerkonferenz, der Bremer Innenminister Helmut Fröhlich, der Vorsitzende der SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin, Franz Ehrke, Senatsdirektor Gerhard Naulin und Polizeipräsident Klaus Hübner.

Was die Katastrophenschutzwoche bewirkt hat, läßt sich noch nicht voll übersehen. Es ist jedoch sicher, daß es gelungen ist, die Öffentlichkeit zu erreichen und die Probleme des Katastrophenschutzes darzustellen. Wie viele Helfer geworben wurden, kann noch nicht gesagt werden. Fest steht dagegen: Die Woche hat Trennendes abgebaut, Verbindendes gestärkt und die Organisationen und Behörden, die für den Katastrophen-Hilfsdienst verantwortlich sind, noch enger zusammengeführt als es in der Vergangenheit schon der Fall war. Es ist die Absicht aller Beteiligten, entsprechende Aktivitäten zu wiederholen.

Größter Beliebtheit erfreute sich die Spritzwand, die von der Feuerwehr aufgestellt worden war, bei den Berliner Gören.



Der Sprung-Retter – einmal zum Vergnügen der Besucher eingesetzt.

Hans-Günter Hinz / Fotos: Günter Sers

Kölner THW hält 32 Notbrunnen einsatzfähig

Beobachten, messen, reinigen

Modellversuch des THW zur Wartung der Trinkwasser-Notbrunnen nach den Richtlinien des BMI – Instandsetzungsgruppe des THW-Ortsverbandes Köln-West im praktischen Einsatz



Kaum ein Passant wird vermuten, daß sich unter dieser Abdeckplatte ein Trinkwasser-Notbrunnen verbirgt.

Das Zivilschutz-Magazin berichtete in Heft 6/80 unter dem Titel „Damit das kostbare Naß jederzeit fließen kann“ über die neugefaßten „Richtlinien und Hinweise für die Wartung von netzunabhängigen Trinkwasser-Notbrunnen“. Danach sind für den Betrieb und die Wartung dieser Notbrunnen die Wasserversorgungsunternehmen zuständig. Es ist aber die Frage, ob die Versorgungsunternehmen im Verteidigungsfall überall in der Lage sind, den zusätzlichen Bedarf an Personal und Gerät zum Betrieb der Notbrunnen sicherzustellen.

Das THW prüft deshalb derzeit in einem Modellversuch, ob der Betrieb und die Wartung von Trinkwasser-Notbrunnen durch den Einsatz organisationseige-

ner Helfer erfolgen kann. Am Beispiel der Instandsetzungsgruppe des THW-Ortsverbandes Köln-West wird im folgenden Bericht aufgezeigt, wie die Wartung der Trinkwasser-Notbrunnen in der Praxis durchgeführt wird.

Köln, Berrenrather Straße 482, in der Unterkunft des THW-Ortsverbandes Köln-West: Trotz der frühen Stunde herrscht am Samstagmorgen rege Betriebsamkeit. Eine Gruppe von Helfern übt die Bergung Verletzter, eine andere baut eine Schaukel für einen Kinderspielplatz. Einsatzpläne werden besprochen, Fahrzeuge „klargemacht“, Fahraufträge ausgestellt. Ohne große Worte zu verlieren leistet jeder Helfer seinen Beitrag zur Bewältigung der vielfältigen Aufgaben des Zivil- und Katastrophenschutzes.

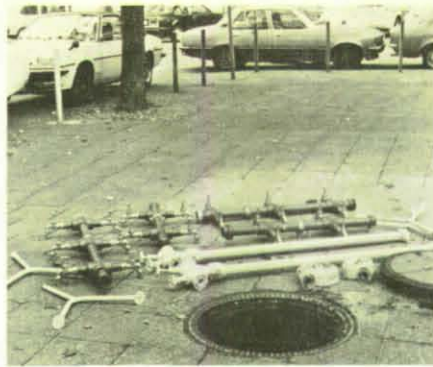
Rolf Langen, „Chef“ der für die Brunnenwartung zuständigen THW-Instandsetzungsgruppe, macht sich mit seinem Team fertig für einen Einsatz. Die Gruppe ist mit der Wartung und Betriebsüberwachung von 32 Notbrunnen im Kölner Stadtgebiet beauftragt. Während eines Einsatzes überprüfen sie normalerweise fünf bis sechs Brunnenanlagen.

Hochmoderne Anlage

Ihre erste Fahrt geht zum Opernplatz. Vor ihnen liegt kein alter, anheimelnder Straßenbrunnen aus der Zeit der Pferdedroschken, sondern eine schlichte Abdeckplatte, die einem Kanaldeckel ähnelt und nicht vermuten läßt, daß sich darunter ein Brunnen verbirgt. Die THW-Helfer be-

ginnen mit ihrer Arbeit: Zunächst wird die Abdeckplatte mit einem Spezialschlüssel entfernt. Bereits der erste flüchtige Blick in den etwa zwei Meter tiefen Brunnen-schacht läßt erkennen, daß hier mit großem finanziellen Aufwand eine hochmoderne technische Anlage installiert wurde. Er-staunlich ist, wieviel Gerätschaften in dem Schacht Platz finden. Der Reihe nach wer-den die Geräte ans Tageslicht befördert und auf ihre Funktionstüchtigkeit hin unter-sucht.

Während ein Teil der Helfer Dichtungen auswechselt und defekte Teile durch neue Materialien ersetzt, wird von anderen die Geländeoberfläche genau untersucht: Ab-sackungen des Untergrunds, Ölflecken auf dem Asphalt, Neuverlegung von Abwas-serrohren, all das kann zur Schädigung der Brunnenanlage und zu einer Beeinträch-tigung der Trinkwasserqualität führen.



Oben: Sämtliche notwendigen Gerätschaften, die für den schnellen Aufbau einer Zapfstelle für Trinkwasser nötig sind, befinden sich in dem Brunnen-schacht.



Rechts: Es gehört schon einige Erfahrung dazu, um die Standrohre auf den Brunnenkopf aufzusetzen.

Aufbau und Probelauf

Anschließend beginnt die eigentliche Be-triebsprüfung. Beim Aufbau der Gruppen-zapfstelle und dem Anschluß der entspre-chenden Schlauchverbindungen spürt man, daß die Instandsetzungsgruppe ihr Handwerk versteht.

Sachkundig erläutert Rolf Langen: „Wir führen bei jeder Brunnenwartung einen Probelauf von mindestens halbstündiger Dauer durch. Unsere Aufmerksamkeit gilt dabei insbesondere einer Trübung oder Färbung des Wassers sowie der Beimengung von Sand oder anderen Stoffen.“ Auch die Temperatur des Wassers, die wichtige Aufschlüsse über das chemische „Gleichgewicht“ der nassen Substanz geben kann, wird geprüft und zusammen mit den anderen Daten in einer Checkliste notiert.

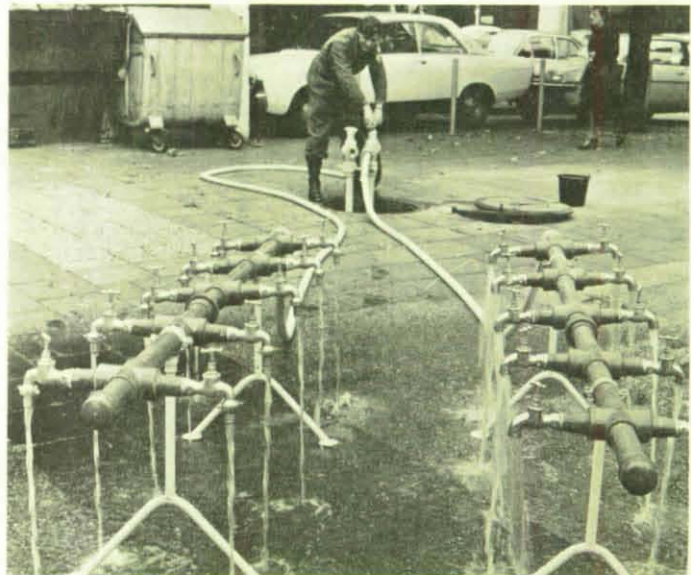


Analyse im Labor

Detaillierte Untersuchungen der Trinkwas-serqualität können vor Ort freilich nicht durchgeführt werden. Daher entnehmen die THW-Helfer zum Abschluß ihres War-tungsdienstes dem frisch abgepumpten Wasser stets einige Proben. Diese werden später im Labor der Gas-, Elektrizitäts- und Wasserwerke Köln eingehend analysiert.

Wie der Leiter des Labors, Dr. Kurz, erklärt, gibt die Analyse dieser Proben nicht nur Aufschluß über die Qualität des Trinkwas-sers, sie ermöglicht teilweise auch wichtige Hinweise auf Schädigungen, die sich über kurz oder lang auch im städtischen Was-serversorgungssystem negativ bemerkbar machen könnten: „Im Gegensatz zu den Wasserwerken, die weit außerhalb der Stadt in sogenannten Wasserschutzgebieten liegen, befinden sich die Trinkwasser-Notbrunnen inmitten städtischen Gelän-

Oben: Die im Brunnen-schacht gelagerten Gruppenzapfstellen sind zerlegbar. Eine der War-tungsaufgaben ist der Zusammenbau und die Überprüfung der Funk-tionsfähigkeit.



Rechts: Mindestens eine halbe Stunde soll der Probelauf des Notbrun-nens dauern. Dabei ach-ten die Helfer u. a. auch auf eine Trübung oder Färbung des Wassers.

des. Sie sind dadurch natürlich auch anfälliger für Wasserverschmutzungen jeglicher Art. Durch die ständige Kontrolle, die von den Instandsetzungsgruppen des THW durchgeführt wird, ist es uns möglich, Verschmutzungen frühzeitig zu lokalisieren und durch geeignete Maßnahmen zu neutralisieren, so daß eine negative Beeinflussung des Grundwassers teilweise vermieden werden kann."

Wer denkt schon an den Ernstfall?

Die THW-Helfer fahren zum zweiten Einsatzort, dem Friedrich-Wilhelm-Gymnasium in der Severinstraße: Kinder scharen sich um die Instandsetzungsgruppe. Ihr Interesse gilt allerdings weniger dem Brunnen als dem „Drumherum“. Wieviel der Jeep wohl „macht“, ist den Knirpsen verständlicherweise wichtiger als die Wasserversorgung im Ernstfall.

Daß dies nicht immer so war, daran erinnert sich eine ältere Frau, die ihren Einkaufsbummel unterbrochen hat, um sich die Brunnenanlage anzuschauen: „Während des Krieges kam es öfter vor, daß das zentrale Wassernetz durch Bombenangriffe zerstört wurde, dann haben wir mehr als einmal Wasser vom Notbrunnen geholt.“

Jene Bürger, die nach 1945 geboren sind und nicht über diese bitteren Erfahrungen verfügen, können mit dem Begriff „Notbrunnen“ jedoch kaum etwas anfangen. „Wer denkt denn schon an den Ernstfall?“ meint ein junger Passant, und seine Frau pflichtet ihm bei: „Irgendwie nimmt man das als selbstverständlich hin, wenn man morgens den Wasserhahn aufdreht, um sich zu waschen oder Kaffeewasser aufzusetzen. Daß dies auch anders sein könnte, daran denkt niemand.“

Zwei Drittel der Bürger können versorgt werden

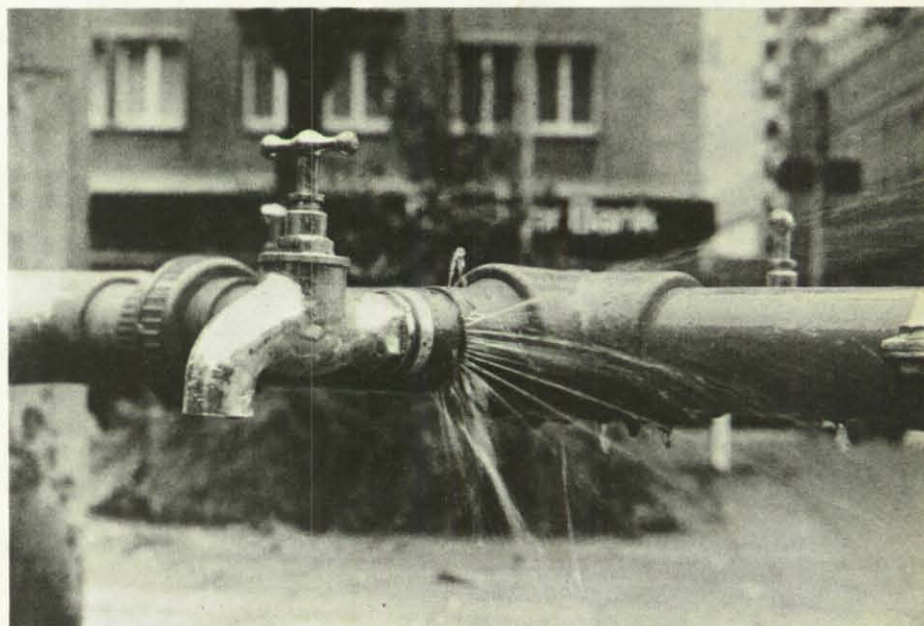
Mit vorbildlichen Baumaßnahmen hat man in Köln dafür gesorgt, daß sich kein Bürger darüber den Kopf zerbrechen muß, wo er bei Ausfall des öffentlichen Netzes das lebensnotwendige Naß beziehen kann. Allein mit den seit 1970 gebauten Brunnen können rund zwei Drittel der Kölner Bevölkerung – und Köln ist fast eine Millionenstadt – unmittelbar versorgt werden. Zum Vergleich: Im Bundesgebiet stehen 3300 Trinkwasser-Notbrunnen zur Verfügung; sie versorgen rund 22,5 Prozent der Gesamtbevölkerung mit Trinkwasser.

Die zuständige Sachbearbeiterin bei der Stadt Köln erklärt: „In Köln ist eine weitere Aufstockung des Bestandes geplant, um die Trinkwasserversorgung der gesamten Bevölkerung im Stadtgebiet sicherzustellen.“

Rechts: Alle Beobachtungen, Meßergebnisse, festgestellte Mängel und zu deren Beseitigung getroffene Maßnahmen werden in einer Checkliste notiert.



Unten: Erst ein Probelauf läßt Mängel an der Gruppenzapfstelle erkennen. Hier ist es eine undichte Verbindung.



Neben einer Probeentnahme von Brunnenwasser wird auch die Temperatur gemessen. Sie gibt wichtige Aufschlüsse über das chemische „Gleichgewicht“ der nassen Substanz.



Auch die gründliche Reinigung der Brunnen-schachtanlage gehört zu den Wartungsaufgaben.

Vielseitig und leicht zu bedienen

Aufbau und Funktionsweise der Aggregate im Wasserverteilersystem des Dekontaminations-Mehrzweck-Fahrzeugs

In Heft 2/80 des Zivilschutz-Magazins stellten wir das Dekontaminations-Mehrzweck-Fahrzeug (DMF), das für den ABC-Dienst im Katastrophenschutz eingesetzt wird, vor. Es ist so ausgerüstet, daß es im Verteidigungsfall zur Personen-, Material- und Gelände-Dekontamination verwendet werden kann, aber auch im friedensmäßigen Katastrophenschutz einsetzbar ist u. a. zur Desinfektion, Straßenreinigung, Streuen von Ölbindern und Salz, Trinkwassertransport und -abgabe, Versorgung von stationären Duschanlagen mit Warmwasser, Feuerlöschen mit Wasser und Schaummitteln und zu Bergungsarbeiten mit der Winde.

Die dazu nötigen Aggregate erleiden bei zu langer Stehzeit Schäden. Deshalb sollte mindestens alle 14 Tage der Funktionsablauf des Aufheizens des Wassers im Umlaufverfahren überprüft werden. Der Bedienungsaufwand ist gering, alle Aggregate sind dabei in Funktion, und das Fahrzeug ist dadurch immer einsatzbereit.

Dieser Beitrag nun befaßt sich mit dem technischen Aufbau und der Funktionsweise der Aggregate, die im Wasserverteilersystem des DMF integriert sind.

1. Elektrokreiselpumpe EP 2/4

Die EP 2/4 übernimmt die gesamte Wasserversorgung für die aufgezeigten Funktionsabläufe:

- Personen-Dekontamination
- Material-Dekontamination
- Gelände-Dekontamination

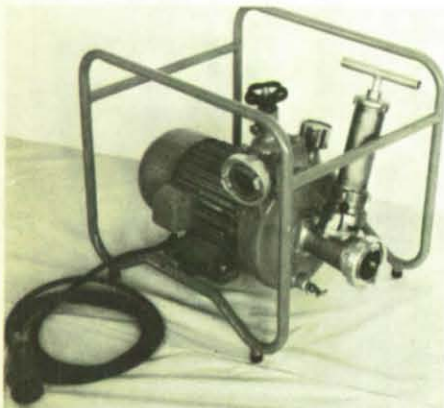


Abb. 1: Die Elektrokreiselpumpe EP 2/4.

Beschreibung

Als Antriebsmotor der Pumpe wurde ein Drehstrommotor mit folgenden Daten ausgewählt:

- Leistung 4 Kw
- Bauform B 15
- Schutzart IP 44
- 50 Hz
- $\cos g = 0,85$
- Drehzahl 2900 U/min.

Die Pumpe ist eine einstufige Kreiselpumpe mit geschlossenem Laufrad.

- Sauganschluß: axialer Saugstutzen mit Festkupplung

- Druckanschluß: absperbares, selbstschließendes Niederschraubventil mit Festkupplung.

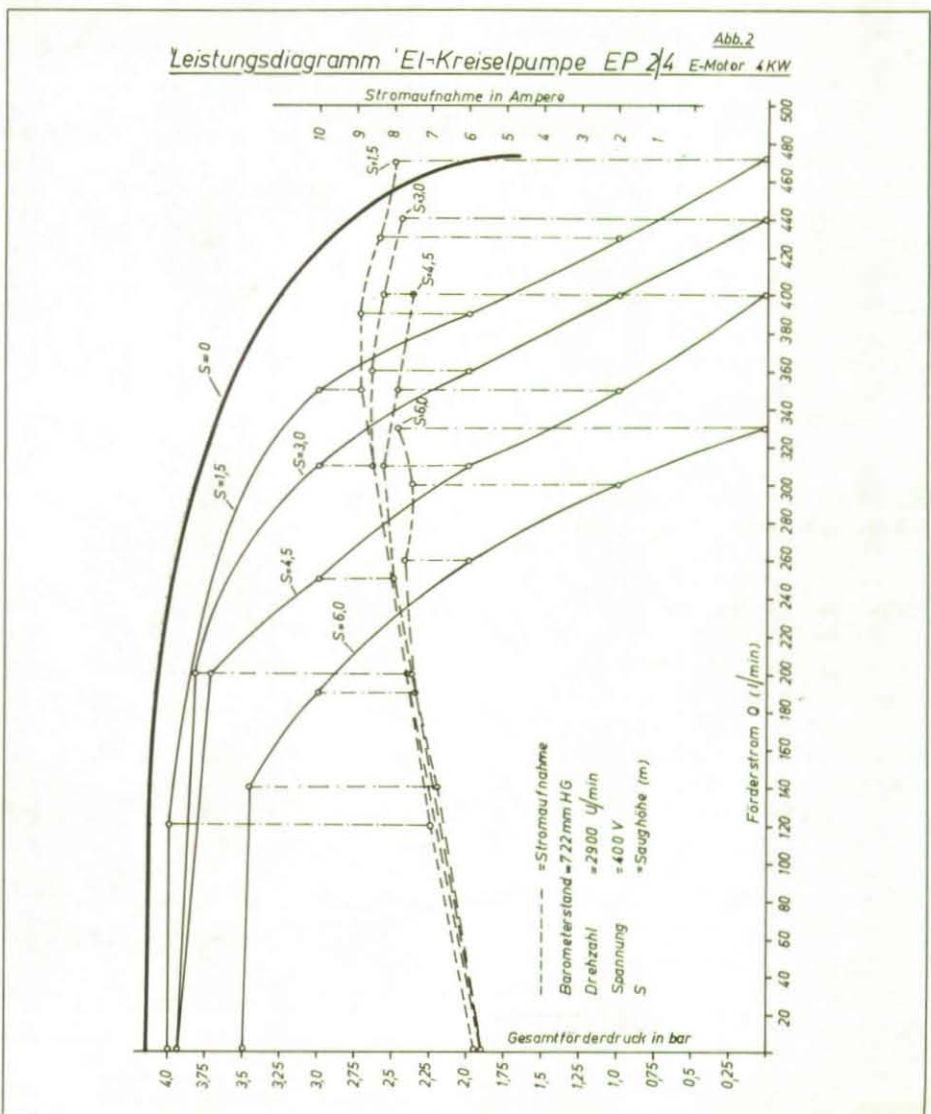
Die Kraftübertragung Motor zur Pumpe erfolgt direkt. Als Pumpenwellenabdichtung werden zwei Radialdichtringe, die in einer Dichtungsbüchse montiert sind, verwendet. Die Dichtungsbüchse kann als einzelnes Teil leicht ausgetauscht werden.

Werkstoffe

Sämtliche wasserführenden Teile sind aus seewasserbeständiger Leichtmetall-Legierung ausgeführt. Die Pumpenwelle sowie der Spaltwasserring besteht aus rostbeständigem Stahl.

Die Entlüftung erfolgt über eine von Hand zu betätigende Kolben-Entlüftungspumpe, die am Pumpendeckel direkt angeflanscht ist. Das Aus- und Einlaßventil ist mit einem Drehschieber zu einem Teil zusammengefaßt. Das komplette Ventilorgan ist ohne Werkzeug leicht zugänglich. Bei Zuführung von Druckwasser wird die Entlüftung mittels Drehschieber abgesperrt.

Als Tragrahmen wurde der genormte Rahmen der TS 2/5 nach DIN 14410 ausgewählt.



Die Leistung der Pumpe ist aus dem beigegebenen Leistungsdiagramm ersichtlich, wobei zu bemerken ist, daß die Pumpe in der Dekon-Anlage die Saughöhe $s = 0$ hat. Die Leistungskurve hierfür ist im Diagramm besonders hervorgehoben.

Die max. Stromaufnahme liegt hier bei 7 Amp. je Phase (bei der Funktion Wassersprühen). Das entspricht einer Kw-Leistung von

$$P = U \times J \times \cos g \times \sqrt{3}$$

$$P = 380 \text{ Volt} \times 7 \text{ Amp.} \times 0,85 \times 1,73$$

$$P = 3,9 \text{ Kw (Nennleistung).}$$

Der 5- bis 7fache Anlaufstrom der EP 2/4 wird von dem 5 KVA-Stromaggregat mit Synchron-Generator aufgenommen.

S = 1,5 m, S = 3,0 m, S = 4,5 m und S = 6,0 m und die zugeordneten Kurven für die Stromaufnahme sollen lediglich einen Überblick über den Leistungscharakter der EP 2/4 geben.

2. Wasserdurchlauferhitzer (WDE)

Der WDE dient zur Warmwasserbereitung bis 85°C. Die Wärmeleistung im Wasser beträgt zwischen 60 Mcal/h und 90 Mcal/h.

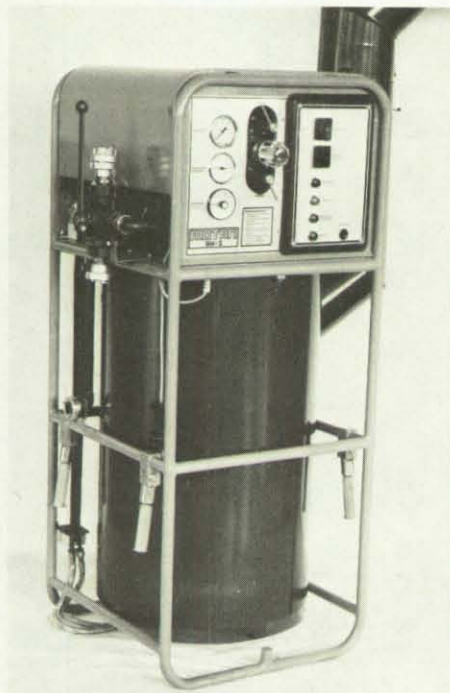


Abb. 3: Der Wasserdurchlauferhitzer.

Das Gerät arbeitet im 2-Stufen-Betrieb. Bei einem Gewicht von ca. 140 kg ist das Gerät noch transportabel und kann sowohl auf dem DMF als auch abgesetzt in Betrieb genommen werden. Der einfache Aufbau des Gerätes erlaubt eine leichte Bedienung. Durch die eingebauten Regel- und Sicherheitsorgane bietet das Gerät eine optimale Betriebssicherheit und kann ohne Aufsichtspersonal betrieben werden.

Beschreibung

Der WDE besteht aus folgenden Hauptbaugruppen:

- Brenner
- Wärmetauscher mit Brennkammer und Heizschlange
- Ölvorwärmung mit angebaurem Thermostat
- Abgasstutzen
- Elektrische Schaltplatte mit Betriebsstundenzähler
- Thermostatische Mischbatterie

Technische Daten

Abmessungen ohne Abgasaustritt: Länge 550 mm, Breite 550 mm, Höhe 1300 mm

Gewicht: 148 kg

Leistung: 251 MJ/h (60 Mcal/h)

bis

377 MJ/h (90 Mcal/h)

Wasserdurchlauf: 600–3000 l/h

Temperaturerhöhung: 30°C bei 3000 l/h

Verbrauch an Betriebsstoff: Heizöl EL, Stufe I 9 l/h, Stufe I und II 12,5 l/h

Brenner: 2stufig arbeitend mit selbsttätiger Luftmengenregulierung sowie Flammenüberwachung

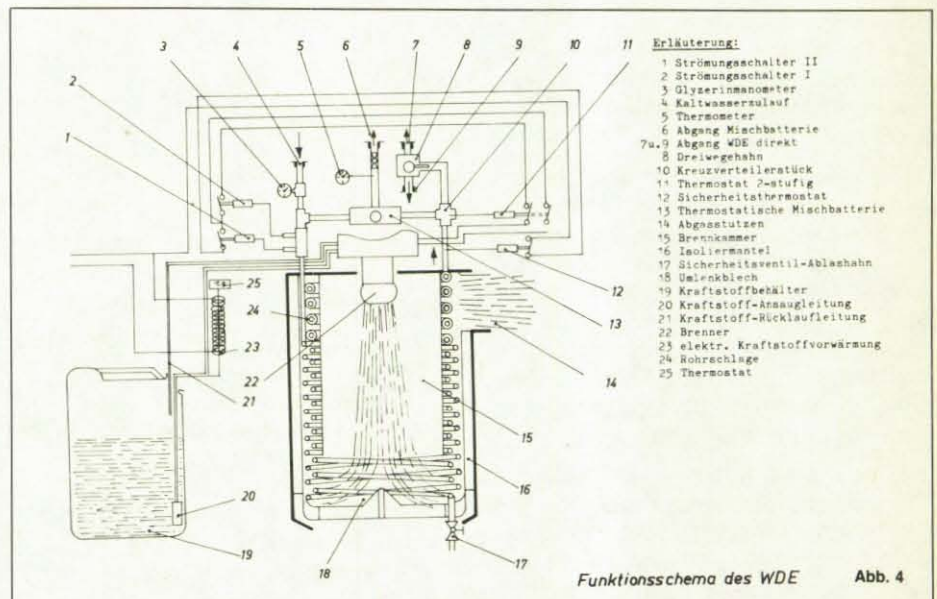
Elektroanschluß: 220 Volt

Stromaufnahme: 0,88 A = 194 Watt

Betriebsstoff-Vorwärmung: Heizleistung bei Inbetriebnahme

300 Watt bei Betriebstemperatur

reduzierte Heizleistung von 165 Watt



Funktionsschema des WDE

Abb. 4

Funktionsweise

Nach Anschluß der Wasserleitung (Zu- und Abgang) an Pumpe oder öffentlicher Versorgungsleitung und an die Verbraucherstelle (Dusche usw.) sowie nach dem Anschließen der Saug- und Rücklaufleitung an den Betriebsstoffbehälter und nach Anlegen der Versorgungsspannung ist der WDE betriebsbereit.

Nach dem Einschalten tritt die Ölvorwärmung in Funktion. Ist die Temperatur von ca. 30°C erreicht, schaltet der eingebaute Thermostat die Heizung aus und gleichzeitig über ein Relais den Brennermotor ein. (Durch die Ölvorwärmung wird verhindert, daß in kalten Jahreszeiten Temperaturen unter +2°C Paraffinausscheidungen aus dem Heizöl die Ölförderpumpe bzw. die Düsen verstopfen.) Läuft der Brennermotor, wird Heizöl gefördert und durch die vorgewärmte Ölleitung erwärmt und ständig auf 20–30°C gehalten.

Nach Vorhandensein einer Mindestfließmenge Wasser von ca. 600 l/h wird über den Ölfeuerungsautomaten die Zündung 6 sec. lang ohne Zufuhr von Öl in Betrieb gesetzt (Vorspülzeit). Nach Ablauf dieser Vorspülzeit öffnet das Magnetventil für die Brennstufe I und das in die Brennkammer einströmende Öl-Luftgemisch wird gezündet.

Bei einer Mindestfließmenge Wasser von 1200 l/h wird nach weiteren 15 sec. (Sicherheitszeit) der Einschaltimpuls für die Brennstufe 2 gegeben.

Der 2stufige Brenner ist mit vertikal nach unten gerichteter Mischeinrichtung auf dem Wärmetauscher aufgebaut. Das eingespritzte Öl-Luft-Gemisch wird im Feuerraum verbrannt und durch einen Umlenkboden nach oben abgelenkt. Das Heißgas gibt nun die Wärme an die Wasser-Rohrschlangen ab und tritt danach über den Abgasstutzen mit einer Temperatur von ca. 200°C aus. Das zu erwärmende Wasser

fließt vom Kaltwasserzulauf über zwei Strömungsschalter zum Wärmetauscher (Rohrschlangen). Nach erfolgter Erwärmung strömt das Wasser über ein Kreuzverteilerstück zu einem Dreiweghahn und zu der thermostatischen Mischbatterie. Bei geschlossenem Dreiweghahn und geöffnetem Duschwasserabgang kann durch Zufluß von kaltem Wasser thermostatisch geregeltes Wasser (z. B. Duschwasser

38°C) abgegeben werden. Beim geschlossenen Duschwasserabgang fließt das heiße Wasser direkt zum Dreiwegehahn und kann von dort für zwei Funktionen abgenommen werden. Beim DMF z. B. für

- Aufheizen der 1500 l Wasser im Umlaufverfahren
- Heißwasserabgabe in das Wasserverteilersystem.

Die elektrische Steuerung des WDE erfolgt über 4 Relais in einem zentralen Steuerkasten. Die Relais sind untereinander austauschbar. Der WDE hat eine Schutzart IP-43 und entspricht abgasseitig den Sicherheitsbestimmungen.

3. Dosierpumpe

Allgemeines

Durch den Einbau der Dosierpumpe in das Wasserverteilersystem des DMF besteht die Möglichkeit, flüssige Chemikalien dem Duschwasser bzw. dem Reinigungswasser beizumischen. Mit dieser Maßnahme wird der Dekontaminationsablauf beschleunigt und der taktische Einsatzwert des DMF erweitert und verbessert.

Die Dosierpumpe besteht aus den in der Abb. 5 aufgezeigten Baugruppen und Einzelteilen.

Funktionsbeschreibung

Auf die Baugruppen und Einzelteile der Abb. 5 wird hier Bezug genommen:

Über einen Drehschieber Pos. 2, der nach dem Prinzip einer 1/2-Wege-Ventils arbeitet, wird durch einen volumetrischen Wassermotor Pos. 1 eine Dosiereinheit Pos. 4 angetrieben.

Der Drehschieber, starr mit dem Wassermotor verbunden, wird mit einem Differenzdruck beauftragt und steuert somit einen mit der Dosiereinheit verbundenen Arbeitskolben nach jeder halben Umdrehung um. Da die druckbeaufschlagte Fläche des Arbeitskolbens größer ist als die des Dosierkolbens, kann mit der Dosiereinheit hochviskoses Dosiermittel gegen Gegendruck gefördert werden.

Die Dosiereinheit ist eine doppelt wirkende Kolbenpumpe, selbstansaugend und in der Fördermenge einstellbar. Die Baueinheit „Hydraulischer Wassermotor“ arbeitet ohne jegliche Fremdenergie und ist deshalb durch den Einbau in ein Wassernetz mit einer Differenzdruckabnahme bereits einsatzbereit.

Durch die volumetrische Erfassung des Wasserdurchlaufs ist für jeden Betriebsbereich eine exakte proportionale Dosierung gewährleistet.

Sämtliche mit Wasser oder Dosiermittel in Berührung kommenden Teile sind korrosionssicher.

Abb. 5: Baugruppen und Einzelteile der Dosierpumpe.

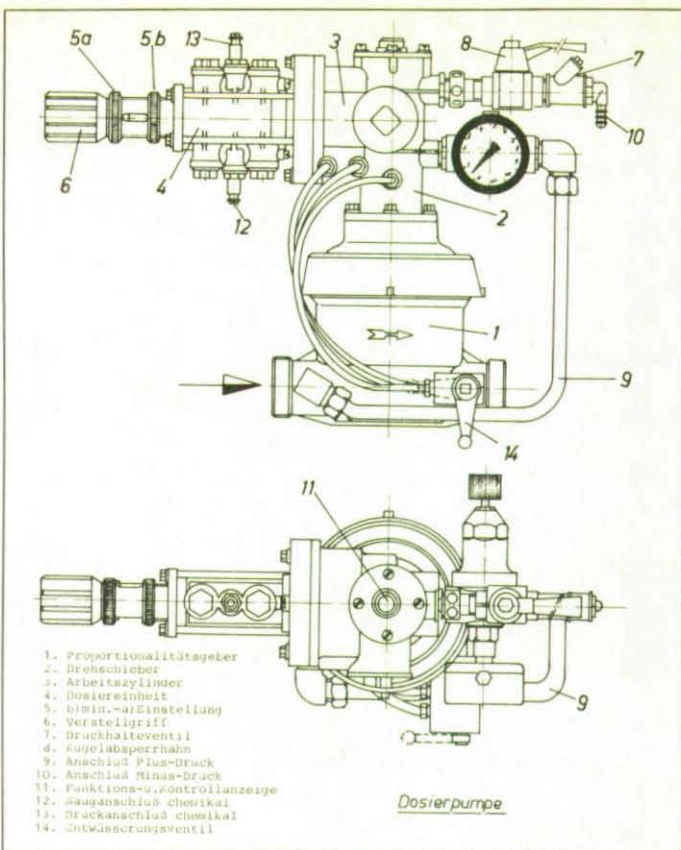
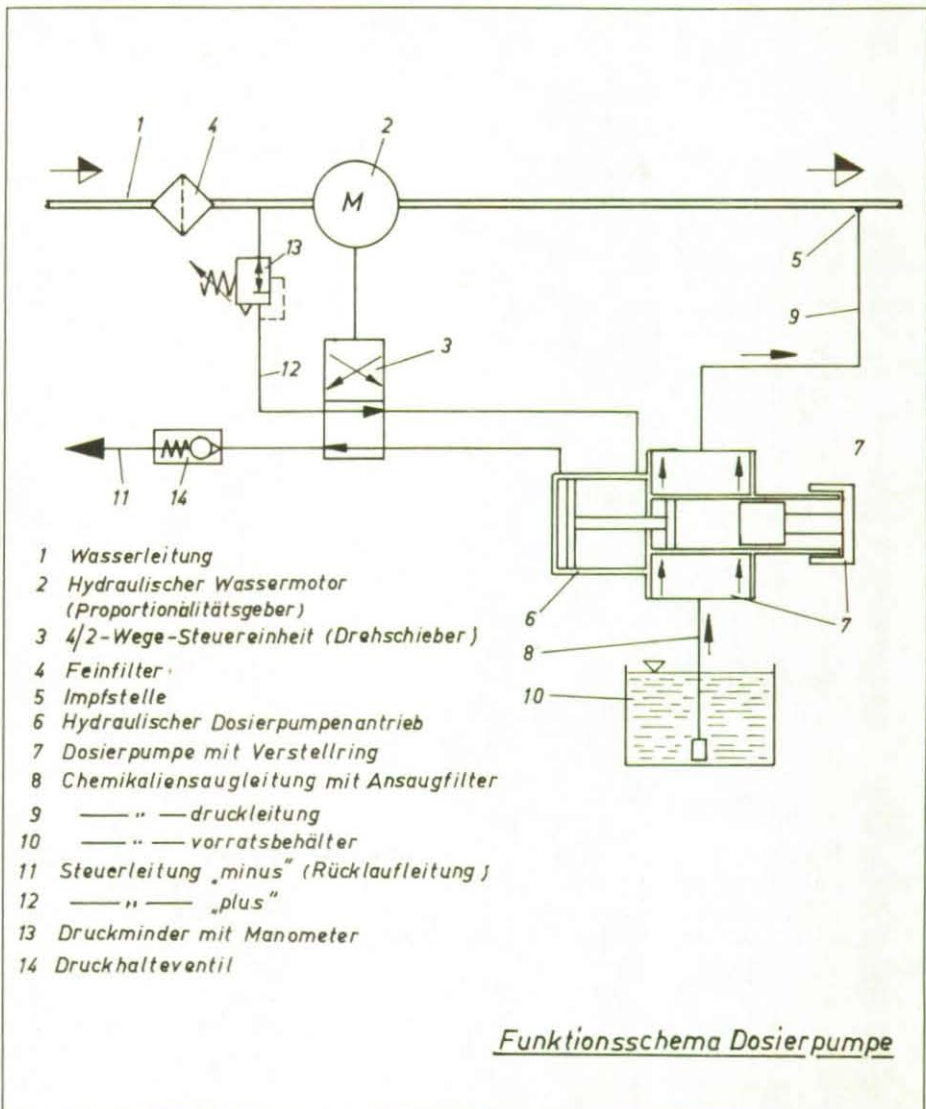


Abb. 6: Funktionsschema der Dosierpumpe.



Funktionsschema Dosierpumpe

Die Abb. 6 „Funktionsschema Dosierpumpe“ gibt einen Überblick über die Arbeitsweise der Dosierpumpe. Da diese Dosierpumpe auch anderweitig und insbesondere vielseitig eingesetzt werden kann (z. B. für Desinfektions- und Reinigungsaufgaben), wird im folgenden näher auf den Einbau, die Inbetriebnahme, das Verstellen, die Überprüfung und die Einstellung der Dosierpumpe eingegangen.

Einbau

– Wassermotor mit den R 1½" Anschlüssen des Proportionalitätsgebers Pos. 1 in das Wassernetz einbauen. Der Pfeil auf dem Proportionalitätsgehäuse hat in Fließrichtung zu zeigen.
Achtung: Gerät waagrecht und senkrecht ausrichten.

– Dem Proportionalitätsgeber und der Minus-Druck-Abnahme ist im Wassernetz ein Feinfilter vorzuschalten.

– Minus-Druckleitung Pos. 10 an eine drucklose Rückführungsleitung anschließen.

– Sauganschluß Chemical Pos. 12 ist mittels geeigneter Leitung (LW 8 mm) mit dem Dosiermittelbehälter zu verbinden. Die Saugleitung ist außerdem mit einem Ansaugsieb auszustatten.

– Druckanschluß Chemical Pos. 13 ist nach dem Proportionalitätsgeber im Wassernetz anzuschließen.

Inbetriebnahme und Wartung

– Min.-Max.-Einstellung Pos. 5 mittels Verstellgriff Pos. 6 auf Max.-Einstellung 1 % verdrehen.

– Wasserzuleitung öffnen und mit größtmöglichem Durchfluß arbeiten.

– Kugelabsperrhahn Pos. 8 öffnen.

– Betrieb des Wassermotors an der Funk-

tions- und Kontrollanlage Pos. 11 überwachen.

– Mit oben genannter Einstellung so lange dosieren, bis eventuelle Luft einschüsse in Pumpe und Dosierleitung vollkommen beseitigt sind.

– Anschlüsse auf Dichtheit prüfen.

– Gewünschte Dosierung 1 % oder 0,1 % einstellen.

– In regelmäßigen Abständen Ansaugsieb der Dosiersaugleitung reinigen und Wassermotor auf Betriebsbereitschaft überprüfen.

– Bei Frostgefahr gesamten Wassermotor durch Öffnen des Ventils Pos. 14 entwässern.

Verstellen der Dosiermenge

– Die unter dem Verstellgriff Pos. 6 angebrachte %-Skala garantiert keine exakt richtigen Werte, sondern soll nur als Anhaltspunkt dienen. Genau eingestellte Dosiermengen sind nur an den beiden Anschlagmutter Pos. 5a, 5b zu erreichen.

– Vor Verstellen der Dosiermenge ist der Kugelabsperrhahn Pos. 8 zu schließen.

– Der Anschlagstift der Min.-Max.-Verstellung Pos. 5 ist für die 2 eingestellten Dosiermengen mittels Verstellgriff Pos. 6 immer zu einem festen Anschlag zu bringen.

Überprüfung der Dosiermenge

– Kugelabsperrhahn Pos. 8 schließen.

– Druckleitung Chemical von der Dosierstelle abnehmen und an ein Druckhalteventil anschließen.

– Vorherrschenden Betriebsgedruck am Druckhalteventil einstellen und Wasserdurchlauf auf ca. 2 m³/h einregeln.

– Kugelabsperrhahn so lange öffnen, bis an der Funktions- und Kontrollanzeige 20 volle Umdrehungen abgezählt sind.

20 Umdrehungen des Drehschiebers entsprechen 17 Liter Wasserdurchlaufmenge.

– Die gleichzeitig in eine geeichte Messur geförderte Dosiermittelmenge im Verhältnis zur Wasserdurchlaufmenge (17 l) entsprechen der tatsächlichen Konzentration.

Einstellung der Dosiermenge

Die Einstellung der Dosiermenge erfolgt für die 1 %-Dosierung über die Anschlagmutter Pos. 5a und analog dazu für die 0,1 %-Dosierung über die Anschlagmutter 5b.

Dazu ist:

– beim Verdrehen des Verstellgriffes der Kugelabsperrhahn zu schließen

– die Klemmschraube an der Anschlagmutter zu lösen

– bei der richtigen Einstellung die Anschlagmutter wieder zu verklemmen.

Beispiel:

Konzentration (%) = $\frac{\text{Dosiermenge (cm}^3\text{)} \times 100\%}{\text{Wasserdurchlaufmenge (cm}^3\text{)}}$

Gemessen:

Durchlaufmenge nach 20 Umdrehungen entsprechen 17 l = 17000 cm³.

Dosiermenge: 170 cm³

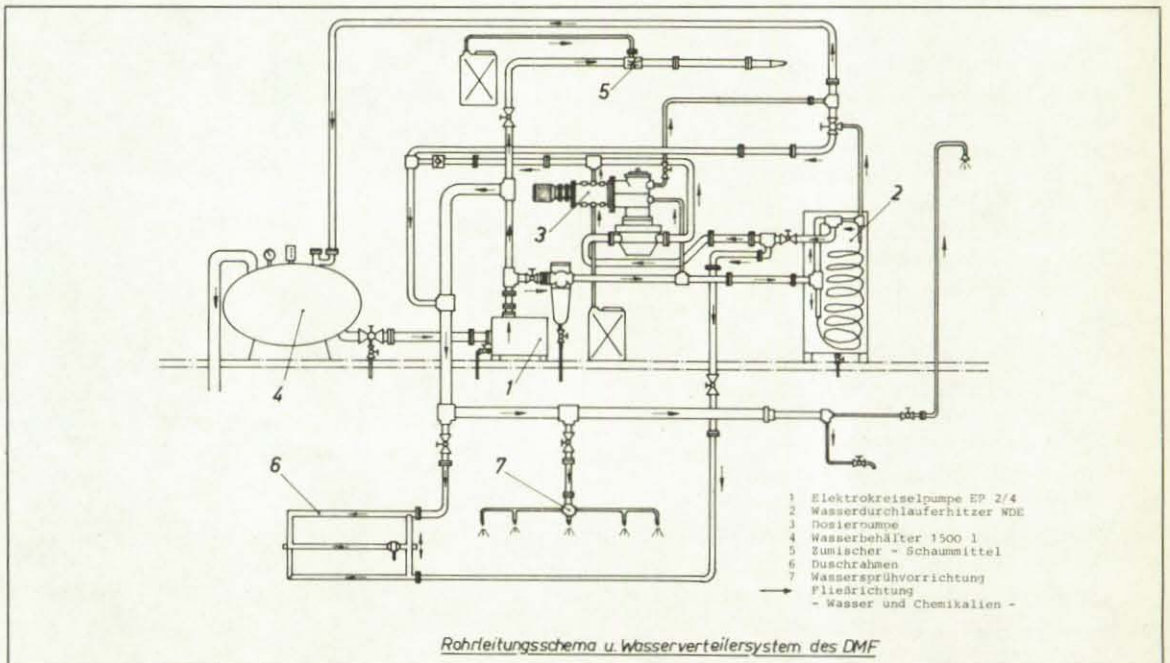
Konzentration = $\frac{170 \text{ cm}^3 \times 100\%}{17000 \text{ cm}^3} = 1\%$

Nach der Überprüfung und eventuellen Neueinstellung ist die „Druckleitung Chemical“ wieder an die Dosierstelle anzuschließen.

Einbau und Funktionsbeispiel:

In der Abb. 7 wird die Einbauvariante und die zusammenwirkende Funktion der drei Aggregate auf dem DMF dargestellt.

Abb. 7: Rohrleitungsschema und Wasserverteilersystem des DMF.



Rohrleitungsschema u. Wasserverteilersystem des DMF

Hansjörg Frick

38 bayerische THW-Ortsverbände stellen Bereitschaftsgruppen

„Heros Rosenheim 1 einsatzbereit“

Die Technische Hilfeleistung auf Verkehrswegen –
aufgezeigt an einem Wochenendeinsatz des THW-OV Rosenheim

Über die Technische Hilfeleistung auf Verkehrswegen, kurz THV genannt, ist schon viel gesagt und geschrieben worden. So heißt es zum Beispiel in einem Informationsblatt des Technischen Hilfswerks: „Das THW hat sich bereiterklärt, zu den Verkehrsspitzenzeiten schwerpunktmäßig Bereitschaftsgruppen an Autobahnen einzusetzen.“ Am Beispiel eines Wochenendeinsatzes des THW-Ortsverbandes Rosenheim soll aufgezeigt werden, wie 38 THW-Ortsverbände in Bayern in der Hauptreisezeit diese zugesagte Hilfe in die Praxis umsetzen.

Auf zwei Autobahnen THV

Rosenheim liegt südöstlich von München an der Bundesautobahn A 8 München – Salzburg und an der Bundesautobahn A 93 Rosenheim – Kufstein, zwei Autobahnen also, auf denen die Urlaubswelle nach Süden und wieder zurück durch Bayern rollt. Der THW-OV Rosenheim ist für den Bereich zwischen Irschenberg und Frasdorf der A 8 und für die gesamte Inntal-Autobahn A 93 zuständig. Da die Strecke Irschenberg–Inntal-Dreieck derzeit dreispurig ausgebaut wird, gleicht die Autobahn einer einzigen Baustelle. Damit verbunden sind einige Gegenverkehrsstrecken, die das Unfallrisiko erheblich erhöhen.

Routinearbeit

Am Freitag ist die erste THW-Bereitschaftsschicht für 13 Uhr eingeteilt. Doch bereits um acht Uhr morgens ist auf der Autobahn Hochbetrieb. Die Beamten der Verkehrspolizeiinspektion Rosenheim bitten das THW, den Dienst früher zu beginnen. Mit zwei Kombis und je fünf Mann Besatzung rücken die THW-Helfer aus und unterstützen die Polizei bei ihrer Routinearbeit.

Es geht Schlag auf Schlag zwischen Bad Aibling und dem Inntal-Dreieck: Auffahrunfall bei Kilometer 49 mit zwei beteiligten Fahrzeugen, Auffahrunfall bei Kilometer 50 mit drei beteiligten Fahrzeugen, Auffahrunfall bei Kilometer 53 mit drei beteiligten Fahrzeugen. So geht es noch einige Male weiter.

Zum Glück sind es nur Blechschäden, es gab keine Verletzten. Meist ist die Fahrbahn von Glassplittern und ähnlichem zu

säubern, sind Fahrzeuge auf die Seite zu ziehen und der nachfolgende Verkehr zu warnen. Hin und wieder wird bei einem leichtbeschädigten Fahrzeug auch der Kotflügel mit dem Spreizer ausgedrückt, so daß die Fahrt fortgesetzt werden kann.

Zwischendurch behindern immer wieder liegende Fahrzeuge den Verkehr. Sie werden vom THW auf die Standspur geschleppt, wo sie später vom Pannendienst der Automobilclubs weiter versorgt werden.

Am Freitagnachmittag – die reguläre Schicht hat inzwischen ihren Dienst angetreten – bleibt es bis ca. 16 Uhr verhältnismäßig ruhig. Dann ereignen sich innerhalb kürzester Zeit vier Auffahrunfälle. Wiederum säubern die THW-Helfer die Fahrbahn, warnen den nachfolgenden Verkehr und schieben die Unfallfahrzeuge auf die Seite, damit der Verkehr wieder fließen kann. Die

Unfälle gehen wieder glimpflich ab. Die Abschleppunternehmen haben jetzt Hochkonjunktur. Gegen 22 Uhr beendet die Schicht mit ihrem Fahrzeug „Heros Rosenheim 1“ den Dienst.

Mit Bindemittel, Besen und Schaufel

Am Samstag beginnt der Dienst um 6.30 Uhr, denn bis 7.00 Uhr müssen die Hinweistafeln für die Verkehrsbeschränkung für LKW während der Hauptreisezeit aufgedeckt sein. Zudem werden im Laufe des Tages noch einige Male Stauwarn-Transparente an Brücken auf- und wieder zugeeckt.

Um 8.30 Uhr der erste Unfall mit drei Fahrzeugen, etwas später ein Auffahrunfall mit fünf beteiligten Fahrzeugen. Die Lage spitzt sich zu, als sich ein weiterer Unfall ereignet:

Schon morgens um 8 Uhr ist auf der Autobahn Hochbetrieb. Das THW unterstützt die Polizei bei ihrer Routinearbeit u. a. auch durch Absicherungsmaßnahmen.



Der Zusammenstoß war so heftig, daß der Benzintank eines Pkw herausgerissen wurde. Auslaufendes Benzin wird mit Bindemittel aufgefangen.



Vier Personen sind verletzt. Die THW-Helfer leisten Erste Hilfe, bis das Bayerische Rote Kreuz eintrifft. Die THW-Zentrale in Rosenheim schickt ein zweites Fahrzeug auf die Autobahn. „Heros Rosenheim 2“ ist nun ebenfalls damit beschäftigt, die Autobahn von Unfall- und Pannenfahrzeugen freizubekommen.

Um 13.00 Uhr ist Schichtwechsel. Obwohl in beiden Richtungen zähflüssiger Verkehr herrscht, kommt es zu keinen Zwischenfällen.

Erst gegen Abend wird es wieder hektisch. Innerhalb kürzester Zeit ereignen sich fünf Auffahrunfälle. Die Autobahn ist im Baustellenbereich in beiden Richtungen nicht mehr passierbar. Bei einem Unfall sind die

PKW so heftig aufeinandergefahren, daß bei einem Auto die Hinterachse samt Tank herausgerissen wurde. Es läuft Benzin aus; an der Unfallstelle herrscht Explosionsgefahr.

Über die Einsatzzentrale der Polizei wird sofort eine entsprechende Durchsage über den Sender „Bayern 3“ veranlaßt, um die Autofahrer vor der Gefahr zu warnen. Mit Bindemittel, Besen und Schaufel wird dem Öl und Benzin zu Leibe gerückt; die Explosionsgefahr ist gebannt.

Gegen 20 Uhr kommt über Funk die Meldung von einem schweren Verkehrsunfall auf der A 8 bei Frasdorf. Notarzt und Sanitäter sind ebenfalls schon verständigt. Die THW-Mannschaft trifft zuerst an der Unfall-

stelle ein. Es sieht schlimm aus: Ein Kleinbus liegt umgestürzt quer auf der Fahrbahn. Der Wagen war mit neun Personen besetzt, aber wie durch ein Wunder erlitten nur zwei kleine Kinder einen Schock.

Der inzwischen eingetroffene Notarzt kümmert sich um sie. Wie sich später herausstellt, war an dem Bus ein Vorderreifen geplatzt, dadurch kam er ins Schleudern und stürzte um. Die THW-Männer helfen dem Bus wieder „auf die Beine“.

Eingeklemmte Personen

Für den Sonntagvormittag ist die letzte Schicht für dieses Wochenende eingeteilt. Wiederum sind es Auffahrunfälle, bei denen die THW-Helfer in Aktion treten: Fahrbahn säubern, Stau absichern, Räumen der Unfallstelle usw. Alles läuft schon routinemäßig ab.

Auf dem Heimweg kommen die THW-Helfer noch an einem schweren Verkehrsunfall auf der Landstraße vorbei, der sich soeben ereignet hat. Ein Auto ist gegen eine Baum gefahren, zwei Personen sind eingeklemmt. Der Notarzt trifft zusammen mit dem Malteser-Hilfsdienst und dem Bayerischen Roten Kreuz ein. Mit dem Spreizer befreien die THW-Helfer die Eingeklemmten und unterstützen die Sanitäter bei der Bergung der Verletzten. Gegen 15 Uhr ist der Dienst beendet.

Fazit eines Wochenendes

Bei 28 Unfällen und zwölf Pannen mit insgesamt 94 PKW half das THW, elf Personen wurde Erste Hilfe geleistet, 26mal wurde die Fahrbahn gesäubert und insgesamt vier Säcke Ölbindemittel aufgestreut. Sieben Schichten zu je fünf THW-Helfern leisteten insgesamt 225 Bereitschaftsstunden; die beiden VW-Kombi legten dabei eine Strecke von rund 1000 Kilometern zurück.

Eingespielte Mannschaft

Der große Erfolg der Bereitschaftsgruppen THW des THW ist sicherlich auf die gute Zusammenarbeit mit den Beamten der einzelnen Polizeiinspektionen zurückzuführen. Die Polizeibeamten wissen, daß sie sich im Ernstfall auf die eingespielte Mannschaft des THW verlassen können. Aber auch mit den Autobahnmeistereien sowie dem Malteser-Hilfsdienst und dem Bayerischen Roten Kreuz besteht gute Zusammenarbeit.

Polizeidirektor Wilhelm Roß von der Polizeidirektion Rosenheim schrieb an das THW: „Einmal mehr sollte in Erinnerung gebracht werden, daß es sie gibt, die Mannschaft des THW-OV Rosenheim, die stets bereit ist, ihren Dienst an der Allgemeinheit zu leisten.“



Als besonders wirksam erweist sich der Rettungsspreizer. Mit ihm werden eingedrückte Kotflügel ausgebeult, damit die Pkw ihre Fahrt fortsetzen können.



Ein Kleinbus ist ins Schleudern geraten und umgestürzt. Die THW-Helfer richten nach der Bergung der Verletzten das Fahrzeug wieder auf.

Zusammenarbeit ist Voraussetzung für wirkungsvolle Hilfe

Gemeinsame Übungen und Einsätze der Katastrophenschutz-Einheiten und der Ölwehren der Pipeline-Betreiber angestrebt

Am 16. August 1980 fand im Rheinhafen Oberwinter/Stadt Remagen – Landkreis Ahrweiler – eine Einsatzübung zur Ölschadensbekämpfung statt. Das wichtigste Ziel der Übung war das Zusammenwirken verschiedener Einheiten der Freiwilligen Feuerwehr und des Technischen Hilfswerks beim Ölschaden von größerem Ausmaß unter einer gemeinsamen Einsatzleitung. Beteiligt waren die Freiwilligen Feuerwehren Oberwinter und Remagen, die Abwasser-/Öl-Gruppen der Instandsetzungszüge aus den THW-Ortsverbänden Bonn-Bad Godesberg, Siegburg und Sinzig sowie eine Einheit des Malteser-Hilfsdienstes. Die Schadenslage: Aus einem Leck an einem im Hafen ankernden Passagierdampfer trat Dieselöl aus, das sich als Ölteppich in Richtung Rhein ausbreitete.

Bild 1: Raffineriezentren sowie Mineralöl- und Produktenpipelines in der Bundesrepublik Deutschland.

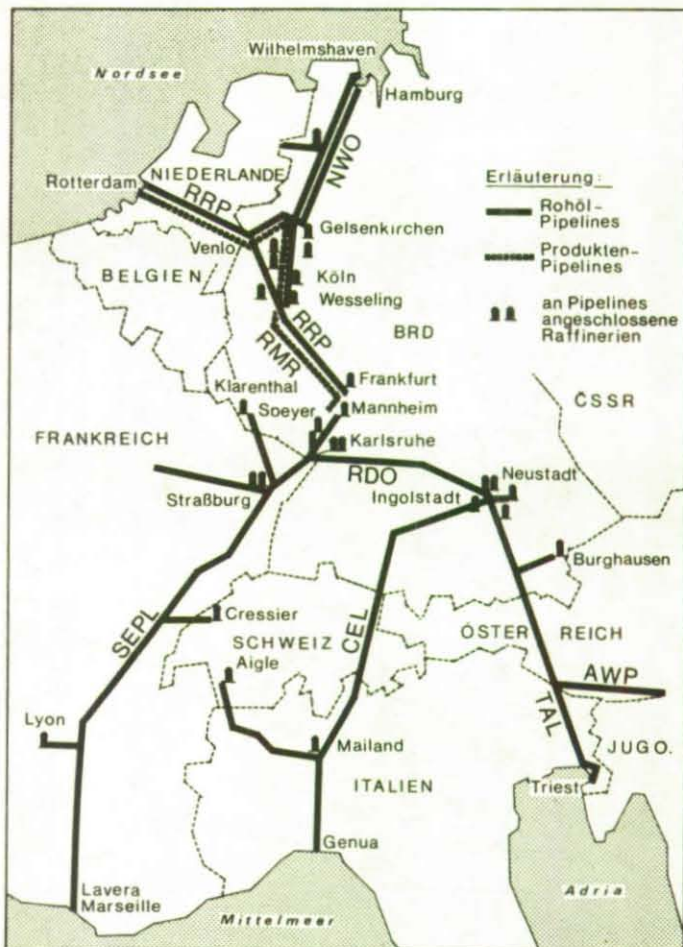
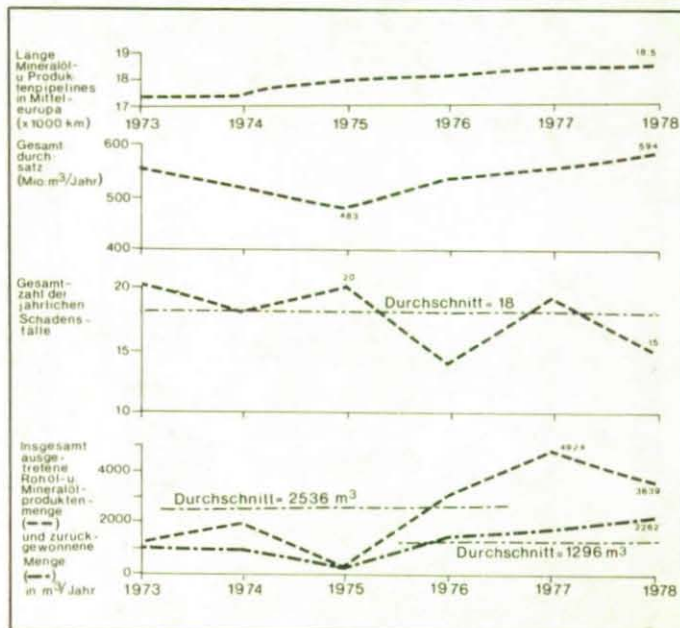


Bild 2: Schadensfälle und dabei ausgetretene Rohöl- und Mineralölproduktmengen in den Jahren 1975–1978.



Beteiligung von Fachfirmen

Die Initiative zu dieser Gemeinschaftsübung ging von Josef Niersberger, dem Führer der AÖ-Gruppe des Instandsetzungszuges beim THW-OV Bonn-Bad Godesberg, aus. Von ihm stammte auch die Idee, zur Teilnahme an der Übung zwei Unternehmen einzuladen, die sich mit der Bekämpfung und Verhinderung von Ölschäden befassen und auf diesem Gebiet über große Erfahrungen verfügen. Die Einsatzübung wurde zweifellos sehr bereichert durch die Beteiligung einer Firma aus Hemer, die Geräte und Materialien zur Bekämpfung von Ölschäden liefert und mit interessanten Lösungen auf diesem Gebiet hervorgetreten ist. Das Unternehmen hat sich darüber hinaus auf die Beseitigung der Folgeschäden von Ölunfällen spezialisiert.

Nicht weniger interessant gestaltete sich der Besuch von Vertretern der Rhein-Main-Rohrleitungstransportgesellschaft mbH in Köln (RMR), Betreiber des größten Rohrleitungssystems für Mineralölprodukte in Westeuropa. Sie wollten sich einmal über den Ausbildungs- und Ausrüstungsstand des THW auf dem Gebiet der Ölschadensbekämpfung informieren und damit zugleich die Möglichkeiten prüfen, die in den THW-Ortsverbänden entlang der Rhein-Main-Rohrleitung stationierten AÖ-Gruppen in ihre Katastrophenpläne einzubeziehen. Die Erläuterung und Vorführung der

von der Rhein-Main-Rohrleitungstransportgesellschaft vorgehaltenen Ölwehr bis Gelegenheit zu Kontakten und zum Austausch von Erfahrungen mit den Führern und Helfern der an der Einsatzübung beteiligten Einheiten des Katastrophenschutzes. Die Gespräche vermittelten aufschlußreiche Einzelheiten über die Bedeutung und Ausführung der die Bundesrepublik durchlaufenden Mineralöl- und Produktenleitungen, der sich bei ihrem Betrieb

stellenden Probleme sowie die Vorsorgeplanungen und -maßnahmen zur Bekämpfung und Beseitigung von Folgeschäden bei Unfällen an den Rohrleitungen durch die Betreiber.

Ergänzend zu den Erläuterungen der auf den Bildern dieses Beitrages gezeigten Geräte und Einrichtungen für die Ölschadensbekämpfung dürften einige Fakten zu dem von der RMR betriebenen Pipeline-System sicherlich von Interesse sein.

Pipelines – das sicherste Massentransportmittel

Die Mineralölwirtschaft bedient sich der Rohrleitung als eines mit modernsten technischen Mitteln ausgestatteten und überwachten Massentransportmittels. Weltweit werden z. Z. durch Pipelines in einer Gesamtlänge von rd. 600 000 km, also etwa dem 15fachen Umfang unserer Erde, verlegt im Erdboden oder unter Wasser in den sogenannten Offshore-Gebieten, das vielfältig verwendete Erdöl sowie die daraus hergestellten flüssigen Zwischen- und Fertigprodukte gefördert.

Die Bundesrepublik verfügt als bedeutende Industrienation über eine große Zahl

von Raffinerien und über verschiedene Zentren petrochemischer Industrie. Der Versorgung dieser Großabnehmer für Rohöl und dem Austausch von Rohölprodukten dient das in Bild 1 dargestellte, untereinander verknüpfte Pipelinennetz. Es umfaßt heute zur Förderung von Rohöl aus dem Umschlags- in die Verarbeitungszentren die

Nord-West-Ölleitung (NWO) von Wilhelmshaven nach Wesseling,

Rotterdam-Rhein-Pipeline (RRP) von Rotterdam bis Raunheim bei Frankfurt,

Südeuropäische Pipeline (SEPL) von Marseille nach Mannheim,

Central European Pipeline (CEL) von Genua nach Ingolstadt,

Transalpine Ölleitung (TAL) von Genua bis Ingolstadt, mit Verlängerung der Rhein-Donau-Leitung (RDO) bis Karlsruhe und Möglichkeit zur Einspeisung in die SEPL,

sowie zum Transport von Mineralölprodukten (Rohbenzin, Normal- und Superbenzin, Flugturbinentreibstoff, leichtes Heizöl und mindestens 20 bis 30 weitere flüssige Ausgangsstoffe für die chemische Industrie) die Rhein-Main-Rohrleitung (RMR) von Rotterdam nach Frankfurt und Ludwigshafen.

Pipelines sind die mit Abstand sichersten Massentransportmittel für wassergefährdende Stoffe: Sie fördern praktisch ununterbrochen und unabhängig von Witterungseinflüssen, denen andere Transportmittel ausgesetzt sind, wie Nebel, Schnee auf den Straßen, Eisgang, Hochwasser auf den Wasserstraßen, den Flüssigkeitsstrom unbeeinträchtigt von Verkehrsstauungen und anderen Beeinträchtigungen. Die Transportflüssigkeit verschwindet am Eingabepunkt unter die Erdoberfläche und kommt erst am Ort der Weiterverarbeitung oder des Verbrauchs wieder zu Tage.

Die Jahresberichte der Stichting Concawe, einer von der Mineralölindustrie getragenen Studiengruppe, geben jeweils Auskunft über die am westeuropäischen Pipelinennetz in einer Gesamtlänge von rd. 18 500 km eingetretenen Schadensfälle [1]. Wie aus Bild 2 ersichtlich, sind z. B. bei insgesamt 15 im Jahre 1978 bekanntgewordenen Schäden an den Pipelines Westeuropas nur 3 639 m³ der transportierten Flüssigkeitsmenge unkontrolliert ausgetreten. Bei einem Gesamtdurchsatz von 594 Mio. m³ entspricht das einem Anteil von 0,000613% oder etwa 6,1 Teile je Million der transportierten Menge. Hiervon konnten nochmals 2 262 m³, das sind mehr als 62% der Austrittsmenge, am Ort des Schadens wieder zurückgewonnen werden.

Die Ursachen der Schäden an Pipelines im Durchschnitt der Jahre 1973–1978 werden in Bild 3 dargestellt. Danach stehen durch

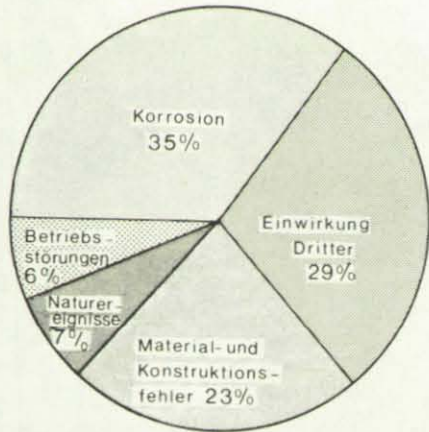


Bild 3: Ursachen von Schäden an Mineralölleitungen.

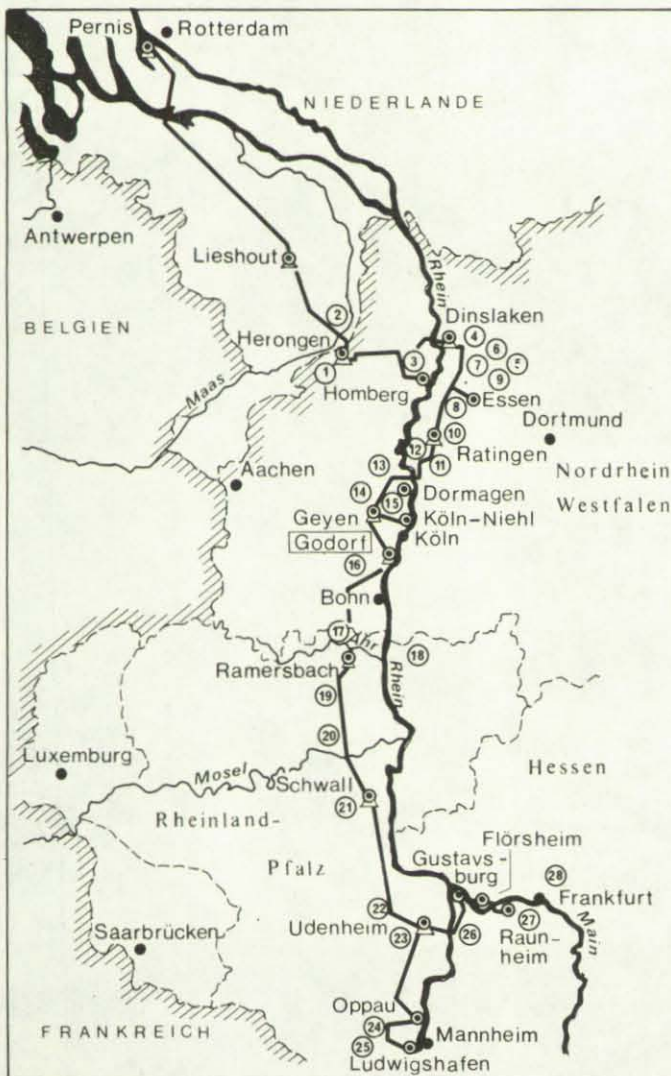


Bild 4: Die Rhein-Main-Rohrleitung (RMR).

- Erläuterung
- Pumpwerk
 - Übergabestation
 - ⑰ Ölwehrlager

Korrosion, also durch Materialangriff an den Außen- und Innenwandungen der Rohrleitungen bedingte Leckfälle, mit 35 % aller Schäden im Vordergrund. Es folgen durch Einwirkung Dritter entstandene Zerstörungen, z. B. durch unachtsames Arbeiten mit dem Bagger oder Tiefpflügen in der Pipelinetrasse, sowie Material- und Konstruktionsfehler, wie Risse an Schweißnähten, undichte Rohrverbindungen und Armaturen. Dagegen spielen Betriebsstörungen – hierzu gehören etwa Fehler bei Unterhaltungs- und Wartungsarbeiten sowie Umbauten – und Naturereignisse (Leitungsbruch durch Erdbeben, Freispülen durch Hochwasser in kreuzenden Flüssen oder Zerstörung von Brücken) eine verhältnismäßig untergeordnete Rolle.

Die Rhein-Main-Rohrleitung

Die Rhein-Main-Rohrleitung (RMR) verbindet über eine Entfernung von 665 km (einschließlich Zweigleitungen) drei Raffinerien im Europoort bei Rotterdam sowie zwei weitere Raffinerien in Dinslaken und Godorf mit zwölf Großtanklagern und petrochemischen Werken in den Ballungsräumen Ruhrgebiet, Köln, Frankfurt und Ludwigshafen (Bild 4).

Die Leitung besitzt Querschnitte zwischen 18 Zoll (ca. 460 mm) bis 24 Zoll (ca. 610 mm) und überwindet durch Eifel und Hunsrück Höhen bis zu 620 Metern. Dabei unterquert sie Rhein, Main, Mosel, Nahe, zahlreiche kleinere Gewässer und mehrere Schifffahrtskanäle. Die insgesamt zehn entlang der Rohrleitung errichteten Pumpstationen fördern die verschiedenen Mineralölprodukte in vorgeplanter Reihenfolge kontinuierlich mit einer Geschwindigkeit von rd. 9 km/h zum jeweiligen Empfänger.

Im Gegensatz zu den Ölpipelines mit nur einem Eingabepunkt für nahezu gleichartige Rohöle bildet die Produktenleitung der RMR ein komplexes System, bei dem je nach vorliegenden Transportbedürfnissen der Pumpbetrieb entweder gesondert für jeden der drei Leitungsabschnitte oder integriert über die gesamte Leitungslänge erfolgen kann. Die Steuerung des Pipelinesystems erfolgt zentral von Godorf aus. Über ein parallel zur Rohrleitung verlegtes Steuerkabel werden Empfangs- und Sendestationen geöffnet, die Leitwege für die Produkte eingestellt, die elektrisch betriebenen Pumpen gestartet und alle notwendigen Informationen, wie Ein- und Auspeisemenge, Temperatur, Dichte und Druck, nahezu kontinuierlich der Zentrale gemeldet, dort von zwei Prozeßrechnern überwacht und ausgewertet. Die jährlich durch die RMR-Leitung geförderte Menge würde den Einsatz von ca. 400 000 Tanklastzügen (Fassungsvermögen: 25 m³) oder etwa 165 000 Kesselwagen der Deutschen Bundesbahn (Inhalt je 60 m³) erfordern.



Bild 5: Ausziehen einer Iteecran-Ölsperre auf dem Wasser mit Außenbord-Motorboot bei der Einsatzübung. Die Sperre besteht aus gegen Mineralöle und Lösungsmittel beständigem, PVC-beschichtetem Polyestergewebe mit Schwimm-taschen, aus Einzellängen von 10 m und 20 m zusammensetzbar; Gewicht nur ca. 2 kg/m.



Bild 6: Einholen der Iteecran-Ölsperre nach Abschluß der Übung.

Bild 8: Schwimmende Absaugvorrichtung für die Ölförderpumpe (Skimmer) aus dem AÖ-Satz des THW-Instandsetzungsdienstes.



Bild 9: Befüllen eines geschlossenen Kunststoff-Falldanks mit ölverunreinigtem Wasser.





Bild 7: Aus einem Kraftfahrzeug ausgefahrenes Gerät zur Ölaufnahme von der Wasseroberfläche: Eine oder mehrere Kordeln aus Kunststoff-Fasern mit hoher Ölaufnahmefähigkeit werden über das ölverunreinigte Wasser gezogen, dabei wird das schwimmende Öl von den Kordeln nach Art eines „Mops“ aufgenommen, im Gerät zwischen umlaufenden Walzen ausgepreßt und zurückgewonnen.



Bild 10: Schlauchfolie mit Einfüllstutzen für ölverunreinigtes Wasser.



Bild 11: Ölwehrgesetz der RMR: Zugfahrzeug und Zweiachsanhänger für Geräte- und Materialtransport mit Hubkran und Kompressor unter der Ladefläche für die Erzeugung von Druckluft zum explosionsgeschützten Antrieb von Ölförderaggregaten (Bild 18).

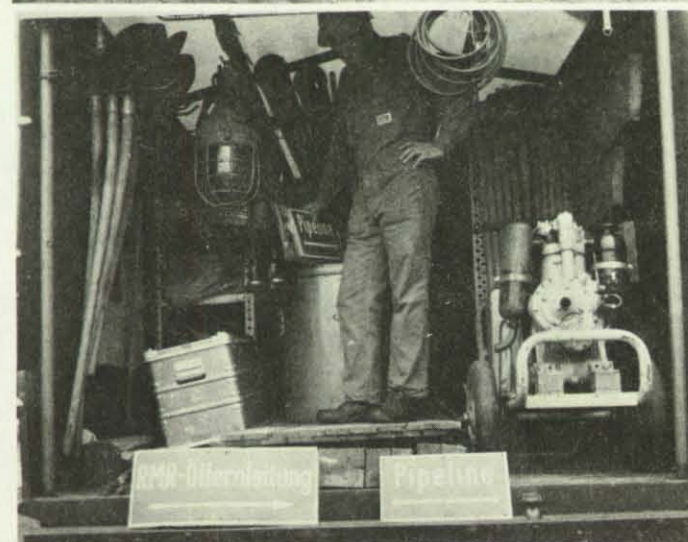


Bild 12: Blick in den Anhänger des Ölwehrgesetzes, beladen mit vielfältigen Materialien und Werkzeugen zur Errichtung einfacher Ölsperrungen aus Holz und Strohbällen sowie explosionsgeschützte Beleuchtung und Ölförderpumpen, Ölbindemittel, Kunststoffrohre (Bilder 19 u. 20).

Sicherheit der Rohrleitung

Die Bau- und Betriebsgenehmigung für die Anlagen der RMR erfolgte unter erheblichen sicherheitstechnischen Auflagen und Bedingungen durch die Behörden. Die verwendeten Materialien, Rohre, Armaturen und Aggregate unterliegen strengen Kontrollen durch den Technischen Überwachungsverein. Auch im Betrieb überwacht der TÜV durch planmäßige Wiederholungsprüfungen die Funktionstüchtigkeit des gesamten Leitungssystems. Hierbei werden in bestimmten Zeitabständen spezielle Prüfungen an der gesamten Rohrleitung durchgeführt, mit denen schleichende Undichtigkeiten (Kleinstleckagen) festgestellt werden können und weiterhin spezielle Verfahren angewandt, die das Rohrleitungssystem auf Rohrbrüche überwachen.

Katastrophenplanung

Auch die schärfsten Auflagen und Bedingungen für den Bau und Betrieb von Mineralöl- und Produktenfernleitungen vermögen Schadensfälle nicht auszuschließen. Für derartige Ereignisse sind von der RMR in Abstimmung mit den zuständigen Behörden eine Reihe von Vorkehrungen getroffen worden. Wesentlicher Bestandteil der Ölwehrgesetzorganisation ist der in Form eines Leitungsbandes entwickelte **Ölalarmplan**, in dem für jeden Rohrstruckenabschnitt alle bei einem Ölunfall bedeutsamen Daten und Angaben enthalten sind: Leitungskilometrierung, Pump- und Schieberstationen, Bahn-, Gewässer- und Straßenkreuzungen, Höhenprofil der Rohrleitung mit auftretenden Innendruck, mögliche Auslaufmengen, die Telefon-Nummern der im Alarmfall zu benachrichtigenden Katastrophenmeldestellen, Wasserbehörden, Polizeidienststellen, Feuerwehren und anderen Katastrophenschutz-Organisationen, die zur Bekämpfung von Ölgeschäden vom Betreiber vertraglich gebundenen Fachfirmen (Ölwehren, Erdarbeiten, Ölverbrennung, Saug- und Tankwagen) sowie Unternehmen mit ähnlichen Aufgaben (z. B. Ruhrgas AG, Nordwest-Ölleitung). Je nachdem, ob es sich bei einem Ölunfall lediglich um eine kleinere Leckage oder um einen Leitungsbruch mit stärkerem Ölaustritt handelt, werden verschiedene Alarmstufen mit im einzelnen festgelegten Handlungen unterschieden. Im Rahmen eines vom Regierungspräsidenten in Köln durchgeführten Planspiels ist auf der Grundlage der Öl- und Giftalarmrichtlinien des Landes Nordrhein-Westfalen vom 17. 8. 1980 (MBl. NW S. 1502) ein „Führungsschema für Ölalarm“ entwickelt worden, das die Bildung und Zusammensetzung von Technischen Einsatz- und Katastrophenschutzleitungen festlegt und die not-



Bild 13 (links): Einachs-Ölwehranhänger aus einem Ölwehrlager der RMR.

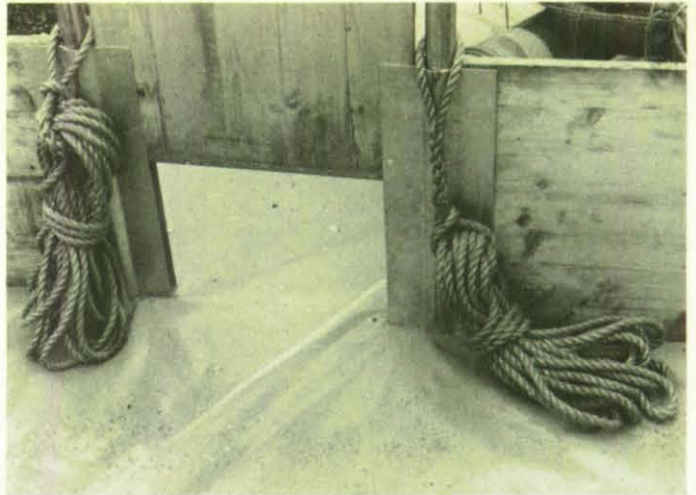


Bild 16 (rechts): Einfache Ölsperre durch Einengen des Bachquerschnittes mit einem einsteckbaren Holzbrett, durch dessen untere Öffnung das ölfreie Wasser abfließen kann.

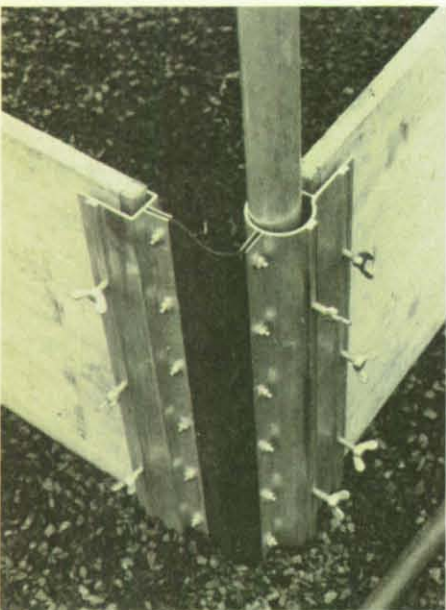


Bild 14: Gelenkige Eckverbindung einer einfachen Ölsperre aus Holz.

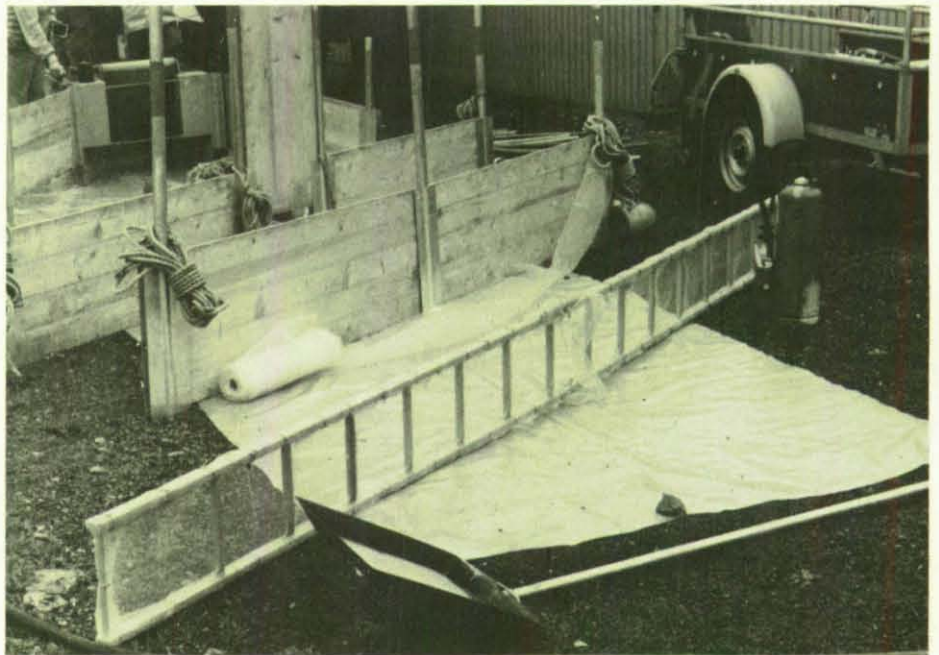


Bild 17: Verschiedene einfache Ölsperren und Auffangvorrichtungen in Wassergräben und Bächen. Die zweckmäßigen Standorte sind vorerkundet und in Gewässersperrenplänen markiert.

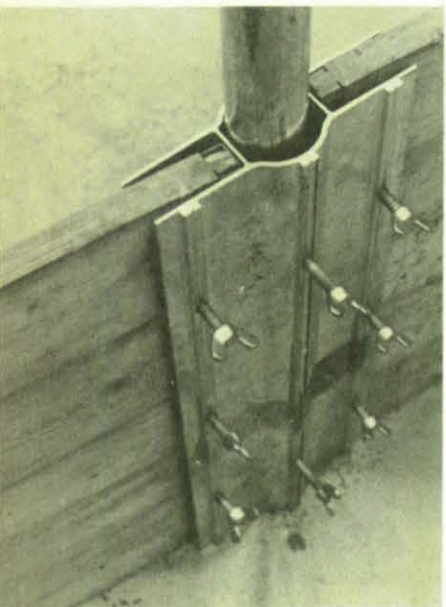


Bild 15: Verbindung von zwei Schalplatten aus Holz für eine Ölsperre.

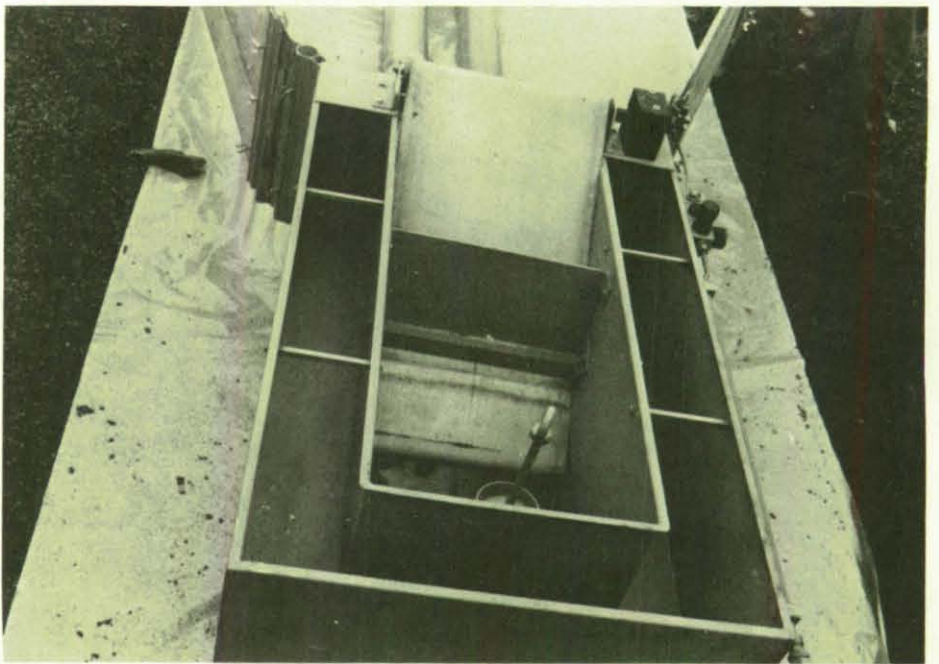


Bild 18: Gerät zum Ölabschöpfen von der Wasseroberfläche, das zugleich Öl von Wasser abtrennt, eingesetzt in die Öffnung einer Ölsperre. Das an dem im Wasser umlaufenden Kunststoffband haftende Öl wird im Gerät abgestreift und gesammelt.

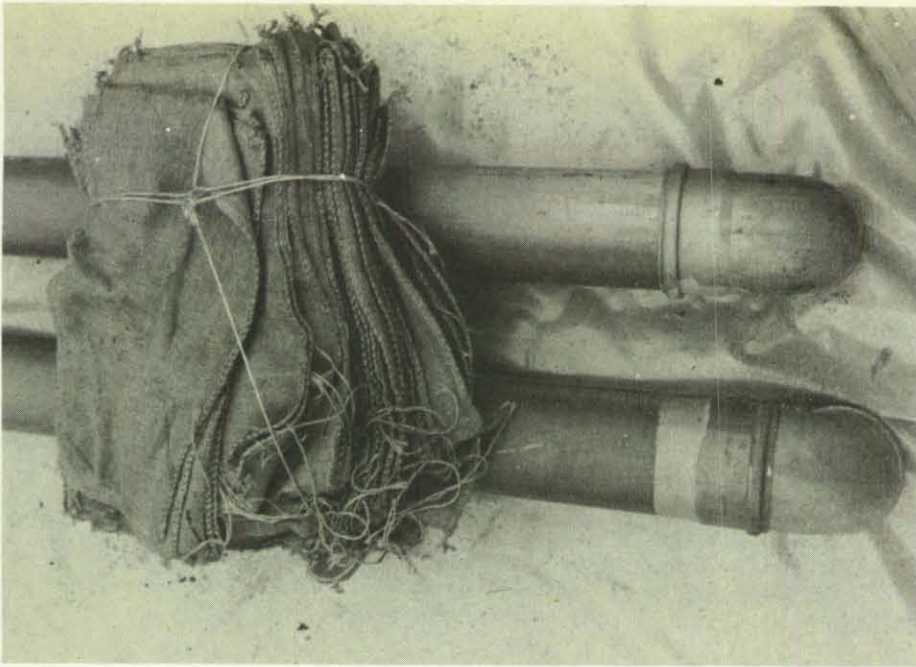


Bild 19: Kunststoffrohre mit Rohrbögen zur Weiterleitung des ölfreien Wassers an einer z. B. aus einem Erdwall hergestellten einfachen Ölsperre in einem Bach.

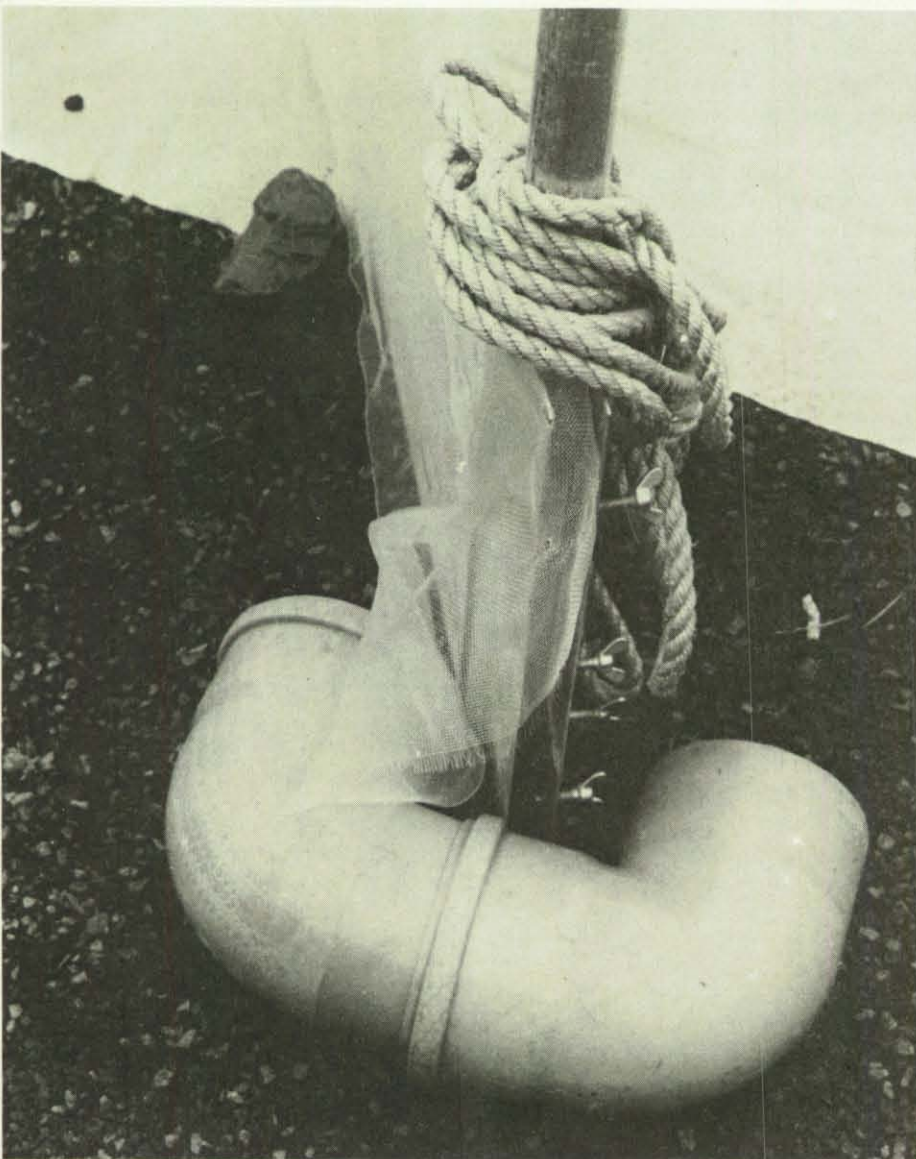


Bild 20: Kunststoffrohrbögen zum Umleiten von ölfreiem Wasser auf der Bachsohle um eine Ölsperre.

wendigen Sofort- und Folgemaßnahmen bestimmt.

Ölwehren und -lager der RMR

Die Feuerwehren und übrigen Katastrophenschutz-Organisationen sind in der Regel auf Tankwagenunfälle und Ölaustritte bei Lagereinrichtungen für Heizöl eingerichtet. Die speziell für die Bekämpfung von Unfällen an Mineralöl- und Produktenleitungen benötigten Geräte und Materialien müssen vom Betreiber bzw. den von ihm unter Vertrag genommenen Unternehmen vorgehalten werden. Die Pipelinegesellschaften haben deshalb gemeinsam mit dafür spezialisierten Unternehmen geeignete Ölwehrausrüstungen standardisiert und in zumutbaren Entfernungen vom möglichen Schadensort, d. h. je nach den örtlichen Verkehrsverhältnissen 25–50 km, **Ölwehrlager** eingerichtet. Den Feuerwehren und anderen Organisationen des Katastrophenschutzes wird diese Ausrüstung, die zur Durchführung von **Sofortmaßnahmen** am Schadensort einzusetzen ist, zur Verfügung gestellt und damit die organisationseigene Ausstattung ergänzt. Die RMR bzw. mit ihr verbundene Unternehmen mit ähnlichen Aufgaben unterhalten entlang der Rohrleitung insgesamt 28 Ölwehrlager, zu welchen auch die jeweils für die Ölschadensbekämpfung zuständigen Katastrophenschutz-Einheiten Zugang besitzen (Bild 4) [2]. Anlässlich der Einsatzübung wurden einige der von der RMR entwickelten bzw. beschafften Geräte und Materialien vorgeführt, mit der die firmeneigene Ölwehr ausgestattet ist oder die in den Ölwehrlagern bereitgehalten werden (Bild 11–20).

Im Hinblick auf eine schnelle und wirksame Bekämpfung von Ölschäden bei Pipelineunfällen und die Beseitigung ihrer Folgen ist die RMR an einer engen Zusammenarbeit mit den zur Erfüllung solcher Aufgaben ausgerüsteten und ausgebildeten Einheiten des Katastrophenschutzes sehr interessiert. Es liegt im speziellen Interesse dieser Unternehmen und stellt auch ein Gebot der Allgemeinheit dar, wenn die Einheiten des Katastrophenschutzes die Ausstattung und Ausrüstung der Ölwehrlager kennen, den Umgang mit den dort gelagerten Geräten beherrschen und die Zusammenarbeit zwischen den Pipelinebetreibern sowie den Einheiten des Katastrophenschutzes bei gemeinsamen Übungen erprobt wird.

Literaturhinweis

[1] Internationale Studiengruppe der Mineralölindustrie zur Erhaltung von sauberer Luft und Wasser (Concawe), Den Haag: Unfälle an Fernleitungen der Mineralölindustrie in Westeuropa. Statistische Zusammenfassung aller Schadensmeldungen 1976–1978. Berichte 9/77, 3/78 und 6/79.

[2] Rhein-Main-Rohrleitungstransportgesellschaft mbH, 5000 Köln 50, Godorfer Hauptstraße 186; Die RMR – Sicherheit und Ölwehr.

Ausstellung unterstrich die Notwendigkeit der Selbsthilfe

Husum. Mit der Sintflut fing alles an... So könnte man die Ausstellung überschreiben, die der BVS im Kreishaus der Stadt Husum zeigte. Um Katastrophen dreht sich die Dokumentationsschau „Schutz und Wehr – Selbsthilfe im Spiegel der Jahrhunderte“. Auf 51 großformatigen Bildtafeln ist die Entwicklung des Selbstschutzgedankens seit der Antike – größtenteils durch die Wiedergabe zeitgenössischer Dokumente – dargestellt. Die Ausstellung des BVS, die in ihrer Art in der Bundesrepublik einzigartig ist, zeigt auch, daß es ursprünglich einen organisierten Selbstschutz nicht gegeben hat, sondern daß er sich schrittweise entwickelt hat. Der Aufbau von Warn- und Hilfsdiensten verlief parallel. Der Besucher erfährt Wissenswertes über die Katastrophen vergangener Jahrhunderte, ebenso darüber, wie sich die Menschen selbst halfen. Die älteste bekannte Darstellung des Feuerlöschens stammt übrigens aus der Assyrerzeit um 800 v. Chr.

Die Geschichte Nordfrieslands ist von großen Sturmfluten geprägt. Das wird ebenfalls in der Ausstellung dargestellt. Der „Blanke Hans“ hat immer wieder Tausende von Menschenleben gefordert, die Landschaft verändert und zu ständig neuen Anstrengungen im Deichbau gezwungen. Sturmvorhersagen und Erdbebenprognosen sind heu-

te mit Hilfe der modernen Technik sehr viel präziser geworden.

Der Hinweis auf die Möglichkeiten des Selbstschutzes ist das Anliegen, auf welches der BVS mit dieser Ausstellung hinweisen möchte. Die Ausstellung, die durch den Landrat des Kreises Nordfriesland, Dr. Klaus Petersen, und den BVS-Dienststellenleiter in Flensburg, Roland Hiebsch, eröffnet wurde, wird auch in Neumünster, Itzehoe und Lübeck gezeigt.

Innenminister Barschel will den Selbstschutz aktivieren

Kiel. Mit einem Erlaß an die Kommunen will der schleswig-holsteinische Innenminister Dr. Uwe Barschel den Selbstschutz stärken. Der Bürger soll zu mehr persönlichem Engagement und aktiver Mitarbeit motiviert werden.

Vor der Landespressekonferenz erklärte der Innenminister dazu, der Selbstschutz setze in erster Linie Freiwilligkeit voraus, doch könne nur die gemeinsame Vorsorge von Staat und Bevölkerung für einen ausreichenden Schutz im Ernstfall sorgen. Ohne Unterstützung durch den Gesetzgeber und die öffentliche Hand sei der Aufbau eines wirksamen Selbstschutzes nicht zu erwarten.

Zuständig für den Aufbau, die Förderung und die Leitung des Selbstschutzes sind die amtsfreien Gemeinden und Ämter, die durch die Kreise und

insbesondere durch den Bundesverband für den Selbstschutz unterstützt werden. Eine erweiterte Öffentlichkeitsarbeit dieser Stellen soll die Bevölkerung auf die Bedeutung der persönlichen Vorsorge hinweisen. Der Erlaß stellt folgende Schwerpunktaufgaben heraus:

- Einteilung des Gemeinde- und Amtsgebietes in Wohnbereiche, deren Größe sich nach zivilschutztaktischen Gesichtspunkten richtet,
- Einrichtung zentral gelegener Beratungsstellen zur Betreuung der Bürger,
- Heranbildung von Selbstschutz-Beratern.

Für die Selbstschutzausbildung soll – durch die Gemeinden und Ämter – ein ausreichendes Übungsplatzangebot zur Verfügung gestellt werden. Behörden und Betriebe werden eindringlich auf den Selbstschutz in ihrem Bereich hingewiesen.

Löschen in Selbsthilfe

Uetersen. An einen Vortrag über die Aufgaben des BVS schloß sich für die Teilnehmer des DRK-Kaffeenachmittags in Moorege bei Uetersen eine Information über das Ablöschen brennender Personen an. Die BVS-Mitarbeiter Boldt und Prüfer wiesen darauf hin, daß zum Ablöschen von Personen nur Wolldecken, keine Kunstfaserdecken, verwendet werden dürfen. Nachdem die Handhabung eines Feuerlöschers gezeigt worden war, durfte jeder das Gezeigte selbst einmal üben.

Hamburg

BVS-Ehrennadel für Walter Flechtmann

Der Präsident des Bundesverbandes für den Selbstschutz hat Post-Oberamtsrat Walter Flechtmann aus Anlaß seines 40jährigen Dienstjubiläums am 7. Oktober 1980 die Ehrennadel des BVS verliehen.

Der Vizepräsident der Oberpostdirektion Hamburg, der Personalrat und Mitarbeiter des Geehrten waren anwesend, als BVS-Dienststellenleiter Horst-Günther Balfanz, in Vertretung des verhinderten Landesstellenleiters, die Auszeichnung überreichte. Als Katastrophenschutzleiter der Oberpostdirektion

hat Flechtmann ständig die enge Zusammenarbeit mit dem BVS gepflegt. Er hat seit Jahren in seinem Bereich für eine intensive Ausbildung der Katastrophenschutzzüge der Bundespost durch den BVS gesorgt.



Horst-Günther Balfanz ausgezeichnet

Dem Leiter der BVS-Dienststelle Hamburg-Süd, Horst-Günther Balfanz, wurde am 27. Oktober 1980 vom Senat der Freien und Hansestadt Hamburg die „Medaille für treue Arbeit im Dienst des Volkes“ in Bronze verliehen.

Mit dieser Auszeichnung würdigte der Senat die unermüdete Tätigkeit von Balfanz für die Deichwacht Hamburg seit der Flutkatastrophe im Jahre 1962. Die Verleihung erfolgte durch Staatsrat Dr. Frenzel in der Innenbehörde.

Aktionswoche des BVS war ein Erfolg

„Wir sind froh darüber, daß Bremerhaven zu den wenigen Städten in der Bundesrepublik zählt, in denen, was die Sollstärke aller Fachdienste angeht, die Bedingungen hundertprozentig erfüllt sind . . . Der Ausbildungsstand aller Helfer kann als ausgesprochen gut bezeichnet werden“. So Bremerhavens Oberbürgermeister Werner Lenz in seiner Eröffnungsrede im Katastrophenschutz-Zentrum am 27. September 1980 anlässlich eines „Tages der offenen Tür“.

Daß der Oberbürgermeister nicht nur ein Mann der Worte ist, bewies er kurz darauf in einer Selbstschutz-Vorführung. Als er eine brennende Puppe ablöschte, staunten die zahlreichen Zuschauer über ihren gut ausgebildeten Oberbürgermeister, der in der Seestadt der zuständige Hauptverwaltungsbeamte und gleichzeitig örtlicher Zivilschutzleiter ist.

In das Backsteingebäude, in dem das Katastrophenschutz-Zentrum unterge-

bracht ist, wurde seit Jahresbeginn rund eine Million Mark für Renovierungs- und Modernisierungsmaßnahmen investiert. Es wird künftig als Ausbildungsstätte für Helfer und Mitarbeiter des Katastrophenschutzes dienen. Der Ortsverband Bremerhaven des Technischen Hilfswerks ist hier ebenfalls untergebracht.

Viele Bremer Bürger nutzten die Gelegenheit, sich umfassend über den Katastrophenschutz und seine Organisationen zu informieren. Rotes Kreuz, THW und die Freiwillige Feuerwehr zeigten ihre Fahrzeuge und Einsatzgeräte, THW-Helfer demonstrierten unter anderem den Umgang mit Schneidbrennern. Der BVS informierte die Bürger an einem besonderen Stand.

Dem Engagement und der Einsatzbereitschaft der freiwilligen Helfer galt die besondere Aufmerksamkeit und der Dank des Oberbürgermeisters: „Ich nehme den heutigen Tag zum Anlaß, allen Helfern . . . Dank und Anerkennung für ihre Bereitschaft und aktive Mitarbeit zum Wohle unserer Bremerhavener Bevölkerung auszusprechen“.

Lenz appellierte an die Bevölkerung: „Aber auch Sie, liebe Mitbürger, können sich auf den schlimmsten Fall einstellen und sich auf ihn vorbereiten, wenn Sie die Hilfe des Bundesverbandes für den Selbstschutz in Anspruch nehmen . . .“ Bremerhaven zählt übrigens zu den Städten und Gemeinden, die sich an einem Modellversuch zur Intensivierung des Selbstschutzes beteiligen. In der Zeit vom 22. bis 29. September 1980 fand eine Aktionswoche statt, in deren Verlauf der BVS die Bürger auf den Modellversuch hinweisen.

„Schutz und Wehr“ in Bremerhaven

Durch ein bedauerliches Versehen wurde die BVS-Ausstellung „Schutz und Wehr“ – siehe Zivilschutz-Magazin 9/80, Seite 35 – von Bremerhaven nach Bremen „verlegt“. Die Ausstellung fand selbstverständlich im Stadtstudio von Bremerhaven statt und wurde dort von Oberbürgermeister Lenz eröffnet. Die Redaktion bittet um Nachsicht.

Niedersachsen

„Tag der offenen Tür“ in Gehrden

Die Freiwillige Feuerwehr Gehrden führte wieder einmal ihren traditionellen „Tag der offenen Tür“ durch. Die BVS-Dienststelle Hannover, die zu dieser Wehr einen besonders guten Kontakt und bereits Informationsveranstaltungen und Lehrgänge für die Mitglieder der Wehr und deren Angehörige durchgeführt hat, war gebeten worden, an diesem Tag die Bevölkerung von Gehrden über Selbsthilfemaßnahmen zu informieren.

Der BVS zeigte, wie Entstehungsbrände bekämpft werden, in Brand geratene Bekleidung gelöscht werden kann und wie Personen aus unmittelbarer Gefahr geborgen werden. Stadt- und Gemeinde-Brandmeister aus den Nachbarorten äußerten den Wunsch, der BVS möge bei ähnlichen Veranstaltungen auch bei ihnen solche Informationen geben.

„Sicherheitstage“ in Großburgwedel

Gemeinsam mit einer Spezialfirma führte die BVS-Dienststelle Hannover auf

dem Gelände eines Großmarktes in Großburgwedel „Sicherheitstage“ für Kraftfahrer durch. Die Spezialfirma bot eine kostenlose Beleuchtungskontrolle, der BVS ein ganzes Bündel von Selbstschutz-Aktivitäten an.

An verschiedenen Stationen wurden praktische Aufgaben aus dem Selbstschutz-Grundlehrgang vorgeführt. Die Besucher hatten die Möglichkeit, ihre Kenntnisse in der Bergung von Verletzten aus unmittelbarer Gefahr, die Seitenlagerung und das Ablöschen brennender Kleidung von Personen zu erlernen. Fachkundige Mitarbeiter verteilten Informationsmaterial und standen als Berater zur Verfügung.



Mit Zivilcourage geht eine Dame daran, die brennende Kleidung der Übungspuppe abzulöschen.

Besonders am verkaufsoffenen Samstag herrschte ein großer Andrang. An fast 2000 Personen wurde BVS-Informationsmaterial ausgegeben. Alle Erwartungen wurden damit übertroffen.

„Selbstschutz – Ihre Sicherheit“

Unter diesem Motto veranstaltete die BVS-Landesstelle Niedersachsen, gemeinsam mit dem Amt für Zivilschutz der Stadt Oldenburg, eine Ausstellung, welche die Besucher über den Zivilschutz informieren sollte. Auf farbigen Tafeln wurde den Besuchern ein Überblick über Organisation, Aufgaben und Maßnahmen des Zivil-, Katastrophen- und Selbstschutzes vermittelt. Gleichzeitig wurden Anregungen für Vorsorgemaßnahmen gegeben. Das Modell eines privaten Hausschutzraumes, die Ausrüstung eines Helfers im Katastrophenschutz, Kleinlöschgeräte und Übersichten über Einheiten und Einrichtungen der verschiedenen Fachdienste des Katastrophenschutzes der Stadt Oldenburg ergänzten die Tafelausstellung.

Der BVS gab im Informationszentrum

der Stadt Oldenburg eine Pressekonferenz, in der über Aktivitäten im ersten Halbjahr 1980, vorzugsweise in den Bereichen Öffentlichkeits- und Aufklärungsarbeit, berichtet wurde. 63 Veranstaltungen, 37 Einzelberatungen über Schutzraumbau und 4 Zivilschutzausstellungen – in Lüneburg, Leer, Lohne/Vechta und Wildeshausen – haben stattgefunden. Außerdem wurden 67 Selbstschutz-Grundlehrgänge, ein Selbstschutz-Ergänzungslehrgang, zwei Fortbildungslehrgänge und Fachlehrgänge für Strahlenschutz, Bergung, Brandschutz und Sanitätsdienst durchgeführt.

„Der Mensch im Mittelpunkt“

Im September 1980 zeigte die BVS-Dienststelle Oldenburg im Vorraum des Hallenbades in Barbel die Ausstellung „Der Mensch im Mittelpunkt“. Graphische Darstellungen und Fotos gaben einen farbigen Überblick über Vorsorgemaßnahmen des Staates, über die im erweiterten Katastrophenschutz mitarbeitenden Hilfsorganisationen und den Selbstschutz der Bevölkerung. Zur Eröffnung in Barbel – die Ausstellung wurde später auch in Sandkrug gezeigt – äußerte Gemeindedirektor Friedrich, die finanziellen Mittel für den Zivil- und Bevölkerungsschutz seien im Verhältnis zur Verteidigung zu gering bemessen: „Es scheint, daß in unserem demokrati-

schon und sozialen Rechtsstaat die Bewußtseinsbildung für den Zivil- und Bevölkerungsschutz zugunsten eines Strebens nach ständigem Wirtschaftswachstum zu kurz gekommen ist. Hierüber möge auch einmal an verantwortlicher Stelle nachgedacht werden, denn Voraussetzung für das Verständnis und die Einsicht der Einwohner für Selbstschutzmaßnahmen ist eine sachliche, realistische und glaubwürdige Aufklärung. Dazu gehört aber auch eine entsprechende finanzielle Ausstattung.“

Heinz-Günter Freese, Leiter der BVS-Dienststelle Oldenburg, erinnerte in seinen Ausführungen über den Selbstschutz u. a. an eine Windhose, die im November 1979 in Cloppenburg in kurzer Zeit Schäden in Höhe von mehreren Millionen DM verursachte. Die Bürger hätten sich damals zunächst einmal selbst helfen müssen, bevor Hilfe durch die Feuerwehren und Einheiten des Katastrophenschutzes geleistet werden konnte. Bei Großkatastrophen seien diese Hilfskräfte gar nicht in der Lage, überall zu helfen, weil sich ihr Einsatz nach Schadensschwerpunkten richten müsse. Das bedeute aber nichts anderes, als daß große Bevölkerungsteile in einem solchen Falle zunächst auf Selbst- und Nachbarschaftshilfe angewiesen seien.

Freese betonte, nur die Kenntnis möglicher Gefahren und ein schnelles, sachgerechtes Handeln gäben den be-

drohten und betroffenen Bürgern die Gewißheit, sich in einer Notsituation selbst helfen zu können. Die BVS-Ausstellung soll dem Bürger in dieser Hinsicht wertvolle Ratschläge geben.

Aktivität nach der „Frauenbörse“

Die Beteiligung der BVS-Dienststelle Hannover an der „Frauenbörse“ trägt bereits erste Früchte: Die bei dieser Veranstaltung geknüpften Kontakte haben dazu geführt, daß die Dienststelle jetzt grundsätzlich zu den Sitzungen des Arbeitskreises Hannoverscher Frauenverbände eingeladen wird. Anläßlich des Weltkindertages kam es zu einer weiteren gemeinsamen Veranstaltung. Daran nahmen Unicef, der Verein für Internationale Jugendarbeit, die Türkische Gemeinde, der Griechische Kulturkreis, die Weltorganisation der Mütter aller Nationen, der Arbeitskreis der Kinderkrankenschwestern, der Hausfrauenverband u. a. teil. Federführend war die Europäunion.

Die BVS-Dienststelle Hannover zeigte im Künstlerhaus die Ausstellung „Kinder malen Katastrophen“, außerdem wurden Vorträge in deutscher und türkischer Sprache gehalten. Die Besucher konnten sich an einem Informationsstand über alle Fragen der Selbsthilfe informieren.

Nordrhein-Westfalen



Neuer Landesstellenleiter in NRW: Peter Eykmann

Recklinghausen. Artur Franke, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied des BVS, führte als Nachfolger von Günter Kopsieker, der die Leitung der Landesstelle Bayern übernommen hat, den 39 Jahre alten Peter Eykmann, bisher Leiter der BVS-Dienststelle Recklinghausen, in sein Amt ein.

Franke betonte, Eykmann finde in seiner neuen Stellung im organisatorischen, personellen und materiellen Bereich eine Situation vor, die man als voll befriedigend bezeichnen könne. Alle Dienststellen seien bereits an den vorgesehenen Standorten eingerichtet. Damit sei auch die Unsicherheit bei den Mitarbeitern und ihren Familien über die jeweilige Verwendung und den endgültigen Dienort beseitigt. Ein neuer Tarifvertrag für den BVS habe endlich im Bereich der Landesstellen Klarheit geschaffen.

Auf künftige Schwerpunkte der BVS-Arbeit eingehend, meinte Franke, in den Gemeinden rücke die Sorge um den Aufbau des Selbstschutzes jetzt stärker in das Blickfeld. Dies bedeute, daß mehr Ergänzungslehrgänge für Berater und andere Selbstschutzkräfte der Gemeinden angeboten und durchgeführt werden müßten. Gleiches gelte für die Selbstschutz-Ausbildung in Betrieben und Behörden.



Der neue Landesstellenleiter von Nordrhein-Westfalen, Peter Eykmann (Mitte), nimmt nach seiner Amtseinführung durch den Direktor des BVS, Artur Franke (rechts), die Glückwünsche von Ministerialdirigent Kurt Knop entgegen.

Ein weiterer Arbeitsschwerpunkt müsse das verstärkte Bemühen um eine wirksame Öffentlichkeitsarbeit sein. Für die Wege, die dabei zu beschreiten seien, gebe es, so Franke, kein Patentrezept. Erfolgversprechend sei es, das Interesse der Bürger an der Eigenvorsorge zu wecken und nicht nur Erwartungen in bezug auf staatliche Hilfe zu provozieren.

Ministerialdirigent Kurt Knop als Vertreter des nordrhein-westfälischen Innenministeriums betonte, in weiten Kreisen der Bevölkerung sei eine wachsende Aufgeschlossenheit gegenüber den Notwendigkeiten der zivilen Verteidigung festzustellen. Aus der Bevölkerung, aber auch aus den Reihen der Soldaten, werde immer häufiger die Frage nach einer Ergänzung der militärischen Verteidigung zum Schutze der Zivilbevölkerung laut. Dementsprechend gewinne der Zivilschutz auch im politischen Raum, in den Parlamenten und Regierungen, an Interesse und Gewicht. Knop zeigte sich

zuversichtlich, daß die mit der zivilen Verteidigung befaßten Dienststellen in Zukunft doch stärker als bisher mit politischer Unterstützung rechnen könnten.

Der neue Landesstellenleiter äußerte die Hoffnung, daß die soeben beendete Umstrukturierung des BVS für das nächste Jahrzehnt auch die letzte sein möge. Den 200 Mitarbeitern und den 1300 ehrenamtlichen Helfern des BVS im Landesstellenbereich bot Peter Eykmann eine vertrauensvolle Zusammenarbeit an.

Vielseitiger BVS-Schulleiter

Warstein. Helmut Koch-Vollstedt, Leiter der BVS-Schule in Körtinghausen, ist der neue Dirigent des Männergesangsvereins 1858 Warstein. Der in Kiel geborene Koch-Vollstedt kam im März letzten Jahres nach Körtinghausen. Er hat Musik studiert und war bereits im Alter von 21 Jahren Kapellmeister. Eine Kriegsverletzung hinderte ihn an der weiteren Ausübung seines Berufes.

Der 60jährige dirigierte das Kieler Philharmonische Orchester und war seit Jahren auch Dirigent des Männerchores Kiel. Auf Konzerten in Paris, Kopenhagen, Oslo und Bilbao hatte dieser Chor große Erfolge zu verzeichnen. Koch-Vollstedt hat mit dem Warsteiner Chor ebenfalls große Pläne. Ein Konzert mit einem Symphonieorchester steht bereits auf dem Programm. Auch Auslandsreisen will der neue Chorleiter nicht ausschließen.

Arbeitsbedingungen verbessert

Münster. Der Bereich der BVS-Dienststelle Münster umfaßt jetzt auch die Kreise Gütersloh und Warendorf mit 26 Gemeinden sowie die kreisfreie Großstadt Münster. Es war deshalb dringend notwendig, den internen Dienstbetrieb neu zu gestalten und größere Diensträume zu beziehen. Man wollte damit für alle Mitarbeiter gute Arbeitsbedingungen schaffen.

Die bisherige partnerschaftliche Zusammenarbeit zwischen der Stadt Münster und der BVS-Dienststelle hat mit dazu beigetragen, daß der BVS in das Katastrophenschutz-Zentrum der Stadt Münster einziehen konnte. Da es sich um eine Bundesliegenschaft handelt, konnten die vertraglichen Bedingungen rasch geregelt werden.

Nunmehr ergeben sich noch bessere Ausbildungsangebote. Der Bürger kann nicht nur in der Beratungs- und Leitstelle, die im gleichen Hause untergebracht ist, Rat und Auskunft, sondern gleichzeitig eine weitere umfangreiche Informa-

tion durch den Bundesverband für den Selbstschutz erhalten.

25 000 Besucher informierten sich

Viersen. In Zusammenarbeit mit der Stadtverwaltung informierte der BVS die Einwohner Viersens über Fragen des Selbstschutzes, des Zivilschutzes und der zivilen Verteidigung. Im Rahmen der Maßnahmen zur Intensivierung des Selbstschutzes wurden sieben Tage lang vier Informationsstände, drei Ausstellungen, acht Schaufensterwerbungen, zwei Aufklärungs- und Ausbildungsstellen angeboten. 33 Informationsveranstaltungen, drei Fach-Informationsveranstaltungen, fünf Selbstschutz-Grundlehrgänge, ein Sicherheitswettbewerb und eine Podiumsdiskussion wurden durchgeführt.

Nach Abschluß der Selbstschutzwoche zog der BVS nun Bilanz. Die Veranstaltungen wurden von ca. 25 000 Interessenten besucht, also fast jeder zweite Bürger der Stadt wurde über die Bedeutung des Selbst- und Zivilschutzes informiert. Zahlreiche Frauen besuchten den Vortrag „Frau im Selbstschutz“, ebenso interessierten sich viele Mitarbeiter der Verwaltung für die „Aufgaben und Ziele des Behördenselbstschutzes“. Am Sicherheitswettbewerb beteiligten sich auffallend viele Jugendliche.

In der Podiumsdiskussion wurden die teilnehmenden Politiker mit zahlreichen Fragen aus dem Zuhörerkreis konfrontiert. Die allgemeine Forderung lautete: mehr Engagement der Politiker für den Zivilschutz.

Prominenter Besuch aus Hamburg

Recklinghausen. Die BVS-Dienststelle Recklinghausen zeigte auf der „Vesta 80“ mit einem Informationsstand, mit welchen Gefahren der Mensch täglich konfrontiert wird. Bei diesen Darstellungen wurden vorbeugende Maßnahmen in den Vordergrund gestellt, die Unglücksfälle aller Art von vornherein möglichst ausschließen. Ein besonderer Hinweis wurde auf den Schutzraumbau gegeben.



Der Oberbürgermeister von Recklinghausen, Erich Wolfram, links, besuchte in Begleitung des Hamburger Finanzsenators Dr. Wilhelm Nölling (rechts neben ihm) den BVS-Stand auf der „Vesta 80“. Rechts im Bild CDU-Kreistagsfraktionsvorsitzender Werner Kirslein.

Zur Eröffnung der Ausstellung war beim BVS prominenter Besuch erschienen. Hamburgs Finanzsenator Dr. Wilhelm Nölling, der drei Tage lang Gast von Oberbürgermeister Erich Wolfram war, besuchte zusammen mit dem OB den BVS-Stand.

Bereits 7 Millionen Bürger angesprochen

Düren. „Das Sommerhochwasser in unserem Bereich hat wieder einmal mehr gezeigt, wie notwendig es ist, Vorkehrungen gegen Gefahren zu treffen. Zu solchen Vorkehrungen gehört auch der Selbstschutz“, stellte Dürens Bürgermeister Wolfgang Vogt (MdB) fest. Im Foyer



Der Dürener Bürgermeister, Wolfgang Vogt, hatte die Schirmherrschaft über die Selbstschutzwochen übernommen. Hier stellt er an der 1. Station des Sicherheitswettbewerbs einem Teilnehmer die Fragen.

des Rathauses eröffnete er als Schirmherr die Dürener Selbstschutzwoche und betonte, diese Selbstschutzwoche sei ein ausgezeichnete Anlaß für die im Katastrophenschutz und Selbstschutz tätigen Verbände, sich den Bürgern der Stadt vorzustellen.

Der Politiker erinnerte daran, daß im erweiterten Katastrophenschutz über 140 000 freiwillige Helfer tätig sind. Selbstschutz sei zwar ebenfalls eine freiwillige Angelegenheit, doch könne man diese Aufgabe nicht allein den Organisationen überlassen: „Im Falle der Gefahr können Einheiten des Rettungsdienstes nicht überall zugleich sein. Es ist daher unerlässlich, daß auch der Bürger für seinen privaten Bereich soweit wie möglich selbst Vorsorge trifft. Und Vorsorge zu treffen gegen Gefahren aller Art ist Ausdruck des Willens zur Selbsterhaltung!“

BVS-Fachgebietsleiter Gerhard Merten führte aus, daß Selbstschutz heute mehr denn je eine Gemeinschaftsaufgabe aller verantwortungsbewußten Staatsbürger sei. Der Selbstschutzgedanke müsse im Bewußtsein der Bevölkerung verankert werden. Im Ernstfall kann nur der helfen, der rechtzeitig helfen gelernt hat. Merten berichtete, daß im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit vom BVS rund sieben Millionen Bürger in Nordrhein-Westfalen durch Informationsveranstaltungen, Ausstellungen usw. angesprochen wurden. An den Ausbildungslehrgängen des BVS haben sich in NRW bislang rund 1,5 Millionen Bürger beteiligt.

„Schutz und Wehr“ in Dillenburg

In den Räumen der Bezirkssparkasse Dillenburg zeigte die BVS-Dienststelle Wetzlar die Ausstellung „Schutz und Wehr“, an deren Vorbereitung sich auch Kreisbrandinspektor Hermann beteiligt hatte. In Anwesenheit von Landrat Dr. Rehrmann und zahlreichen Ehrengästen konnte BVS-Landesstellenleiter Gerhard Straube die Ausstellung feierlich eröffnen.

Straube wies auf den Sinn und Zweck dieser Ausstellung hin. Es gehe darum, den Bürger über den Selbstschutz zu informieren und ihn zur Mitarbeit zu bewegen. Dies sei in unserer Zeit nicht einfach zu lösen, sei aber eine dringende Notwendigkeit.

Landrat Dr. Rehrmann bedankte sich vor allem bei dem Direktor der Sparkasse, Erwin Hebstreit, für die freundliche Überlassung der Sparkassenräume. Er betonte, Selbstschutz habe für ihn den gleichen Stellenwert wie Katastrophenschutz. Zu dem Thema Schutzraum meinte der Landrat, wenn man keine neuen Schutzräume bauen könne, müsse man die alten Schutzräume aus dem letzten Krieg wieder instandsetzen, damit wenigstens ein Mindestschutz für die Bevölkerung erreicht werden könne. Seine Ausführungen fanden den ungeteilten Beifall der anwesenden Bürgermeister.

Informationen für Frauen

Die Arbeitsgemeinschaft der Darmstädter Frauenverbände führte im Luisen-Einkaufszentrum in Darmstadt ihre erste Informationsbörse „Mitmachen macht Mut, Frauen können mehr“ durch. 18 Frauenverbände und der BVS hatten an einem verkaufsoffenen, „langen“ Samstag ihre Informationstische in der Passage aufgebaut.



In der Passage des Luisen-Einkaufszentrums in Darmstadt besuchten zahlreiche Bürger den BVS-Infostand.

Die Informationsschriften des BVS fanden reißenden Absatz, rund 3400 Interessenten wurden am BVS-Stand gezählt. Vorherrschend war der Eindruck, daß den Frauen über die Ziele und Aufgaben der Organisationen noch wenig bekannt ist. Bei der Abschlußbesprechung der Vorsitzenden der Frauenverbände hatte der BVS einen Erfolg zu verzeichnen: Die Teilnehmerinnen, die selbst auch nur unzureichend über die Tätigkeit des BVS unterrichtet waren, wollen demnächst an einem Informationsseminar des BVS teilnehmen.

Rosemarie Parsch verabschiedet

In einer kleinen Feierstunde wurde – nach nahezu 20jähriger Tätigkeit – die BVS-Mitarbeiterin Rosemarie Parsch bei der Dienststelle Fulda in den wohlverdienten Ruhestand verabschiedet.



Dienststellenleiter Robert Ludwig gab einen Rückblick über den Werdegang der Mitarbeiterin und dankte ihr für die in den langen Jahren geleistete Arbeit. Er überreichte ihr die Dankurkunde und einen Blumenstrauß. Alle Mitarbeiter der Dienststelle wünschten der scheidenden Kollegin alles Gute für die Zukunft.

Anerkennung für langjährige Mitarbeit

Der Landesstellenleiter des BVS in Hessen, Straube, konnte zahlreiche ehrenamtliche BVS-Helfer der BVS-Dienststelle Darmstadt für langjährige Mitarbeit mit Urkunden auszeichnen. Dienststellenleiter Roth hatte zuvor ausgeführt, diese Mitarbeiter seien der Organisation in einer Zeit beigetreten, als diese noch den Namen Bundesluftschutzverband führte. Damals habe ihre Arbeit nicht das Verständnis gefunden, welches heute dem Selbstschutz entgegengebracht wird. Durch sachliche Argumentation, Fachwissen und persönlichen Einsatz haben die Helfer dazu beigetragen, dem BVS zu seinem heutigen Ansehen zu verhelfen.

Urkunden für eine mehr als zehnjährige Mitarbeit erhielten: Ella Gallei, Hedwig Möser, Peter Breitmeier, Uwe Breitmeier, Werner Grübler, Heiko Gärtner, Gerhard Herbert, Peter Hofmann, Karl-Heinz Hübner, Manfred Sauer, Wolfgang Schmidt, Theoderich Stehlik und Michael Nieruch.

Mehr als zwanzig Jahre Mitarbeit haben geleistet: Egon Allwinn, Heinz Böckner, Horst Dannhauser, Waldemar von Dungen, Dieter Fischer, Hans Mohr, Karl-Heinz Rössler und Oskar Schneider.

Behördenselbstschutz der Bundesbank übte praktisch

Dreißig Angehörige der Deutschen Bundesbank, Frankfurt, die freiwillig im Behördenselbstschutz mitarbeiten, nahmen an einem Wiederholungslehrgang an der BVS-Schule in Birkenfeld teil. Mit „leichtem Gepäck“ reisten die Teilnehmer am 15. September 1980 mit einem Bus an. Gegen Mittag trafen sie in Birkenfeld ein und wurden von Schulleiter Effgen begrüßt. Danach erfolgte der Hinweis auf die allgemeinen Sicherheitsbestimmungen.

Bei der großen Anzahl der Helfer in Behördenselbstschutz der Bundesbank ist der Zeitraum, in dem der einzelne Helfer, sei er nun in der Bergung, im Brandschutz oder im Sanitätsdienst ausgebildet, eine Wiederholungsausbildung oder Weiterbildung erfährt, oft über ein Jahr lang. Es war daher erforderlich, eine kurze theoretische und praktische Einweisung, durch einen lehrreichen Film unterstützt, zu geben. Nach einer kurzen Einzelausbildung folgte die Einteilung in die verschiedenen Staffeln.

Es wurden Schwerpunkte gesetzt, als es an die praktische Arbeit ging. Bei der Bergungsgruppe war es die Leinenarbeit; hier galt es Knoten, Stiche und Bunde wieder ins Gedächtnis zurückzurufen, damit die Bergung und der Abtransport Verletzter sicher durchgeführt werden konnten. Die Brandschutzstaffel erarbeitete den folgerichtigen und schnellen Löschangriff und übte die einzelnen Aufgaben innerhalb der Staffel. Auch die Sanitätsstaffel war gut vorbereitet, als sie ihre Aufgaben durchspielte. „Verletzte“ waren zu versorgen, zu lagern und zu betreuen. Knochenbrüche, offene Wunden, Verbrennungen und Schlagaderblutungen waren sehr wirklichkeitsnah dargestellt.

Besonderes Interesse fand ein von BVS-Schulleiter Effgen außerplanmäßig

gehaltenes Fachreferat über die Entwicklung der zivilen Verteidigung und des Katastrophenschutzes. Seit August 1980 werden von der Deutschen Bundesbank Fachlehrgänge für Staffelführer im Brandschutz, in der Bergung und im Sanitätsdienst beschickt. Es ist erfreulich, daß sich für diese Lehr-

gänge – sie dauern eine Woche – eine ganze Reihe von Teilnehmern gemeldet hat. Dadurch können die Staffeln bald mit Funktionspersonal besetzt werden. Die Breitenausbildung gerät dabei nicht ins Hintertreffen, drei Termine an der BVS-Schule sind bereits für 1981 beantragt und zugesagt.

Mehr Interesse nötig

In Anwesenheit zahlreicher Vertreter der öffentlichen Institutionen wurde im Gemeindezentrum Hilders die BVS-Ausstellung „Schutz und Wehr – Selbsthilfe durch die Jahrhunderte im Spiegel zeitgenössischer Illustrationen“ eröffnet. Bürgermeister Kimpel meinte bei der Begrüßung, über Selbstschutz werde zwar viel gesprochen, in der Praxis jedoch werde dieses Thema von der Bevölkerung noch nicht mit dem nötigen Interesse behandelt. Es sei zu wün-

schen, daß diese Informationsschau dazu beitrage, das Bewußtsein der Bürger für die Notwendigkeit von Selbstschutzmaßnahmen zu schärfen. Robert Ludwig, Leiter der BVS-Dienststelle Fulda, betonte, mit der Ausstellung soll ein Personenkreis informiert werden, der sonst kaum mit dieser Problematik in Berührung kommt. Leider seien Selbstschutz und Zivilschutz noch nicht für jedermann Selbstverständlichkeiten.



BVS-Dienststellenleiter Ludwig (links) erläutert die einzelnen Darstellungen der Bildtafeln.

Henry-Moore-Ausstellung in Darmstadt

In der Darmstädter Stadt- und Kreissparkasse wurde die Henry-Moore-Ausstellung „Der Mensch in der Gefahr“ gezeigt. Das Amt für Katastrophenschutz hatte zum Besuch der Veranstaltung eingeladen, die von Polizeipräsident Peter C. Bernet, dem Katastrophenschutzbeauftragten der Stadt,

eröffnet wurde. Zahlreiche Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens waren zu dieser Veranstaltung erschienen, u. a. das Mitglied des Europäischen Rates, Sälzer, MdB Dr. Helga Timm und der Präsident der Hessischen Brandversicherungskammer, Dr. Kleinstück, sowie Vertreter des



Zahlreiche Ehrengäste waren zur Eröffnung der Ausstellung „Der Mensch in der Gefahr“ erschienen. Darmstadts Polizeipräsident, Peter C. Bernet, hielt die Eröffnungsrede.

THW, der amerikanischen Armee, Behörden und Organisationen. Polizeipräsident Bernet nutzte die Gelegenheit, um auf das Angebot der BVS-Dienststelle im Rahmen des Modellversuchs „Intensivierung des Selbstschutzes“ hinzuweisen. Die Ausstellung des BVS wurde übrigens von rund 16000 Interessenten besucht.

25 Jahre ehrenamtlich beim BVS

Anlässlich der Eröffnung der BVS-Ausstellung „Der Mensch in der Gefahr“ in der Hessenklinik Erbach/Odenwald, zu der eine Vielzahl von Ehrengästen gekommen war, wurde der frühere ehrenamtliche BVS-Dienststellenleiter Willi Magsam für eine 25jährige Mitarbeit geehrt. Landrat Dr. Baldur Nothardt dankte Magsam im Namen der Verwaltung des Odenwaldkreises für die geleistete Selbstschutz-Aufbauarbeit und überreichte ihm die Ehrenurkunde des Bundesverbandes für den Selbstschutz. Seinen Glückwünschen schloß sich BVS-Dienststellenleiter Willy Roth, Darmstadt, an.

Magsam, der trotz seines umfangreichen beruflichen Aufgabenkreises immer wieder Zeit fand, auch die Belange des BVS zu vertreten, will seine Erfahrungen weiterhin dem Verband zur Verfügung stellen.

„Tage der offenen Tür“ in Frankfurt

In der Zeit vom 5. bis 7. September 1980 veranstaltete die Stadt Frankfurt a. M. zum 20. Male „Tage der offenen Tür“, an denen sich auch der BVS beteiligte. Unter anderem hatte das Stadtparlament zu einer Diskussion unter dem Motto „Wer hilft den Helfern?“ eingeladen. Es sollten mit den Helfern und Leitern der humanitären und karitativen Hilfsorganisationen die wichtigsten Probleme erörtert werden.

Stadtverordnete aller Fraktionen unter Vorsitz von Stadtverordnetenvorsteher Korenke und etwa 150 Vertreter der Hilfsorganisationen fanden sich dazu ein. In seinem Grußwort erwähnte Korenke das besonders gute Verhältnis zwischen dem Stadtverordnetenvorsteher und dem Frankfurter BVS und lobte die Aufklärungsarbeit, die von den Mitarbeitern des BVS geleistet wurde. Der Leiter der BVS-Dienststelle Frankfurt dankte seinerseits für die gute Zusammenarbeit.

Ein Stand mit Broschüren, der vor dem Plenarsaal aufgestellt war, bot dem BVS die Möglichkeit zur Selbstdarstellung. Die Broschüren fanden bei der Bevölkerung viel Aufmerksamkeit.

„Sei, in' – mach mit“

... das ist ein Motto der BVS-Ausstellung „Der Mensch im Mittelpunkt“, die gegenwärtig in verschiedenen Städten und Gemeinden des Regierungsbezirks Koblenz gezeigt wird. Die Ausstellung zeigt den Selbstschutz und die Selbsthilfe des Bürgers, die in Nottfällen der organisierten Hilfe durch den Katastrophenschutz – in den meisten Fällen – vorausgehen muß. Ebenso ausführlich werden staatliche Aufgaben im Gesundheitswesen, Warn- und Alarmdienst usw. erläutert.

Erste Station der Ausstellung war Lehmen im Kreis Mayen-Koblenz. Bei einer Feuerwehrveranstaltung war die Ausstellung – laut Pressebericht – ein herausragender Anziehungspunkt. Der BVS hatte hier in kollegialer Zusammenarbeit mit dem Wehrleiter der Gemeinde, Ing. Walter Weber, den Selbst- und Katastro-

phenschutz der Öffentlichkeit vorgestellt. Bürgermeister Heidger betonte dies ganz besonders.

Im Foyer der Kreisverwaltung in Altkirchen wurde die Ausstellung in der Zeit vom 20. August bis zum 2. September 1980 gezeigt. Am 3. September 1980 wurde die Ausstellung von Landrat Dr. Norbert Heinen im Kreishaus in Montabaur eröffnet. Dr. Norbert Heinen wünschte sich, daß „viele Besucher der Ausstellung praktische Anregungen für den Selbstschutz mit nach Hause nehmen“.

Probealarm: viele sind desinteressiert

Die BVS-Dienststelle Koblenz hatte am 24. September 1980, dem Tage des Sirenen-Probealarms, in Zusammenarbeit mit dem Zivilschutzamt Koblenz in der Stadt an Stellen mit starkem Publikums-

verkehr drei Informationsstände aufgebaut. Mitarbeiter der Stadt und des BVS informierten die Bürger über die Bedeutung des Selbstschutzes und insbesondere über die Sirenensignale sowie das Verhalten der Bürger nach der Alarmierung.

Auch der Bürgermeister und Dezernent für den Zivilschutz, Josef Mendling, führte an einem Stand in der Innenstadt Gespräche mit den Bürgern. Reporter der Rhein-Zeitung befragten kurz nach dem Probealarm Bürger nach ihrem persönlichen Empfinden beim Vernehmen der Signale. Der überwiegende Teil der Befragten zeigte sich desinteressiert, einige empfanden das Heulen als Lärmbelästigung.

Ein größerer Personenkreis bemängelte, daß man bei einer Alarmierung keinen Schutzraum aufsuchen könne, in dem man vor den Gefahren einigermaßen geschützt sei.

Saarland

BVS informierte am „Tag des Saarlandes“

In jedem Jahr veranstaltet die saarländische Regierung einen „Tag des Saarlandes“, diesmal wurde dieser Tag in einem anderen Rahmen durchgeführt. Neben Podiumsdiskussionen und Ausstellungen der Ministerien, die bei der Bevölkerung großen Anklang fanden, wurden auf dem Ludwigsplatz vor der Staatskanzlei auch Fahrzeuge des Kata-

strophenschutzes und der Polizei gezeigt.

Der BVS hatte die Möglichkeit, sich ebenfalls zu beteiligen. Die zahlreichen Besucher konnten nicht nur eine fahrbare Aufklärungs- und Ausbildungsstelle und deren Ausstattung besichtigen, sie ließen sich am BVS-Informationsstand auch über Aufgaben und Maßnahmen

des Selbstschutzes unterrichten. Zahlreiche Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, unter ihnen Ministerpräsident Werner Zeyer, statteten dem BVS-Informationsstand einen Besuch ab. Zeyer sprach sich anerkennend über die Tätigkeit des Verbandes aus und wies auf seine langjährige Verbundenheit mit dem BVS hin, die schon aus seiner früheren Tätigkeit als Landrat stamme.

Baden-Württemberg

Sicherheitswettbewerb für Kraftfahrer

Eine Sicherheitsfahrt durch den Alb-Donau-Kreis startete die BVS-Dienststelle Ulm am Samstag, dem 13. September 1980. Auf einem Rundkurs von 80 km Länge zwischen Ulm und Ehingen/Donau konnten die Teilnehmer an zehn Stationen ihre Kenntnisse und Fähigkeiten in Hilfs- und Schutzmaßnahmen unter Beweis stellen. Der Allgemeine Deutsche Automobil Club, der Arbeiter-Samariter-Bund, die Deutsche Lebens-



Die strahlenden Gewinner des Sicherheitswettbewerbs im Alb-Donau-Kreis erhielten Ehrenkunden und Preise.

Rettungs-Gesellschaft, das Deutsche Rote Kreuz, die Feuerwehr, der Rettungshundeverein und das Technische Hilfswerk beteiligten sich an der Aktion.

Noch bevor Staatssekretär Ludwig – der die Schirmherrschaft übernommen hatte – um 8.00 Uhr das erste Fahrzeug auf die Strecke schickte, war bereits ein starker Teilnehmerandrang zu verzeichnen.

Zur Abschlußveranstaltung konnte BVS-Dienststellenleiter Helmut Falk fast 190 Gäste begrüßen, unter ihnen MdB

Werner, MdL Lorenz, Bürgermeister und Gemeinderatsmitglieder. Der besondere Dank galt dem Kommandanten der Freiwilligen Feuerwehr Ulm, Köstlin, und dem Kreisgeschäftsführer des DRK, Wagner, die sich für die Sicherheitsfahrt besonders eingesetzt hatten.

Die Ehrenpreise sowie die Ehrenurkunden händigte Bundestagsabgeordneter Werner den Teilnehmern aus. Bemerkenswert war das gute Abschneiden der Damen: Drei Frauen lagen punktgleich auf Platz 2. Dank der zahlreichen Spenden, die von Städten, Gemeinden, Parteien, ADAC usw. gestiftet worden waren, konnten alle 36 Teilnehmer neben den Ehrenurkunden wertvolle Preise in Empfang nehmen.

25jähriges Dienstjubiläum

Im Sitzungssaal des Rathauses der Stadt Neckarsulm erhielt Frau Gisela Berndt, Hilfssachbearbeiterin bei der BVS-Dienststelle Heilbronn, aus der

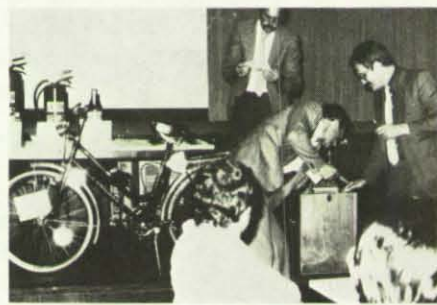


Hand von BVS-Landesstellenleiter Raach die Dankurkunde des Bundesverbandes für den Selbstschutz. Frau Berndt hat vor 25 Jahren als Schreibkraft ihren Dienst bei der Dienststelle Heilbronn aufgenommen. Die Wertschätzung, die Frau Berndt zuteil wird, ist

begründet in ihrer Sachkenntnis, Zuverlässigkeit und Hilfsbereitschaft.

„Selbstschutzwoche“ in Neckarsulm

Neben zahlreichen Veranstaltungen zur „Selbstschutzwoche“ in Neckarsulm warb die Stadt auch für ein Preisausschreiben zum Thema „Selbstschutz“, an dem alle Einwohner teilnehmen konnten. Für richtige Einsendungen standen viele Preise zur Verfügung: Ein Fahrrad, eine Sofortbildkamera, Feuerlöscher, Jahreskarten für das Stadt- und



Die Spannung ist groß. Oberbürgermeister Dr. Klotz (links) und BVS-Landesstellenleiter Raach (rechts) ermitteln die Gewinner des Preisausschreibens.

Freibad sowie zahlreiche Trostpreise wurden unter den Einsendern richtiger Antworten verlost.

Der Oberbürgermeister der Stadt Neckarsulm, Dr. Klotz, und der Leiter der BVS-Landesstelle Baden-Württemberg, Raach, ermittelten in einer öffentlichen Veranstaltung die glücklichen Gewinner.

Ehrung für Willy Bauer

Am 12. September 1980 erhielt der ehrenamtliche Mitarbeiter der BVS-Dienst-

stelle Karlsruhe, Willy Bauer, die BVS-Ehrennadel. Landesstellenleiter Raach nahm diese Ehrung vor.

Durch den Behördenselbstschutz bekam Bauer Kontakt mit dem BVS und wurde – vor 20 Jahren – als ehrenamtlicher Helfer verpflichtet. Seine Aufgaben als BVS-Beauftragter nahm er sehr ernst; seine Vorträge, die er als Berater hielt, fanden ein gutes Echo. Für die Belange der ehrenamtlichen Helfer setzte er sich bei der BVS-Dienststelle Karlsruhe als Stellvertreter des Helfervertreeters nachdrücklich ein. Trotz starker beruflicher Belastung als Abteilungs- und Behördenselbstschutzleiter des Ärztehauses in Karlsruhe war er stets ein engagierter Mitarbeiter.

Selbstschutz ist Thema in der VHS

Die BVS-Dienststelle Rottweil hat den Versuch unternommen, ihr Ausbildungsangebot über die Volkshochschulen an die Bevölkerung heranzutragen. Die städtische Volkshochschule Rottweil bietet erstmalig in ihrem Arbeitsplan 1980/81 unter „Sonderveranstaltungen“ einen Selbstschutz-Grundlehrgang an.

Im Programm der Volkshochschule Schramberg wird unter dem Thema „Es geht um Ihre Sicherheit“ eine Vortragsreihe angeboten. Diese umfaßt drei Vorträge: „Der Selbstschutz der Gemeinde“; „Der Schutzraum als Voraussetzung aller Sicherheitsmaßnahmen“; „Der Selbstschutz beginnt in der Familie – Welche Vorbeugemaßnahmen sind sinnvoll?“

Die Leiter der Volkshochschulen Rottweil und Schramberg begrüßten diese Mitarbeit des BVS.

Bayern



Staatsminister Dick war Schirmherr

Auf dem Viktualienmarkt in Straubing stand die Ausstellung „Rund um den Katastrophenschutz“, die in der Zeit vom 6. bis 14. September 1980 gezeigt wurde, unter der Schirmherrschaft von Staatsminister Dick. Bei Informationsgesprächen im Katastrophenschutz-Zentrum der Stadt Straubing konnte BVS-Dienststellenleiter Günther Koitek Vertreter der Presse und des Bayerischen Rundfunks, Oberbürgermeister Ludwig Scherl sowie zahlreiche Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens und Vertreter anderer Katastrophenschutzseinheiten



Staatsminister Dick (Bildmitte) im Gespräch mit BVS-Dienststellenleiter Koitek. Rechts neben dem Staatsminister Bürgermeister Bräuherr.

begrüßen. Koitek erläuterte Aufgaben und Organisation des Katastrophenschutzes, des erweiterten Katastrophenschutzes und des Zivilschutzes.

Der Fachbearbeiter der BVS-Dienststelle Deggendorf, Rudolf Hackl, nannte anschließend Zahlen aus der Arbeit seiner Dienststelle. 1979 wurden 148 Informationsveranstaltungen, 145 Lehrgänge, 7 Selbstschutzübungen, 176 Schutzbauberatungen, 1175 Einzelberatungen und 29 Veranstaltungen zur Weiterbildung der Mitarbeiter durchgeführt.

Am Sonntag, dem 6. September 1980, wurde nach einem Standkonzert die Ausstellung eröffnet. Die Freiwillige Feu-

erwehr, das Bayerische Rote Kreuz, das Technische Hilfswerk und der Malteser-Hilfsdienst hatten ihre Fahrzeuge und Geräte um das Ausstellungszelt herum aufgebaut. Trotz der Ferienzeit war ein zufriedenstellender Besuch zu verzeichnen.

Staatsminister Alfred Dick, der Schirmherr, äußerte seine Zufriedenheit über den Verlauf der Ausstellung. Parallel hierzu lief eine Reihe weiterer Veranstaltungen, die durchweg großes Interesse bei den Bürgern fanden.

Die Bürger machten mit

Niemand schloß sich aus, als am 14. September 1980, um 13.00 Uhr in Paitzkofen, einer Gemeinde im Landkreis Straubing-Bogen, die Sirenen eine Selbstschutz-Übung ankündigten. Die Übung war von den Mitarbeitern der BVS-Dienststelle Deggendorf mit Unterstützung der Selbstschutz-Berater der Gemeinde und der Bevölkerung entsprechend vorbereitet worden. Den Übungsplan hatte BVS-Fachbearbeiter Rudolf Hackl erarbeitet.

Oberregierungsrat Degmair, als Vertreter des Landrates, der Leiter des Katastrophenschutzamtes, Beil, Bürgermeister Baron Gabriel von Poschinger, der Kreisbrandrat, der Geschäftsführer der Rettungs- und Leitstelle des Bayerischen Roten Kreuzes und der Beauftragte des Technischen Hilfswerks waren unter den Hunderten von Beobachtern.

Auf der von der Gemeinde zur Verfügung gestellten Grünfläche waren Brandobjekte aufgebaut worden. Hier wurde mit Kleinlöschgeräten, die von den Bürgern bedient wurden, die Leistung solcher Geräte demonstriert. Das Ablöschen brennender Kleidung an Personen, das Löschen eines Entstehungsbrandes mit Hilfe der Einstellspritze wurden gezeigt, ebenso der Einsatz eines Feuerlöschers bei der Bekämpfung eines Flüssigkeitsbrandes.

Die Zuschauer zeigten großes Interesse, als ein größerer Brandherd mit Hilfe einer Zapfwellenpumpe, die an einen „Bulldog“ angeschlossen war, gelöscht wurde. Abschließend demonstrierten die Hilfsorganisationen ihren praktischen Einsatz.

Gemeinde will Schutzraumbau verstärken

Die Gemeinde Germering im Westen Münchens hat sich zur größten kreisangehörigen Gemeinde Bayerns entwic-

Günther Koitek, BVS-Dienststellenleiter von Deggendorf, begrüßt die Gäste.



Mit den verschiedensten Löschgeräten rückten die Bürger ...



... den Übungsbränden zu Leibe. Hunderte von Zuschauern säumten das Übungsfeld.



Die Erstversorgung und den Transport der „Verletzten“ hatten Helfer des Bayerischen Roten Kreuzes übernommen.



kelt. Trotz der damit verbundenen umfangreichen Baumaßnahmen wurden dauerlicherweise bisher für die Bevölkerung keinerlei Schutzmaßnahmen getroffen.

Ein Beschluß des Germeringer Gemeinderats zielt nun dahin, zumindest in Zukunft Versäumtes nachzuholen. Der Gemeinderat beauftragte das Bauamt, künftig alle Baubewerber über die Möglichkeiten des Schutzraumbaus zu informieren. Außerdem ist bei der Planung von Gebäuden, die mit öffentlichen Mitteln errichtet oder mit solchen bezuschußt werden, in Zukunft der Einbau von Schutzräumen vorgesehen.

Germering ist im Landkreis Fürstfeldbruck, neben der Kreisstadt, jetzt die zweite Gemeinde, die durch intensive Maßnahmen Schutzräume für die Bevölkerung schaffen will.

BVS beim „Tag der offenen Tür“

Die Aschaffener Feuerwehr hatte einen „Tag der offenen Tür“ veranstaltet, der sehr viele Besucher anzog. Diese Gelegenheit nutzte die BVS-Dienststelle Aschaffenburg, um der Bevölkerung ihr Aufgabengebiet näherzubringen.

Die BVS-Mitarbeiter erlebten, daß ihre kühnsten Erwartungen übertroffen wurden: Über 1200 Besucher ließen sich am Stand des BVS, an dem auch Informationsmaterial ausgegeben und laufend Filme über die Aufgaben des BVS gezeigt wurden, informieren. Spontane Beifall erteten die BVS-Helfer, die das Ablöschen brennender Kleidung an Menschen und den Umgang mit Feuerlöschern demonstrierten. Das starke Interesse machte es notwendig, diese Vorführungen mehrfach zu wiederholen.

Bereits anlässlich der Sirenenprobe hatten die BVS-Helfer in Großeinkaufszentren des Landkreises Informationsstände aufgebaut. Hunderte von Menschen nutzten schon damals die Gelegenheit, sich mit der Bedeutung der Sirensignale vertraut zu machen.

BVS-Mannschaft wurde „Vizemeister“

Beim Fußballturnier der Katastrophenschutzdienste der Landeshauptstadt München mußte die Mannschaft des BVS den im letzten Jahr gewonnenen Wanderpokal verteidigen. Insgesamt kämpften acht Mannschaften um Sieg und Platz. Die BVS-Mannschaft trat in ihren neuen Trikots mit BVS-Aufdruck



Auch auf dem grünen Rasen erfolgreich: die Fußballmannschaft des BVS.

an. Zum Turnierauftritt konnte die BVS-Mannschaft mit viel Kampfgeist das THW 1:0 schlagen. In den Folgespielen unterlag die Freiwillige Feuerwehr München mit 0:1 dem BVS.

Das Endspiel allerdings entschied der Arbeiter-Samariter-Bund mit einem klaren 4:0-Sieg über den BVS für sich. Platz 1 und der Wanderpokal ging damit an die herausragende Mannschaft des ASB. „Vizemeister“ wurde die Mannschaft des BVS.

Bei der Siegerehrung – durch Stadtrat Hierl und Oberamtsrat Ruhland vorgenommen – erhielt die Mannschaft einen wertvollen Zinnteller und eine Urkunde. Hierl würdigte die Verdienste der Helfer im Katastrophenschutz, die diese in ihrer Freizeit erbringen. Er bedankte sich auch für das faire Engagement auf dem Fußballfeld und lud alle Mannschaften zu einer Brotzeit ein.

Selbstschutzwoche in Straubing

Vom 6. bis 14. September 1980 führte die BVS-Dienststelle Deggendorf in der Stadt Straubing und im Landkreis Straubing-Bogen eine Selbstschutzwoche durch. In diesem Zeitraum wurden zahlreiche Veranstaltungen zur Unterrichtung und Ausbildung der Bevölkerung abgehalten.

In der kreisfreien Stadt Straubing und in Geiselhöring fanden Plenumsdiskussionen statt. Daran nahmen zahlreiche Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens teil. BVS-Dienststellenleiter Günter Koitek begrüßte jeweils die Teilnehmer, einführend hielt Fachbearbeiter Rudolf Hackl ein Referat zum Thema: „Die zivile Verteidigung in der Bundesrepublik Deutschland.“ Danach folgte eine – in jedem Falle lebhaft – Diskussion. Es standen Fragen der Aufrechterhaltung der Staats- und Regierungsgewalt, der Lebensmittel- und Arzneimittelbevorra-

tung, des privaten Schutzraumbaus sowie der lückenlosen Alarmierung der Bevölkerung im Verteidigungsfall im Mittelpunkt. Oberbürgermeister Ludwig Scherl, Straubing, sowie Vertreter der Katastrophenschutz-Organisation beantworteten die Fragen.

Sicherheitswettbewerb in Würzburg

Bei strahlendem Sonnenschein gab der Schirmherr des BVS-Wettbewerbes „Damit Hilfe kein Zufall bleibt“, Oberbürgermeister Dr. Klaus Zeitler, den Start für den ersten Fußgänger frei. Anwesend waren u. a. auch Mdb Dr. Wolfgang Bötsch, Bürgermeister Felgenhauer und verschiedene Stadträte.

In der Fußgängerzone rund um den Marktplatz von Würzburg hatten der BVS und die Hilfsorganisationen neun Stationen aufgebaut, an denen Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit hatten, ihre Kenntnisse in Selbsthilfemaßnahmen zu testen. So konnte beim BVS das Ablöschen brennender Kleidung an Personen und das Bergen eines „Unfallopfers“ aus einem Pkw geübt werden. Das BRK, die JUH und der MHD stellten Fragen aus dem Gebiet der Ersten Hilfe; die DLRG fragte nach Baderegeln. Das THW stellte Fragen über das Verhalten bei Wasserrohrbrüchen in der Wohnung und bei ausströmendem Gas. Außerdem beteiligte sich die Motorsport-Funksicherungsstaffel Würzburg, die Fragen über das richtige Verhalten im Straßenverkehr beantworteten ließ.

Der Filmwagen und der Informationsstand des BVS wurden von ca. 800 Interessenten besucht. Der Bayerische Rundfunk sendete über „Welle Mainfranken“ eine Reportage über die Veranstaltung.

74 Teilnehmer gaben ihre ausgefüllte Wertungskarte ab. Eine Teilnehmerin erreichte die höchstmögliche Punktzahl von 90 Punkten, die weiteren Ergebnisse lagen zwischen 62 und 89 Punkten. Die Siegerehrung fand am 20. September 1980 statt. Bürgermeister Felgenhauer unterstrich die Notwendigkeit solcher Veranstaltungen und forderte die Teilnehmer auf, an einem Selbstschutz-Grundlehrgang teilzunehmen. Gemeinsam mit dem Leiter der BVS-Dienststelle überreichte er dann die Preise an die Gewinner: drei Ehrenpreise, dazu 31 Sachpreise, die vom Oberbürgermeister, vom 3. Bürgermeister, den Organisationen und Firmen gestiftet worden waren. Außerdem erhielt jeder Teilnehmer eine Urkunde des BVS.



THW-OV Eutin auf Gemeindefeuerwehrtag

Auf Einladung des Gemeindefeuerführers Offen nahm der THW-OV Eutin am Feuerwehrtag der Großgemeinde Malente teil. Das THW stellte seinen gesamten Fahrzeugpark – GKW, MKW, Kipper, Fukow, Unfallhilfskombi und Schlauchboot – mit den dazugehörigen Geräten auf dem Festplatz aus.

Viele Besucher sowie Angehörige der Gemeindeverwaltung informierten sich über die Einsatzmöglichkeiten des THW. Zugführer Radloff gab dazu die notwendigen Erläuterungen. J. G.



Seinen gesamten Fahrzeugpark präsentierte der THW-OV Eutin anlässlich des Gemeindefeuerwehrtages.

Hamburg



Fachausbildung „Bergung“ gestrafft

THW-Landesverband Hamburg führt seit nunmehr fast zwei Jahren eine zentrale Grundausbildung für Helfer anwärter über einen jeweiligen Zeitraum von zehn Tagen durch. In drei Lehrgängen dieser Art wurden bisher 115 Helfer umfassend ausgebildet. Ein vierter Lehrgang ist für November 1980 eingeplant; dabei sollen verschiedene Ausbildungen für den Bundesleistungskampf 1981 studiert und bewertet werden.



In rund 150 Stunden erhalten die THW-Helfer eine gestraffte, aber umfassende Fachausbildung „Bergung“.

Schon lange vor der Einführung einer gestrafften zentralen Grundausbildung stellte sich die Frage: Wie wird die weitere Ausbildung nach der Grundausbildung aussehen müssen? Kann sie ähnlich gestrafft durchgeführt werden?

Nachdem sich die Ausbilder bereiterklärt hatten, auch einen Versuch einer zentralen Fachausbildung „Bergung“ durchzuführen, wurden 24 THW-Helfer, die die zentrale Grundausbildung am besten

durchlaufen hatten, für ein Jahr zu zwei zentralen Fachausbildungsgruppen „Bergung“ zusammengezogen; diese beiden Gruppen erhalten seit Juni 1980 bis Juni 1981 in rund 150 Stunden – an Wochenenden – eine gestraffte, aber umfassende Bergungs-Fachausbildung.

Die Helfer sind von den Ausbildungen in ihren Bezirksverbänden freigestellt und werden im Monat einmal von freitags 18.00 Uhr bis sonntags 18.00 Uhr internatsmäßig beim THW-BV Hamburg-Mitte ausgebildet. Als Ausbilder stehen sowohl hauptamtliche Kräfte als auch Führungskräfte verschiedener Bergungszüge zur Verfügung – ein Versuch, der spätestens im Juli 1981 beendet und gewertet werden kann.

Die ersten Ausbildungen sind von den Teilnehmern und Ausbildern sehr positiv bewertet worden. G. T.

„Blaues Band der Elbe '80“

Am „2. Hamburger Schippertag“ wurde von den Hamburger Barkassen, gestaffelt nach ihrer Motorenstärke, der Hamburger Feuerwehr mit ihren Trimaranen und dem THW mit seinen Mehrzweckbooten wieder um das „Blaue Band der Elbe“ gekämpft.

Um diesen Leistungsvergleich nicht zu einer reinen Wettfahrt werden zu lassen, hatte der THW-Landesverband Hamburg für die THW-Bootsbesatzungen Extra-Aufgaben ausgearbeitet, die zuvor gelöst werden mußten und aus deren

Punktzahl zusammen mit dem Ergebnis der Wettfahrt der Sieger ermittelt wurde.

Sechs Boote wurden am Steendieckkanal bei der alten Kesselschmiede zu Wasser gelassen und am Steg vertäut. Zunächst überprüften die Schiedsrichter die Ausrüstung auf ihre Vollständigkeit und bewerteten gleichzeitig die Ordnung an Bord. An Schwimmwesten, Paddel, Wasserschöpfer und Signalhorn hatten alle gedacht. Aber wie war es mit dem Betriebsstandbuch? Führte der Bootsführer auch seinen Dienstausweis und seinen Berechtigungsschein mit sich?

Als zweite Aufgabe mußte ein Anlege- manöver unter Motor gefahren werden, einschließlich Übergeben der Leinen und Festmachen am Steg. Das Ablegen hatte ohne Motorkraft zu erfolgen.

Bei der dritten Aufgabe mußte eine 200 Meter lange Strecke paddelnd in zwei Gruppen zu je drei Booten durchfahren werden. Im Ziel wurde die Zeit gestoppt, die dann die Grundlage für die Punktbewertung lieferte.

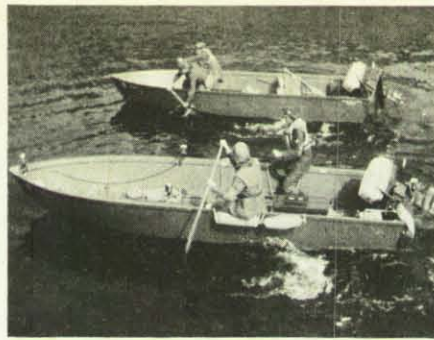
Nach diesen drei Teilen der Prüfung lagen die Mannschaften des THW-BV HH-Mitte und HH-Nord mit je 38 Punkten an der Spitze.

Hatten diese Ausscheidungen im Schutz des Kanals stattgefunden, fuhren die Boote jetzt über die Elbe zur Überseebrücke, dem Startpunkt der Wettfahrt um das „Blaue Band der Elbe“. Zwar war nach einem verregneten Vormittag die Sonne herausgekommen, aber der Wind hatte nicht nachgelassen, und die Elbe war ganz schön kabbelig.



Bevor es auf die Rennstrecke ging, überprüften die Schiedsrichter die Ausrüstung der Boote. Hier konnten schon die ersten Punkte geholt werden.

Um 16.10 Uhr startete das erste Feld mit sechs THW-Booten. 7,5 Kilometer war die Strecke lang. Auf dem Anleger Teufelsbrück war das Schiedsteam bereit, die Zeiten zu stoppen. Und da tauchten auch schon die ersten Boote aus Richtung Neumühlen auf. Schnell kamen sie näher. Die Spannung wuchs, besonders bei den THW-Helfern der BV Altona und Nord, die sich als Zuschauer zahlreich eingefunden hatten.



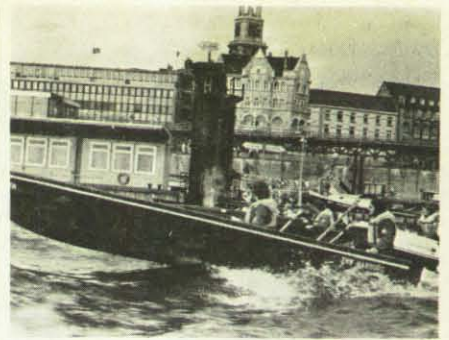
Paddeind mußten die THW-Helfer eine 200 Meter lange Strecke durchfahren. Es war gar nicht so einfach, den Kurs richtig zu halten.

Zuerst erreichten die Boote des THW-BV Bergedorf und Mitte das Ziel. Alle Boote hatten reichlich Wasser übergenommen, und die Helfer, die sich nicht mit Regenschutzbekleidung versehen hatten, sahen aus wie frisch geduscht.

Die Punkte wurden von sechs bis eins in der Reihenfolge des Einlaufs vergeben, und so ergab sich folgende Gesamtwertung:

HH-Mitte	43 Punkte
HH-Nord	39 Punkte
HH-Bergedorf	37 Punkte
HH-Harburg	35 Punkte
HH-Eimsbüttel	32 Punkte
HH-Altona	27 Punkte

Die Siegerehrung fand am Abend in der alten Kesselschmiede statt, wo anlässlich



Die 7,5 Kilometer lange Rennstrecke stellte hohe Anforderungen an die Bootsführer. Oft lagen die Boote nur knapp nebeneinander.

des „2. Hamburger Schippertages“ ein großes Volksfest gefeiert wurde. H. Sch.

„Norddeutscher Gipfel“

Zu einem Erfahrungsaustausch trafen sich die THW-Landesbeauftragten und Hauptsachgebietsleiter „Einsatz“ der norddeutschen Küstenländer Schleswig-Holstein, Bremen, Hamburg und Niedersachsen in Hamburg. Nach sachlicher Erörterung verschiedener Problemkreise erfolgte ein Besuch in einem Hamburger Lebensmittelbetrieb. Eine Besichtigung von Küstenschutzeinrichtungen unter sachkundiger Führung von Ltd. Branddirektor Puchner vom Feuerwehramt der Freien Hansestadt Hamburg rundete die Tagung ab. H. K.

Niedersachsen



Niedersächsische THW-Helfer aus Somalia zurück

Nach Beendigung ihres fünfwöchigen Einsatzes in Somalia trafen die vier niedersächsischen THW-Helfer Gerwald Umlauf und Rafael Wachholz aus Stade sowie Fred Hoffmann und Ewald Henschke aus Uelzen in der Nacht zum 12. September 1980 nach vielstündiger Reise abgespannt, aber ansonsten wohlbehalten in ihren Heimatorten ein.

In Uelzen hatte es sich Ortsbeauftragter Rudolf Froin trotz fortgeschrittener Stunde – es war 2.30 Uhr morgens – nicht nehmen lassen, einen kleinen Empfang für die beiden „Heimkehrer“ vorzubereiten.

Fred Hoffmann, von Beruf Betriebschlosser und beim THW-OV Uelzen Truppführer in der Gas- und Wassergruppe, hatte in mehreren Briefen – die in der örtlichen Tagespresse veröffentlicht wurden – und nach Rückkehr in ei-

nem Rundfunkinterview die Situation und den Verlauf der Arbeiten im Einsatzgebiet geschildert. Bekanntlich waren 20 Helfer des THW in der Somalischen Demokratischen Republik eingesetzt worden, um die Trinkwasserversorgung für die großen Lager mit über einer Million Flüchtlingen zu verbessern. Der Einsatz fand im Raum Lugh Ferrandi, 500 km nordwestlich von Mogadischu, am Fluß Giuba statt. Dort wurden zehn für die dortigen Gegebenheiten hergerichtete Trinkwasseraufbereitungsanlagen aufgebaut und betrieben sowie Einheimische für die spätere Bedienung angeleitet.

Der schlimmste Feind, so hatte Fred Hoffmann geschrieben, waren Sandstürme, die täglich über das ausgedörrte Land brausten und mehrfach die gerade installierten Wasserbehälter zerstörten. Doch bereits am 19. August hatten die Helfer in härtester Arbeit drei komplette Trinkwasseranlagen errichtet. Der Giuba, an dem sich das gesamte Leben der Einwohner und Flüchtlinge abspielt, besteht aus einer rotbraunen Brühe. Umso

größer war das Erstaunen der Flüchtlinge, als sie sahen, daß daraus sauberes, wenn auch stark chlorhaltiges Trinkwasser gewonnen wurde, welches zudem noch über eine Leitung aus Wasserhähnen entnommen werden konnte. Nur einigen wenigen war diese neue Form der Wasserentnahme nicht geheuer, alle anderen, voran die Kinder, nutzten mit großer Freude diesen ungewohnten Komfort.

Besonders erschütternd war für die Helfer, jeden Tag mit anzusehen, wie die Eingeborenen kilometerlange Fußmärsche zurücklegten, um ein paar Liter Wasser zu holen. Kinder im Alter von fünf bis zehn Jahren mußten dabei Behälter bis zu 20 Kilo Gewicht und mehr, mit einem Stirnband gehalten, auf dem Rücken schleppen.

Zur Routine wurde für die THW-Helfer die abendliche Schlangenjagd vor dem Zubettgehen, nachdem sie von französischen Helfern erfahren hatten, daß diese bereits giftige Reptilien vorgefunden hatten.

Trotz der Gefahren und der täglichen Strapazen bei Temperaturen um 40 Grad hat wegen des sichtbaren Erfolges gerade dieser Einsatz den Helfern viel bedeutet. Fred Hoffmann hat es in einem Brief wie folgt zum Ausdruck gebracht: „Zum Schluß möchte ich all' denen noch Dank sagen, die es ermöglicht haben, daß wir nach Afrika fliegen und die Not auf diesem Kontinent durch unseren Einsatz ein wenig lindern helfen konnten.“ R. B.

THW-OV Burgdorf feierte Jubiläum

Der seit vier Jahren durchgeführte Wettkampf von THW-Ortsverbänden des Landkreises Hannover um den „Hans-Joachim-Kurz-Gedächtnispokal“ stand im Mittelpunkt der Feierlichkeiten, die der THW-OV Burgdorf anlässlich seines 25jährigen Bestehens am Sonnabend, dem 27. September 1980, beging. Herausgelockt von strahlendem Spätsommerwetter waren Tausende von Besuchern zum Burgdorfer Schützenplatz, dem Veranstaltungsort, gekommen, um die Wettkämpfe zu erleben, die Fahrzeug- und Geräteschau zu besichtigen und sich vom Fanfarenzug „Die Wikinger“ unterhalten zu lassen.

Vor heimischer Kulisse machten die Burgdorfer THW-Helfer nach sportlichem Wettkampf das Rennen. In der Multiplikation von Fehlerpunkten und benötigter Zeit hatten sie beim Geschicklichkeitsfahren mit Radwechsel, bei Holzarbeiten, beim Brennschneiden, bei der Greifzug-Inbetriebnahme, beim Dreibockbau mit Anheben einer Last und bei

Ausleuchtungsarbeiten das beste Endergebnis erreicht, dicht gefolgt von Wunstorf sowie Springe, Lehrte und Langenhagen. Noch während die Wettkämpfe im Gange waren, sorgten die THW-Verpflegungstrupps aus Burgdorf und Celle mit der Ausgabe von 1200 Portionen Erbsensuppe für einen weiteren Höhepunkt.

Gäste bei der Großveranstaltung waren THW-Landesbeauftragter Leiser, Sachgebietsleiter Bormann, THW-Kreisbeauftragter Brünig – der auch die Übergabe des Wanderpokals vornahm – Stadtoberamtsrat Becker von der Stadt Burgdorf sowie Ortsbeauftragte und Führungskräfte aus dem Umkreis.

Bevor am Abend im Stadionsaal in Burgdorf die Ansprachen gehalten, Ehrungen vorgenommen und tüchtig gefeiert wurde, hatte man des im Mai verstorbenen langjährigen THW-Ortsbeauftragten Hans Neuse in einer Gedenkminute gedacht.

Mit der Übergabe der Urkunde durch LB Leiser wurde Hermann Gesell offiziell mit der Führung des THW-OV Burgdorf beauftragt. Das Helferzeichen in Gold mit Kranz erhielten fünf Helfer, die von Anfang an dabei waren: Heinz und Herbert Giero, Franz und Alfons Rotter sowie Winfried Cerachowitz. R. B.

Staatssekretär von Schoeler in Cloppenburg

Anlässlich eines Besuches des Parlamentarischen Staatssekretärs im Bundesministerium des Innern, Andreas von Schoeler, in Cloppenburg hatte der

THW-OV Cloppenburg Gelegenheit, dem Gast aus Bonn seine Sorgen wegen der THW-Unterkunft vorzutragen.

Dem THW-OV Cloppenburg ist von der Stadt Cloppenburg die Unterkunft für Ende 1980 gekündigt worden, da das Gelände für kommunale Vorhaben dringend benötigt wird.

Das Angebot des Landkreises Cloppenburg, dem THW im Emstekerfeld im Rahmen eines Katastrophenschutzentrums eine neue Unterkunft zu bauen, die langfristig angemietet werden soll, scheiterte bislang an der Höhe des Mietzinses.

Im Gespräch mit dem Staatssekretär, an dem u. a. Oberkreisdirektor Rausch, THW-Landesbeauftragter Leiser und Ortsbeauftragter Haase teilnahmen, wurde die bisherige Entwicklung der Verhandlungen sowie das Problem eines tragbaren Mietzinses diskutiert.

Nachdem ein annehmbares Angebot seitens des Landkreises auf dem Tisch lag, versprach Staatssekretär von Schoeler, sich beim Bundesminister der Finanzen sowie beim Bundesamt für Zivilschutz dafür zu verwenden, daß auf der Basis des vorliegenden Angebotes sowie einer akzeptablen Flächenplanung eine Anmietung erfolgen kann.

In einem weiteren Gespräch zwischen Landkreis, BZS, LV und OV wurde eine Einigung erzielt, so daß – vorbehaltlich der Zustimmung durch den Kreistag – demnächst mit dem Neubau begonnen werden kann. E. L.

Bundestagsabgeordneter Seiters beim THW-Direktor

Zu einem Gespräch über allgemeine Fragen des Katastrophenschutzes und speziell des THW hat der Direktor des THW, Hermann Ahrens, den CDU-Bundestagsabgeordneten Rudolf Seiters empfangen. An dem Gespräch nahmen auch neben dem stv. Landesbeauftragten Jochen Rohwedder Vertreter des THW aus Meppen und Aurich teil.

Als außergewöhnlich bezeichnete Direktor Ahrens den Einsatz des Bundestagsabgeordneten für das THW. So hat Seiters sich im Haushaltsausschuß für mehr Haushaltsmittel eingesetzt, die Überlassung von Bundeswehrfahrzeugen an das THW angeregt und im Bundestag eine Anfrage über steuerliche Erleichterungen für ehrenamtliche Helfer eingebracht. Ihm wurde hierfür im Beisein des BZS-Präsidenten Dr. Paul Wilhelm Kolb von Direktor Ahrens das THW-Helferzeichen in Gold mit Kranz verliehen. R. B.



Besonderes Können verlangt das Brennschneiden. Ein glatter Schnitt und Schnelligkeit waren maßgebend für die Zahl der Punkte.

Berlin



Bundespostminister Kurt Gscheidle weihte neuen Fernmeldemast ein

In die Reihe der höchsten Türme der Welt kann sich der neue Fernmeldemast in Berlin-Frohnau wohl sehen lassen: Der 900 Tonnen schwere Mast bringt es immerhin auf stolze 344 Meter und ist damit nur unwesentlich niedriger als der Ost-Berliner Fernsehturm auf dem Alexanderplatz oder zweieinhalb mal so hoch wie der West-Berliner Funkturm, der „Lange Lulatsch“. Dieser neue Mast bildet zusammen mit einem ebenso hohen Mast in Gartow in Niedersachsen eine Richtfunkverbindung zwischen Berlin und dem Bundesgebiet, um die Engpässe im ständig steigenden Fernsprechverkehr zu beheben.

Die Einweihung dieses imposanten Bauwerks war für den Präsidenten der Landespostdirektion Berlin Grund und Anlaß, viele Gäste aus Politik, Wirtschaft und Verwaltung zum Mitfeiern einzula-



Der Präsident des Berliner Abgeordnetenhauses, Peter Lorenz (rechts) und der Präsident der Bundesdruckerei, Klaus Spreen, ließen sich die Erbsensuppe – natürlich wieder eine Spezialität des THW – schmecken.

den. Nach der offiziellen Übergabe durch Bundespostminister Kurt Gscheidle wurden die Gäste zum Essen aus der „Gulaschkanone“ eingeladen. Daß ein solcher Eintopf auch bei den Prominenten immer wieder gut ankommt, ist nicht nur auf dem Foto zu

sehen, es war auch die ausgesprochen einhellige Meinung der Besucher. B.

Nachruf

Am 7. September 1980 ist unser Mitarbeiter und Kollege

Fridrich Wentzel

völlig unerwartet an den Folgen eines Herzinfarkts verstorben.

Wentzel war seit 1954 Helfer im THW und seit dem 1. April 1967 hauptamtlich tätig, zuletzt als Geschäftsführer im Bereich Berlin-Südost. Mit großer Erfahrung und besonderem Engagement hat er die Interessen des THW nach außen und innen vertreten.

Sein Tod hat uns alle sehr betroffen und eine schwer ersetzbare Lücke hinterlassen.

Wir werden seiner dankbar gedenken.

Der Personalrat
Der Landesbeauftragte

Nordrhein-Westfalen



Ausstellung des THW-OV Kleve

Der THW-OV Kleve stellte an einem Samstag vor dem Rathaus der Stadt Kleve seine neuen Fahrzeuge, Boote und Geräte aus. Eine Ton-Dia-Schau des THW-Landesverbandes und eigene Tonfilme des Ortsverbandes ergänzten die Ausstellung.

Viele interessierte Bürger, darunter zahlreiche Jugendliche, informierten sich über die Arbeit des THW.

Unter den Gästen befand sich der Bürgermeister der Stadt Kleve, Richard van de Loo, sowie Bundestagsabgeordneter



Bundestagsabgeordneter Dr. Jochen van Aerssen (2. von rechts) informierte sich über den Stand im Kreis Kleve.

und Mitglied des Europa-Parlamentes Dr. Jochen van Aerssen. Der Abgeordnete, der einen sehr guten Kontakt zu allen Katastrophenschutz-Organisationen des Kreises Kleve hat und sich in vielen

Fällen aktiv für die Belange des THW einsetzte, informierte sich eingehend über den Stand des THW im Kreis Kleve. P. F.

Nachruf

Am 21. August 1980 verstarb an den Folgen eines Verkehrsunfalls unser Kamerad

Frank Müller

im Alter von 20 Jahren.

Seine THW-Kameraden werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Der Ortsbeauftragte und die Helfer des OV Bonn

Hessen



Erfolgreicher Sucheinsatz

„Hier ist die Polizei in Witzenhausen. In Unterrieden ist soeben eine Frau in die Werra gesprungen, können Sie uns helfen?“ Mit dieser Meldung wurde der THW-OV Neu-Eichenberg um 6.46 Uhr morgens alarmiert.

Über Funkalarmempfänger wurden die

THW-Helfer zur Unterkunft gerufen, bereits um 7.00 Uhr waren sie auf dem Weg zur Einsatzstelle. In kurzer Zeit wurde ein Boot auf die Hochwasser führende Werra gebracht, und die Helfer begannen um 7.25 Uhr mit der Suche nach der Vermißten. Um 11.00 Uhr wurde die Suche aufgegeben, da keine Aussicht auf Erfolg mehr bestand. H. W.

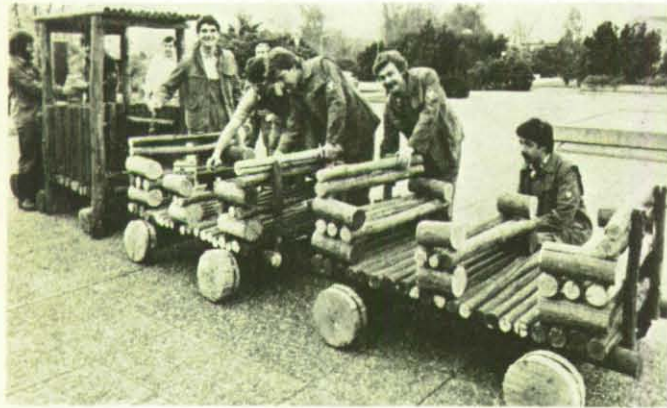
Einsatzfähigkeit getestet

Die Note „gut“ erhielten 120 Einsatzkräfte von Feuerwehr, THW und DRK anläßlich einer großangelegten Waldbrandübung vor den Toren von Bad Homburg. Die unter strenger Geheimhaltung geplante Übung sollte die Ein-

satzfähigkeit der Hilfsorganisationen bei einem Großalarm unter Beweis stellen. Samstag, 6.35 Uhr: Die freiwilligen Helfer von Feuerwehr, THW und DRK werden durch ihre Funkalarmempfänger geweckt. Wenige Minuten nach der Alarmierung sind die ersten Fahrzeuge des Brandschutzes am Einsatzort, und erst da stellt sich heraus, daß es sich um die jährliche Einsatzübung handelt.

Von diesem Zeitpunkt an rollt die Übung wie geplant ab: Eine TEL wird gebildet, zwei Kilometer Schlauchleitung zur Brandstelle werden verlegt, die Tankwagen der Städtischen Wasserwerke versorgen die Löschfahrzeuge, das DRK stellt Krankenwagen für den Verletzten-transport bereit, das THW hilft bei der Brandbekämpfung durch Schlagen einer Schneise, das DRK versorgt die Einsatz-

kräfte. Gegen 13.00 Uhr ist der „Waldbrand“ gelöscht, die Einsatzkräfte rücken ab. Disziplin, Zusammenspiel und Leistung der Helfer wurden von Oberbürgermeister Wolfgang Assmann und seinen Stabsmitgliedern abschließend gewürdigt. Schr.



Aktuelles aus Hessen:

Die Helfer des THW-OV Lampertheim bewiesen ihr Können in der Sparte „Holzbearbeitung“ – sie bauten für die Kleinen eine stabile Eisenbahn.

Nachruf

Nach langer, schwerer Krankheit verschieden im 75. Lebensjahr der frühere Kreis- und Ortsbeauftragte des THW-Ortsverbandes Limburg

Leonhard Falkenstein

Träger des Ehrenzeichens in Silber der Bundesanstalt Technisches Hilfswerk.

Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Der Ortsbeauftragte und die Helfer des Ortsverbandes Limburg

Rheinland-Pfalz



Sicherung eines Raubtiergeheges

An der Stadtgrenze von Pirmasens wurde vor nicht allzulanger Zeit ein Freizeit- und Vergnügungsgelände, der „Tivoli-Park“, eröffnet. Als Attraktion kann ein beachtliches Freigehege mit Raubtieren besichtigt werden. Das Gehege, eine gelichtete Waldfläche, ist durch zwei Schutzzäune gesichert.

Für den Autobahnbau Pirmasens-Kaiserslautern war unweit dieses Raubtiergeheges eine Schneise durch den Wald geschlagen worden. Wochenlange Regenfälle hatten dazu geführt, daß schon durch leichten Wind in der verbliebenen schmalen Randzone 15 bis 20 Meter hohe Buchen und Eichen bedenkliche Schlagseite Richtung Tiergehege bekamen. Löwen und Tiger wurden vorsorglich in ihre Behausungen eingesperrt.

Es bestand Gefahr, daß einzelne Bäume umstürzen und nicht nur den Zaun, sondern auch die Stallungen zerschlagen könnten, was den Raubtieren die unverhoffte Freiheit gebracht hätte.

Der THW-OV Pirmasens wurde um Hilfe gebeten. Mit Motorsägen und Seilwinde fällten die Helfer mehrere Bäume und konnten somit die Gefahr beseitigen.

W. L.

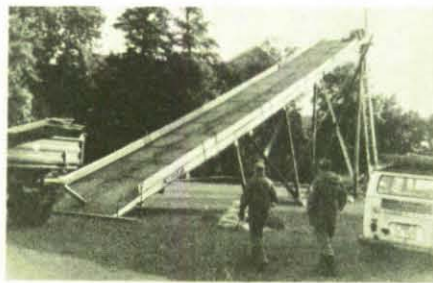
Eine Demonstration zum Nachdenken

An einem Sonntag führte der ADAC-Gau Pfalz in Zusammenarbeit mit der

Polizei, der Feuerwehr und dem THW in Neustadt an der Weinstraße eine Veranstaltung durch mit dem Ziel, den Autofahrern zu demonstrieren, daß die Benutzung des Sicherheitsgurtes im Auto lebensrettend sein kann.

Die THW-OV Neustadt a. d. Weinstraße und Landau i. d. Pfalz hatten die Aufgaben übernommen, eine zehn Meter hohe und 25 Meter lange „schiefe Ebene“ zu bauen, von der die Pkw, besetzt mit „Dummies“ der Opelwerke aus Rüsselsheim, mit blockierter Lenkung auf ein querstehendes Fahrzeug auffahren sollten.

Fünfzig Helfer der THW-OV Neustadt und Landau bauten zum ersten Male eine riesige Anlauframpe. Die Unterstützungen wurden aus Telegraphenmasten gefertigt und mit Greifzügen, Erdankern und Erdnägeln gesichert. Der Oberbau des beim THW-OV Germersheim vorhandenen SD-Geräts wurde als Fahrbahn eingebaut. Die größte Schwierigkeit war, die sechs Trägerlängen auf die zehn Meter hohe Unterstüzung aufzule-



50 THW-Helfer bauten diese zehn Meter hohe und 25 Meter lange Anlauframpe.

gen. Als zusätzliches Hilfsmittel stand ein vier Meter hoher Mast zur Verfügung.

Die Vorführung gestaltete sich zu einer hervorragenden Demonstration. Vor mehr als 800 Zuschauern rollten die Fahrzeuge mit 35 km/h die Rampe hinunter.

Im ersten Fahrzeug waren die Versuchspuppen nicht angeschnallt. Beim Aufprall auf den querstehenden Pkw wurde die Windschutzscheibe durchgeschlagen; Insassen hätten in diesem Fall schwere Verletzungen erlitten.

Beim zweiten Versuch wurden den Puppen Sicherheitsgurte angelegt. Außer Blechschäden an den Fahrzeugen trat kein weiterer Schaden auf.

Im dritten Versuch wurde ein Pkw aus zehn Metern Höhe fallen gelassen, der Aufprall erfolgte mit ca. 50 km/h. Dabei waren die Puppen nicht angeschnallt. Am Fahrzeug entstand Totalschaden.

Die Insassen wären hier wahrscheinlich lebensgefährlich verletzt worden. Die Puppe auf dem Fahrersitz hatte einen Schutzhelm auf, der beim Aufprall von der Vorderseite bis zur Helmitte aufgeplatzt war. Vertreter des ADAC und der Polizei kommentierten die Vorführungen. Zuschauer und THW-Helfer waren am Ende der Veranstaltung sehr nachdenklich. Wenn durch diese Vorführungen die Autofahrer davon überzeugt worden sind, daß es sinnvoll ist, sich stets, auch im Stadtverkehr, anzuschnallen, so hat sich die viele Mühe und Arbeit aller Beteiligten gelohnt. W. R.

Reinigungsaktion nach Hochwasser

Die THW-Ortsverbände Illingen, Spiesen-Elversberg und St. Ingbert räumten mit 42 Helfern und acht Fahrzeugen den nach einem Hochwasser der Blies zwischen Homburg und Blieskastel-Webenheim angeschwemmten Unrat weg.



Drei THW-Ortsverbände mit insgesamt 42 Helfern beteiligten sich an der Reinigungsaktion an der Blies.

Unterstützt wurden die THW-Helfer von sechs Landwirten mit ihren Traktoren und Hängern. Insgesamt wurden 38 Wagen mit Hochwasserrückständen zu einer nahegelegenen Deponie gebracht.

B. Sch.

Trinkwasser aus dem Sulzbach

Zu einer eindrucksvollen Geräteschau lud der THW-OV Sulzbach in den Stadtteil Altenwald ein. Trotz des regnerischen Wetters war das Interesse der Bevölkerung an der Arbeit des THW sehr groß.

Die Elektrogruppe zeigte den Aufbau eines Freileitungsnetzes. Besonderen Anklang fand jedoch die Aufbereitung von Trinkwasser aus verschmutztem Wasser. Das Rohwasser wurde dem Sulzbach, einem offenen Bachlauf, in den die Abwässer von rund 40000 Einwohner münden, entnommen. Die meisten der Besucher haben jedoch, wenn auch oft etwas skeptisch, das aufbereitete Sulzbachwasser gekostet und waren über-



Zahlreiche Zuschauer verfolgten die Aufbereitung des Rohwassers zu Trinkwasser.

rascht von dem doch guten Geschmack. Die gezeigte Trinkwasseraufbereitungsanlage war übrigens bereits für mehrere Monate im norditalienischen Erdbebengebiet eingesetzt.

Groß war das Interesse der Vertreter des öffentlichen Lebens an der Arbeit des THW. So konnte der Leiter der Veranstaltung, Zugführer Meyer, MDL Rischer, Bürgermeister Lissmann, THW-LB Faß sowie Vertreter der politischen Parteien und der Katastrophenschutz-Organisationen begrüßen.

G. K.

Ausstellung und Vorführungen in Blieskastel

Der THW-OV Blieskastel führte an einem Sonntag unter der Leitung von OB Stolz im THW-Unterkunftsgelände einen „Tag der offenen Tür“ durch. Neben den Fahrzeugen und Geräten eines kompletten Bergungszuges konnten auch Teile eines Instandsetzungszuges besichtigt werden.

Vorführungen aus diesen beiden Fachdiensten ergänzten das Programm. Hierzu gehörten der Bau eines Behelfssteges, die Vorführung der Sauerstoffpflanze und der Explosionsramme, der Bau eines Hängesteges und einer Seilbahn sowie der Einsatz eines Erdbohrgerätes und des Verkehrshilfskombis.

Glanzstück der Veranstaltung waren jedoch die Vorführungen der THW-Jugendgruppe, die viel Beifall u. a. für die Bergung von „Verletzten“ erhielt.



Viel Beifall erhielt die THW-Jugendgruppe für ihre Vorführungen.



Die Demonstration der Sauerstoffpflanze ist immer spektakulär und zieht viele Zuschauer an.



Schnell ist mit Hilfe der hydraulischen Rettungsschere eine verklemmte Autotür geöffnet und der „Verletzte“ geborgen.

Für das leibliche Wohl der über tausend Besucher aus Blieskastel-Abweiler und der näheren Umgebung war gesorgt: Zum Mittagessen gab es Erbseneintopf und nachmittags Kaffee und Kuchen zum Selbstkostenpreis. Die musikalische Unterhaltung übernahm das Schülerorchester Erweiler-Ehlingen.

MdL Hantz, der Vertreter des Bürgermeisters von Blieskastel, Beigeordneter Schmidt, THW-Landesbeauftragter Faß, Hauptsachgebietsleiter Ballnus sowie THW-Geschäftsführer Thiel besuchten die Veranstaltung, zu deren Gelingen auch zahlreiche Ehefrauen von THW-Helfern beigetragen hatten.

G. F.

Landesbrandinspektor Flick ausgezeichnet

Im Rahmen einer turnusmäßigen Besprechung aller Kreisbrandinspektoren mit dem Landesbrandinspektor zeichnete THW-Landesbeauftragter Günter Faß im Auftrag des THW-Direktors Hermann Ahrens Landesbrandinspektor Karl-Heinz Flick mit der Ehrenplakette des THW aus.

Flick erhielt die hohe Auszeichnung für seine Verdienste um die Förderung der Zusammenarbeit zwischen den saarländischen Feuerwehren und der Bundesanstalt THW im Saarland.

G. F.

THW-Jugendgruppe Heusweiler wurde Landessieger

An einem Wochenende fanden in St. Wendel die diesjährigen Jugendleistungswettkämpfe des THW auf Landesebene statt, an denen insgesamt 200 aktive und zahlreiche interessierte Helfer als Zuschauer teilnahmen. An den Ausscheidungswettkämpfen waren die Jugendgruppen von zehn THW-Ortsverbänden des Saarlands beteiligt. In den Ausschreibungsunterlagen war

gefordert, eine Gruppe aus zehn Jung-
helfern im Alter von 12 bis 17 Jahren
sowie Gruppenleiter und zwei Fahrer zu
bilden. Der Wettkampf bestand aus einer
Fertigkeitsprüfung mit sechs speziellen
Aufgaben und einem sportlichen Teil.

So war z. B. im praktischen Teil das
Herstellen einer Geräteablage und einer
Arbeitsbühne verlangt. Ferner mußte ei-
ne Fernmeldeleitung über eine beson-

ders zu fertigende Leitungsstraße ver-
legt und dazu ein ordnungsgemäßer
Fernmeldespruch durchgegeben und
aufgenommen werden.

Ebenso mußten die Kenntnisse in Be-
zug auf Beleuchtungsgeräte (Petromax)
und Wasserpumpen (TS 2,5) unter Be-
weis gestellt werden. Der sportliche Teil
bestand aus einem 8 x 75-Meter-Staf-
fellauf.

Unter der fachkundigen Leitung von
Gruppenleiter Gerd Möller bewältigte die
Heusweiler Jugendgruppe in Konkur-
renz mit neun weiteren Jugendgruppen
ihre Aufgaben meisterlich. Dies führte
nach Schiedsrichterentscheid zum Sieg.

Unter tosendem Beifall nahmen die
Junghelfer aus der Hand des THW-Lan-
desbeauftragten Faß den Pokal ent-
gegen. G. L.

Baden-Württemberg



Einweisung am „D“-Brückengerät

Das „D“-Brückengerät („D“ = Dreieck)
wurde nach dem Zweiten Weltkrieg von
zwei namhaften deutschen Stahlbaufir-
men gemeinsam entwickelt. Es handelt
sich um eine Brücke aus vorgefertigten
Einzelteilen. Der Zusammenbau ist
schnell möglich, weil alle Anschlüsse
verschraubbar sind. Grundsätzlich ist die
Montage im Freivorbau bzw. durch Vor-
rollen von Hand und mit einfachen Hilfs-
mitteln durchzuführen. Für den Trans-
port der Einzelelemente reichen übliche
Lkw aus. Besonders geeignet ist das
„D“-Gerät für ein- oder zweispurige
Straßenbrücken mit Spannweiten zwi-
schen ca. 12 bis 70 Meter. Die Brücke
ist nicht nur für vorübergehenden Ge-
brauch, sondern auch für langandauern-
den Einsatz verwendbar.

Aus dieser kurzen technischen Be-
schreibung ist bereits erkennbar, daß
das „D“-Brückengerät insbesondere für
Zwecke des Zivilschutzes und für die ra-
sche Verbesserung der Infrastruktur im
Rahmen der humanitären Hilfe geeignet
ist. Da es auch zu den Aufgaben des
THW gehört, leistungsfähige Ersatzüber-
gänge zu erstellen, lag es nahe, Füh-
rungskräfte in die Handhabung des
„D“-Brückengerätes einzuweisen.

In Abstimmung mit der verwaltenden
Stelle des Gerätes, dem Regierungs-
präsidenten Freiburg, wurde unter Hin-
zuziehung einer leitenden Fachkraft des
Geräteherstellers kürzlich im Straßen-
meister-Dienstgehöft Kirchzarten eine
ganztägige Einweisung vorgenommen.
Die örtliche Gesamtorganisation lag
beim THW-Ortsbeauftragten für Müll-
heim. Dieser wurde dabei weitgehend
durch den Geschäftsführer des Bereichs
Freiburg unterstützt.

Im Vordergrund standen bei dieser
Einweisung:

- grundsätzliche Ausführungen über
Aufgabenstellung, Stärke, Gliederung
und Ausbildung der THW-Kadereinhei-

ten für den Festbrückenbau mit vorbe-
reittem Gerät,

- eingehende Erläuterung der gesamten
Konstruktionsweise des „D“-Brücken-
gerätes sowie Montagehinweise ein-
schließlich Unfallverhütung,
- Handhabung der Brückenbauelemente
und Montagehilfsmittel,
- objektbezogene Montagearbeiten mit
„D“-Gerät aus dem Lagerbestand,
- Verladeübungen unter Einsatz eines
THW-Krans und verschiedenartiger Lkw
des THW.

Schwerpunkt dieser Einweisung war die
Vermittlung von Grundkenntnissen über
das „D“-Brückengerät, die Bauweisen
und Einsatzmöglichkeiten sowie die
Durchführung von Montagearbeiten.

An dieser Einweisung nahmen Füh-
rungskräfte aus den Ortsverbänden
Müllheim, Achern und Öhringen teil. Sie
können nun die Standortausbildung vor-
nehmen. Die drei THW-Ortsverbände
halten bereits jetzt Helfer für den Brük-
kenbau mit dem „Bailey“-Gerät vor. In
Zukunft werden diese Helfer auch Bau-
aufgaben mit dem „D“-Brückengerät
wahrnehmen. G. K.

THW-OV Eberbach räumte Campingplatz

Am 15. Juni 1980 wurde der THW-OV
Eberbach von der Polizei alarmiert: Der
Neckar drohte über die Ufer zu treten
und etwa 100 auf dem Campingplatz
Eberbach stehende Wohnwagen und
Zelte zu gefährden.

Stv. OB Müller rückte mit Zugführer
Papritz und acht THW-Helfern zur Ein-
satzstelle aus.

Durch den starken Regen waren die
Stellplätze so verschlammte, daß keine
Fahrzeuge zur Bergung der bedrohten
Campingwagen eingesetzt werden
konnten. Es mußten die leichteren
Wohnwagen aus dem Gefahrenbereich
geschoben werden. Die schweren Fahr-
zeuge wurden mit der Seilwinde des

GKW geborgen und anschließend auf
einen hochwassersicheren Platz ge-
schleppt.

Die Camper und der Campingplatzwart
zollten dem Eberbacher THW großes
Lob für diese umsichtige Hilfeleistung. Sc.

Nachrufe

Wir trauern mit den Angehörigen um
unsere THW-Kameraden

Anton Langenstein
Ortsverband Hechingen
Helfer im THW seit 1953
† 18. August 1980

Roland Ziegler
Ortsverband Balingen
Helfer im THW seit 1971
† 27. August 1980

Georg Beck
Ortsverband Rottenburg
Helfer im THW seit 1954
† 8. September 1980

Wir werden ihrer treu gedenken.

Der Landesbeauftragte für
Baden-Württemberg
Die Ortsbeauftragten und die
Helferschaft
der Ortsverbände Balingen, Hechingen
und Rottenburg

Der THW-Ortsverband Waldshut-Tien-
gen trauert um seinen Kameraden und
Althelfer

Max Schweiger

der im Alter von 71 Jahren von uns
ging.

Er war seit 1954 im Technischen Hilfs-
werk und lange Jahre Ausbildungsleiter.
Wir haben einen guten Kameraden ver-
loren und werden ihm stets ein ehren-
des Andenken bewahren.

Der Ortsbeauftragte und die Helfer
des OV Waldshut-Tiengen

Nur noch Schrottwert

600 000 DM Sachschaden, eine defekte Brücke und eine Sperrung der Autobahn München-Salzburg für rund vier Stunden, das war die Bilanz eines Unfalls an der Anschlußstelle Rosenheim auf der BAB A 8, Richtung München-Salzburg.

In den frühen Morgenstunden war ein mit Stahlträgern beladener Lastzug auf die Autobahn aufgefahren. Nach 500 Metern war die Fahrt jedoch schon wieder beendet: Der Lastzug blieb unter einer Brücke stecken; die Ladung war 20 Zentimeter zu hoch gewesen.

Der sofort alarmierte THW-OV Rosenheim befreite u. a. mit Schneidbrennern den Lastzug aus dieser Lage. Die verbogenen Stahlfertigteile hatten allerdings nur noch Schrottwert.

Die Brücke über die Autobahn war schon im vergangenen Herbst einmal das „Ziel“ eines Panzers auf einem Tieflader gewesen. Deswegen ist sie seither für den Verkehr gesperrt. H. F.

Dipl.-Ing. Schwarz mit dem Bundesverdienstkreuz 1. Klasse ausgezeichnet

Auf Vorschlag des Bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Strauß hat Bundespräsident Prof. Dr. Carstens dem THW-Landesbeauftragten für Bayern, Dipl.-Ing. Schwarz, das Verdienstkreuz 1. Klasse des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland verliehen.

Die Aushändigung nahm der Bayerische Staatsminister des Innern, Tandler, in Anwesenheit von Staatssekretär Neubauer, Ministerialdirektor Dr. Süß und THW-Bundessprecher Merck vor.

Mit dem Orden wurden die herausragenden Leistungen und die Persönlichkeit des Landesbeauftragten, ganz be-

Schon nach 500 Metern war die Fahrt auf der Autobahn beendet: Der Lastzug blieb mit seiner Ladung unter einer Brücke hängen.



Mit Schneidbrennern befreiten die THW-Helfer den Lkw aus seiner Lage.



sonders aber auch die bedeutende Entwicklung des THW in Bayern mit seinen 11 000 Helfern, gewürdigt.

Schwarz war 1973 vom damaligen Bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Goppel bereits mit dem bayerischen Verdienstorden ausgezeichnet worden. 1967 erhielt er für seine Verdienste um die deutsch-französische Zusammenarbeit beim Ausbau der Mosel zur internationalen Großschiffahrtsstraße die Auszeichnung „Ritter der Ehrenlegion“ der Republik Frankreich. J. D.

Gemeinsame Zwei-Tage-Übung

Vor realistischem Hintergrund führten die THW-Ortsverbände Treuchtlingen und Gunzenhausen eine gemeinsame Zwei-Tage-Übung durch. Folgende Lage war zugrundegelegt worden: „Ein mit Flüssiggas gefüllter Kesselwagen der Deutschen Bundesbahn ist im Bereich des ehemaligen Bahnbetriebsgebäudes explodiert. Durch die Explosion ist ein Gebäude in Brand geraten, die Treppe vom Erdgeschoß in den ersten Stock zerstört, in den verschiedenen Räumen liegen Verletzte und Verschüttete.“

Die Alarmierung des 2. THW-Bergungszugs Treuchtlingen, der sich mit den übrigen Teilnehmern der Übung auf einem Lagerplatz bei Heidenheim befand, erfolgte gegen 4.30 Uhr. Dort waren am

Abend zuvor Zelte aufgestellt und die Krafffahrzeuge stationiert worden.

Neben dem THW beteiligten sich auch der Präsident der Luftrettungsstaffel Bayern, Ernst Schramm, mit seinem Flugzeug und ein Hubschrauberpilot an der Übung. Sie nahmen Aufklärungsflüge vor und dirigierten aus der Luft die THW-Einsatzfahrzeuge zu den jeweiligen Brennpunkten.

Im Bahnbetriebsgebäude in Treuchtlingen bargen inzwischen die THW-Helfer mit Hilfe von Leitern und einer Seilbahn die „Verletzten“ aus den oberen Stockwerken.

Während die Bergungszüge voll im Einsatz waren, mußte der Instandsetzungszug zu einem angenommenen Unfall ausrücken: An der Altmühl war ein Tanklastwagen von der Fahrbahn abgekommen und umgestürzt. Das Öl lief



Bei einem angenommenen Verkehrsunfall hatten die THW-Helfer alle Hände voll zu tun. Mehrere „Verunglückte“ mußten geborgen werden.



Der Bayerische Staatsminister des Innern, Tandler, händigte dem Landesbeauftragten des THW für Bayern, Schwarz, das Bundesverdienstkreuz 1. Klasse aus.

Eine der schwierigsten Aufgaben bei der Übung war das Bergen von „Verletzten“ aus höher gelegenen Stockwerken.



in den Fluß. Die THW-Helfer errichteten eine Ölsperre, dabei kamen die erst vor wenigen Wochen übergebenen Geräte erstmals zum Einsatz.

Um 8.00 Uhr meldete die Luftrettungsstaffel einen Verkehrsunfall bei Auernheim. Ein Schnelleinsatztrupp mit vier THW-Männern barg die „Verunglückten“ aus dem Wrack. Zahlreiche Schaulustige verfolgten interessiert die Übung.

Ortsbeauftragter Willi Hilpert führte in der Abschlußbesprechung aus, daß die Übung trotz einiger Mängel ein Erfolg gewesen ist. Bleibt noch zu erwähnen, daß die Gesamtleitung bei Friedrich Rettlinger und Karl Friedrich Oßberger lag.

G. K.

Nachruf

An den Folgen eines schweren Verkehrsunfalles verstarb der Helfer

Günter Singer

im 47. Lebensjahr.

Seine THW-Kameraden werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Der Ortsbeauftragte und die Helfer des Ortsverbandes Lohr a. Main

Warndienst



Sternfahrt nach Nürnberg

Die Helfer des Warnamtes IX und der WD-Leitmeßstelle 91-94 trafen sich an einen Samstag zu einer gemeinsamen Ausbildung in Nürnberg. Ziel dieser Sternfahrt der Helfer des Warnamts und der WD-Leitmeßstellen in Karlstadt, Baunach und Burglengenfeld war das Gelände an der Kongreßhalle.

Dort erwartete die Teilnehmer ein umfangreiches Programm an drei Stationen, das vom Katastrophenschutzamt der Stadt Nürnberg, Herrn Schöppllein, vorbereitet worden war. Nach kurzer Begrüßung durch Herrn Skau vom Warnamt IX und Herrn Schöppllein wurden die Helfer in drei Gruppen aufgeteilt.

Erste Station war die Fernmeldezentrale des HVB und die AMASt der Stadt Nürnberg. Diese Einrichtungen sind in dem riesigen Bau der Kongreßhalle untergebracht. Leider konnte ein eindrucksvolles Bild von der Arbeit der Fernmeldezentrale und auch der AMASt nicht vermittelt werden, da dies nur während eines Einsatzes, z. B. bei einer Übung, möglich wäre.

An der zweiten Station wurde den Helfern der Einsatz einer ABC-Einheit vorgeführt. Dabei zeigte ein Trupp, wie das „Spüren“ chemischer Kampfstoffe erfolgt und mit welchen Schwierigkeiten es oftmals verbunden ist. Die Deko-Gruppe hatte eine mobile Personenentgiftungsstation aufgebaut. Die einzelnen Abteilungen waren ausgeschildert und machten die Probleme einer Dekontamination von Personen deutlich.

Ein Helfer wurde stellvertretend für die anderen, die auf der „vergifteten“ Seite der Station arbeiten sollten, in ABC-Schutzkleidung und mit Atemschutz in ruhender Position gezeigt. Erst nach dem Ausziehen der ABC-Schutzkleidung konnte man die Belastung auch ohne körperliche Arbeit unter diesem Schutzanzug an dem schweißnassen Hemd erkennen.

Das Dekontaminierungs-Mehrzweckfahrzeug (DMF), das Herz eines ABC-Zuges, bewies die vielseitigen Einsatzmöglichkeiten des ABC-Dienstes. Mit den früheren Entgiftungsfahrzeugen (EF) mit Streukarre wurde außerdem eine Entgiftung von Gelände demonstriert. Diese Entgiftung wird übungsmäßig mit Schlemmkreide durchgeführt; Chlorkalk

darf bei Übungen nicht verwendet werden. Bei diesem Einsatz konnte man aber erkennen, daß eine Geländeentgiftung nur auf unbedingt nötige Straßenabschnitte beschränkt bleiben muß.

Die dritte Station war das Gebäude selbst, die Kongreßhalle. Mancher Helfer mag wohl schon vor dem Bauwerk gestanden haben, jedoch was sich dahinter verbirgt, wurde erst jetzt so richtig deutlich. Herr Hupp führte die Helfer durch diesen Torso. Das Gebäude ist während des 2. Weltkrieges für einen Parteitag geplant worden, wurde jedoch nie fertiggestellt.

Nach dieser etwas historischen Führung wartete dann eine vom Malteser-Hilfsdienst bereitete Gulaschsuppe auf die Helfer. Durch Fragen und Sehen hungrig geworden, fand das Essen raschen Absatz und lobende Anerkennung für den Koch.

Mit Dankesworten für das gelungene Programm und einer Einladung der Helfer des Katastrophenschutzes der Stadt Nürnberg ins Warnamt IX wurde die Ausbildungsveranstaltung beendet. Nach einer kurzen Stadtrundfahrt kehrten die Helfer in ihre Heimatorte zurück. G. J.

Spitzengespräch zwischen ASB und BMI

Das Bundesinnenministerium hatte den Arbeiter-Samariter-Bund zu einem Gespräch eingeladen, um Probleme aus dem Bereich des erweiterten Katastrophenschutzes zu erörtern. Unter Leitung des zuständigen Ministerialdirektors Wedler erörterte man mit den Mitarbeitern aus den einzelnen Referaten der Abteilung Zivile Verteidigung des BMI Fragen und Probleme. Martin Ehmer, Bundesvorsitzender der Arbeiter-Samariter, führte die Delegation der Hilfsorganisation an, die sich aus Vertretern des Bundesvorstandes und der Landesverbände zusammensetzte. Auf der Grundlage der freimütigen Meinungsäußerung sollte das Gespräch dazu beitragen, engere Kontakte herzustellen.

In der Diskussion wurden einzelne Punkte, die spezifisch die Sanitätsorganisationen und den ASB betreffen, besprochen. Man zeigte sich offen auf beiden Seiten, und es wurde sowohl Verständnis für diese und jene Regelung erweckt als auch die Dringlichkeit so mancher Forderung erkannt.

Die starke Abhängigkeit des erweiterten Katastrophenschutzes von finanziellen Problemen wurde deutlich und auch, daß es natürlich letztendlich die Politik ist, die Entscheidungen im und für den Katastrophenschutz beeinflusst. Man war sich jedoch einig, daß trotz noch vieler zu lösender Mißstände und Mißverhältnisse schon Erhebliches von den Politikern geleistet wurde, was auch einmal hervorgehoben werden müsse.

Die angestrebte Zahl von 200000 Helfern im erweiterten Katastrophenschutz wird auch mittelfristig nicht zu erreichen sein, so daß man die vorhandenen 142000 Helfer bis 1990 voll auslasten will und diese in den Einheiten den festen Stamm bilden sollen. Eine neue StAN wird auf dieser Basis Grundlagen schaffen, die es möglich machen, von elf Fahrzeugen eines Zuges sieben Stück zu beschaffen.

Unter anderem sprach die Delegation des ASB auch die Übernahme von Material über die VEBEG an. Über Bundeswehr, Polizei und Bundesgrenzschutz ist es möglich, kostenlos Material und Fahrzeuge zu beziehen. Fahrzeuge aber, die aus dem Katastrophenschutz-Bestand stammen, selbst die einstmaligen „eigenen“, werden von der VEBEG nur gegen Zahlung eines Betrages veräußert.



Zu einem ausführlichen Gespräch traf sich eine Delegation des ASB mit Vertretern des Bundesinnenministeriums unter der Leitung von Ministerialdirektor Wedler (2. v. l.).

Auf die Frage des ASB, ob – wie man gerüchteweise gehört habe – Depots von Fahrzeugen und Material vorgehalten würden, erhielt man die klare Antwort, daß dies nicht so sei. Nach entsprechenden Hinweisen wurde auch vom BMI bedauert, daß von örtlichen Trägern des Katastrophenschutzes aus einem „Sammeltrieb“ heraus manchmal solche „Depots“ entstünden, den Einheiten das Material dann fehle.

Nach weiteren Fragen zu spezifischen Problemen des ASB schloß man die „Köln-Bonner-Runde“ mit dem Übereinkommen, sich von Zeit zu Zeit mit einem gebündelten Themenkatalog wieder zu treffen. Es wurde bemerkt, daß, so wie die rechten Informationen auf beiden Seiten manchmal fehlten, es für beide Gruppen von Interesse sei, sich in solchen Gesprächen gegenseitig zu informieren und Anregungen zu geben. Der Bundesvorsitzende des ASB dankte dem Bundesinnenministerium und erklärte die Bereitschaft, auch künftig gerne solche Gelegenheiten zum Meinungsaustausch wahrzunehmen.

ASB legt Broschüre zum Katastrophenschutz vor

Unter dem Titel „Katastrophenschutz im ASB“ wurde jetzt eine Broschüre im Rahmen der ASB-Schriftenreihe vorgelegt. Diese Broschüre Nr. 5 der Schriftenreihe gibt Auskunft über die wichtigsten Grundsätze, Gesetze, Verwaltungsvorschriften sowie erläuternde Regelungen für die Durchführung von Zivil- und Katastrophenschutzaufgaben im ASB. Die Zusammenfassung enthält alle für die tägliche Katastrophenschutzpraxis notwendigen Bestimmungen.

Während es zu den Aufgaben des Bundes gehört, sich mit dem Erweiterungsteil des Katastrophenschutzes für den Verteidigungsfall zu befassen, obliegt der friedensmäßige Teil des Katastro-

phenschutzes den Ländern. Die Broschüre muß deshalb durch länderrechtliche Bestimmungen ergänzt werden, die nicht Bestandteil dieser Broschüre sein sollten. Im Kapitel „Aufgaben und Rechtsgrundlagen des Katastrophenschutzes“ wird auf die Landeskatastrophenschutz-Gesetzgebung verwiesen. Entsprechende Unterlagen dazu können von den ASB-Landesverbänden angefordert werden.

Die Broschüre soll den Führungskräften im Katastrophenschutz des ASB als Handbuch dienen und Hilfe für die Arbeit im täglichen Umgang mit Bestimmungen und Gesetzen sein. Die Ausführungen über den „Helfer im Katastrophenschutz“ dürften jedoch die Sammlung auch für die „Mannschaften“ zu einer interessanten Lektüre werden lassen.

Katastrophenschutzübung des ASB in Auerbach

Der 3. Betreuungszug Amberg-Sulzbach und der 1. ABC-Zug Sulzbach-Rosenberg, beide vom Arbeiter-Samariter-Bund aufgestellt, führten in Vorbereitung auf die Oberpfalzübung am 18. Oktober eine Katastrophenschutzübung mit spezifischer Aufgabenstellung durch.

Der ABC-Zug, der in Auerbach übernachtete, wurde für die Gastgeber zu „Evakuierten“. In Empfang genommen und registriert, wurde ihnen als Unterkunft die Turnhalle zugewiesen, die mit ASB-eigenen Feldbetten entsprechend gerichtet war.

Das Fahrzeug des ABC-Zuges war auf seiner „Jungfernfahrt“ zur Übung gebracht worden, denn der nagelneue Dekontaminationswagen sollte bei seinen Aufgaben der Entgiftung, Entseuchung und Entstrahlung Premiere haben.

Vor der Praxis stand jedoch für die Helfer noch am Vortag Theorie auf dem Plan, um auch das theoretische Wissen zu erweitern. Als Schwerpunkt wurde hier der Umgang mit chemischen Stoffen behandelt, was von den Teilnehmern mit Interesse verfolgt wurde.

In der praktischen Übung ging es dann ohne große Hektik, die sonst oft bei Übungen aufkommt, an die Bewältigung der gestellten Aufgaben:

- Erstellung eines Evakuiertenlagers
- Aufnahme von Evakuierten und Registrierung
- Verpflegung der Evakuierten

– Erstellen eines Telefonnetzes mit 10er Klappschrank.

– Startklarmachen des Dekontaminationsfahrzeuges.

Nach Abschluß der Übung wurde dann „Manöverkritik“ abgehalten, und man war sich mit den Vertretern der Behörden einig, daß man für einen Ernstfall gerüstet ist. Die Gruppen wurden einzeln bewertet, es ergab sich ein durchweg positives Bild. Auch die Zusammenarbeit der beiden Züge wurde anerkennend herausgestellt.

Im Einsatz befanden sich insgesamt 70 ASB-Helfer, je Zug 35, und neun Fahrzeuge. Diese dritte Übung der beiden Züge wird auch Anlaß zu weiteren gemeinsamen Aktivitäten sein.

ASB Köln stellt sich vor

Der frühere Ministerialdirektor im Entwicklungsministerium, nunmehr Oberbürgermeister der Stadt Köln und Vorsitzender des Arbeiter-Samariter-Bundes, Ortsverband Köln, Dr. Burger, machte

es vor: Freundlich und mit der Sammelbüchse klimpernd, bat er bei Bürgern um eine Spende für den ASB.

Anlaß war eine Demonstration des ASB-Ortsverbandes, der in der Kölner City einiges aus seiner Arbeit präsentieren wollte. Rettungswagen, Krankenwagen, Notarzteinsetzfahrzeug, Bergegerät, Katastrophenschutzfahrzeuge und vieles mehr wurde dem Bürger zur Besichtigung und zum „Ausprobieren“ dargeboten. „Lassen Sie sich doch einmal den Blutdruck messen!“, so „lockte“ man Besucher an. Dann wurde empfohlen, was nach dem Ergebnis der Messung zu tun sei. Leider allzu oft mußte der Gang zum Arzt angeraten werden.

Doch nicht nur in der Gesundheitspflege und im Katastrophenschutz arbeitet der ASB. Behindertenfahrdienste sind eine der vielfältigen Aufgaben geworden, die man sich stellt. Auch Hilfe für Süchtige der Alkohol- und Drogenszene gehört ins Angebot der „sozialen Dienstleistungen“.

Besonders stolz sind die 3800 Samariter in Köln aber auf „ihren“ Behinder-

tenbus. Das Großfahrzeug, ähnlich einem Nahverkehrsbus (Stadtbus), ermöglicht durch entsprechende Modifikation und eine hydraulische Hebebühne auch dem Rollstuhlfahrer, in einer Gruppe Ausflüge und Rundfahrten zu unternehmen.

Rettungsaktion endete auf dem Flughafen

Unverrichteter Dinge mußte das Ärzteteam des Arbeiter-Samariter-Bundes aus Wiemerskamp – Heinzpeter Moেকে, Ludwig Meiss und Jan Dolezil – wieder umkehren: Es wollte den Opfern der Erdbebenkatastrophe in Algerien helfen, doch die Mission endete bereits auf dem Stuttgarter Flughafen.

Die jungen Ärzte des ASB und weitere 37 Helfer sollten von der Rettungsflugwacht in die erdbebenzerstörte Stadt El Asnam gebracht werden. Wenige Stunden nach Bekanntwerden der Katastrophe war die Aktion vorbereitet worden. Neben Ärzten, Sanitätern und medizinischem Hilfspersonal war zahlreiches medizinisches Material zum Stutt-



Oberbürgermeister Dr. Burger, der auch Vorsitzender des ASB Köln ist, bei der Übergabe neuer Fahrzeuge für den Behindertenfahrdienst.



Das ASB-Ärzteteam wollte den Opfern der Erdbebenkatastrophe in Algerien helfen (von links: Heinzpeter Moেকে, Ludwig Meiss und Jan Dolezil).

garter Flughafen gebracht worden. Um 24.00 Uhr sollte eine Boeing, die kurzfristig für den Spezialflug umgerüstet worden war, nach Algerien starten.

Vor dem Abflug jedoch war die Rettungsflugwacht von einem Mitarbeiter, der sich bereits im Katastrophengebiet befand, unterrichtet worden, daß man keine Ärzte und medizinisches Material mehr benötige, da man nur noch wenig Überlebende berge. Das DRF-Notlazarett war dementsprechend nicht mehr voll belegt. Die algerischen Krankenhäuser hatten bereits wieder eine 50%ige Auslastung, weil die große Zahl der ambulant zu behandelnden Opfer zurückgegangen war.

Aufgrund dieser Informationen kam man zu der Überzeugung, daß keine weitere Hilfe für die medizinische Erstversorgung mehr nötig war. Die Aktion wurde abgebrochen, und man trat wieder die Rückreise in die Heimatorte an.

Diphtherie-Alarm:

JUH betreut Quarantänestation in Baesweiler

13 JUH-Helfer stehen im Hilfskrankenhaus rund um die Uhr im Einsatz

Donnerstag, 28. 8. 1980 – ein erstes Türkenkind wird mit Verdacht auf Diphtherie-Erkrankung in ein Krankenhaus eingeliefert. Sonntag, 2. 10., Dr. Ting, ein vietnamesischer Arzt, erkennt bei einem 11jährigen Türkenjungen Diphtherie und läßt ihn durch die JUH Baesweiler sofort ins Klinikum Aachen transportieren. Dort belächelt man die Vorsorge der JUH'ler – Schutzkleidung, Mundtuch usw. 10 Tage später ist das Kind tot – das Lächeln ist allen vergangen.

Am 31. 10. gibt die Kreisverwaltungsbehörde Aachen-Land Katastrophen-Alarm.

Alle Schulen bleiben geschlossen, alle Veranstaltungen werden abgesagt. Selbst die Kirchen bitten um Verzicht auf den Besuch des Gottesdienstes. Für den JUH-Standort Baesweiler, unter Leitung der Ortsbeauftragten Inge Winkelmann, sowie ihren Mitarbeitern, an der Spitze Katastrophenschutz-Zugführer Karl-Heinz Vaßen, stellt sich die erste große Aufgabe. Das vom DRK einzu-richtende Hilfskrankenhaus braucht dringend noch Geräte und Material. Die BG der JUH wird freitags informiert, und auf Allerheiligen läuft die Hilfsaktion der JUH Richtung Baesweiler. Von Bettwäsche über Waschlappen bis hin zum Scheuerepulver, die JUH liefert sofort. Zur gleichen Zeit legt-Einsatzleiter Vaßen der Kreisverwaltung den Dienstplan für die JUH-Mitarbeiter im Hilfskrankenhaus vor. 13 JUH'ler stehen rund um die Uhr im Einsatz. Die älteste, Frau v. Seefried aus Aachen (72 Jahre), der jüngste, Peter Spezi (15 Jahre), der selbst in Quarantäne, das Telefon nach draußen übernommen hat.

JUH- und DRK-Mitglieder transportieren immer noch Kontaktpersonen in das Hilfskrankenhaus. Die Zusammenarbeit der Helferinnen und Helfer der Organisationen klappt hervorragend. Unser Fahrdienst für Personal und Medikamententransport funktioniert von 5.00 bis 23.00 Uhr täglich.

Müde, aber auch etwas stolz, berichtet JUH-Ortsbeauftragter Winkelmann bei einer Ablösung gemeinsam mit Kerstin Vaßen und Beate Jaworzki von ihren Einsatzstunden. Vom Kinderpflegen bis Putzen, vom Bettendienst bis Füttern, alles wird verlangt, und alles wird erbracht.

Die Mitglieder eines kleinen Ortsverbandes (28 aktive Mitarbeiter) packen eine große Aufgabe an. Sie sind davon überzeugt, daß sie es schaffen. Wir auch!

Was ist Diphtherie?

Die Diphtherie ist eine durch Korynebakterien verursachte Infektionskrankheit, die durch lokale, membranöse Entzündungen an Haut und Schleimhäuten und allgemeine Intoxikation gekennzeichnet ist.

Der Erreger ist ein grampositives, schlankes Stäbchen (*Corynebacterium diphtheriae*) mit keulenförmigen Auftrieben an beiden Enden (Polkörperchen) und typischer V- oder Y-förmiger

Lagerung. Man unterscheidet drei als Typus gravis, Typus intermedius und Typus mitis bezeichnete Typen, die sich zwar kulturell, nicht jedoch durch Schwere und Verlauf der von ihnen verursachten Erkrankungen eindeutig voneinander abgrenzen lassen.

Virulente Diphtheriebakterien sind Ektotoxinbildner, die an der Eintrittspforte liegenbleiben und dort eine Gewebnekrose verursachen, die im Verein mit dem fibrinösen Exsudat die charakteristischen Membranen bildet. Das Wesen der Krankheit liegt in einer schweren Intoxikation: Durch Aufnahme des Ektotoxins in die Blutbahn kommt es zu einer Schädigung aller parenchymatösen Organe auf dem Wege einer „serösen Entzündung“ mit Zerfall von Muskelfasern im Herzen, degenerativen Veränderun-

Rund um die Uhr sind 13 JUH-Helfer im Einsatz, um die isolierten Kontaktpersonen zu versorgen.



Verbindung nach „draußen“ wird über das Telefon gehalten.



gen in den Markscheiden der Nerven, parenchymatöser Degeneration der Niere, Lipoidenspeicherung in den Nebennieren und Entzündung des Leberparenchyms. Nach neuerer Ansicht sollen an der Entstehung des Vollbildes dieser Erkrankung mindestens drei Toxine beteiligt sein,

1. ein Toxin, das eine lokale Gewebsnekrose verursacht,

2. das eigentliche Toxin (Toxin A), das für die seröse Entzündung verantwortlich gemacht und das von allen drei Typen in offenbar gleicher Qualität produziert wird und

3. ein in seiner Wirkung der Hyaluronidase ähnliches Toxin (Toxin B), das das Eindringen des Toxins A in tiefere Gewebeschichten ermöglicht und das vom Typus gravis in größerer Menge gebildet wird.

noch weiter bis zum Silvretta-See auf die Bieler Höhe. Am nächsten Ausflugs- tag hatten wir die Gelegenheit, den Bodensee durch eine Busrundfahrt kennenzulernen. Dabei machten wir einen Abstecher nach Appenzell. Vom Rheinfall bei Schaffhausen waren wir im doppelten Sinn „berauscht“, als wir mit dem Boot unmittelbar zum tobenden Wasserfall gefahren wurden.

Es nahte der letzte Tag, der Tag der Abschlußprüfung, die in Anwesenheit von Frau Oberin Gudrun Bütte und der Lagerleitung stattfand. Wir sahen dabei sehr feierlich in unserer weißen Schwesterntracht aus. All die Aufregung hatte sich nicht gelohnt, denn auch diese Prüfung bestanden wir gut. Abschließend wurde noch ein Gruppenfoto zur Erinnerung an die gemeinsam verbrachten Tage gemacht. Dann kam die Stunde des großen Abschieds: Ein reger Adressenaustausch zeigte, daß man den geschlossenen Bekanntschaften kein jähes Ende setzen wollte. Die Schwesternhelferinnen werden sich auf jeden Fall zur Broschenfeier wiedertreffen.

Zum Schluß möchte ich noch einen herzlichen Dank an Frau Dr. Czaika und Schwester Hartmann richten, die uns mit viel Engagement unterrichteten.

Monika Gaul

Schwesternhelferinnen-Ausbildung bei der JUH:

Der Beinwickel – fast ein Kunstwerk

Eine Teilnehmerin berichtet aus Friedrichshafen

Erwartungsvoll fanden wir uns am Freitagabend, aus allen Ecken Deutschlands kommend, in der Bundeswehrkaserne Allmansweiler in Friedrichshafen am Bodensee ein. Dieser Abend gab uns gleich einen Einblick in das tägliche Kasernenleben: Mit Bettwäsche versorgt, versuchten einige sogleich nach Bundeswehrart, die Laken mit Hilfe von Knoten rutschfest zu befestigen. Vollzählig versammelt waren wir dann beim Abendessen, die Mehrzahl Schülerinnen und Abiturientinnen, zwei junge Mütter und ein Herr, welcher im Unterricht zusammen mit „unserer Österreicherin“ dafür sorgte, daß es nicht allzu ernst zugeht.

Die Schwesternhelferinnen waren aber nicht die einzigen Gäste in der Bundeswehrkaserne. Die JUH führte ein umfangreiches Ausbildungsprogramm durch, so daß es ein Ausbildungslager von ungefähr 120 Personen ergab. Zu Beginn des Kurses machte uns Frau Berne mit den Erste-Hilfe-Maßnahmen vertraut. Dann folgte in der ersten Woche der Unterricht über allgemeine medizinische Grundlagen, die uns Frau Dr. Czaika (in Mannheim tätig) vermittelte. Den Abschluß bildete eine Prüfung, die überraschend gut verlief.

In der zweiten Woche führte uns Schwester Heide Hartmann (ebenfalls aus Mannheim) in die Krankenpflege ein. Bei den praktischen Übungen hatten wir viel Freude, wie zum Beispiel am „ersten Aufstehen des Patienten“, wobei es galt, einen möglichst geschwächten Patienten zu spielen, oder die Beinwickel, worauf wir – falls sie uns fehlerlos gelangen – wie auf ein Kunstwerk stolz waren.

Trotz der vielen Unterrichtsstunden (aufgrund des großen Stoffumfangs) hatten wir auch noch etwas Freizeit. Die freien Nachmittage, die wir durch „Überstunden“ gewannen, verbrachten wir meistens am Ufer des Bodensees. Abends hatten wir abwechselnd die Möglichkeit,

uns Tonfilme anzusehen oder Disco-Musik zu hören. Oft saßen wir aber einfach in einer gemütlichen Runde und freudeten uns so gut an, so daß uns der Abschied am Ende recht schwer fiel.

Mittwoch war unser Ausflugs- tag: Das erste Ziel war das Elektrizitätswerk bei Tschagguns. Eine Attraktion war die ursprünglich zum Bau des E-Werks errichtete Golmerbahn, die beachtliche Steigungen überwindet, bis die Fahrgäste die Golm erreicht haben. Wir fuhren

STELLENAUSSCHREIBUNGEN

Die JOHANNITER-UNFALL-HILFE e.V. sucht

Lehrbeauftragten

für die Bundesschule in Niederweisel/Hessen mit Organisationstalent und Teambereitschaft.

Die Tätigkeit umfaßt: Ausbildung im Sanitätsbereich, Mitarbeit an der Erstellung von Lehr- und Unterrichtsplänen, Geräte- und Fahrzeugkunde.

Die Vergütung erfolgt nach AVR/BAT.

Bewerbungen sind zu richten an:

JOHANNITER-UNFALL-HILFE e.V.
Bundesgeschäftsführung
Sträßchenweg 14, 5300 Bonn 1

Die JOHANNITER-UNFALL-HILFE e.V. sucht zur Entlastung des Landes- geschäftsführers in Hannover zum baldmöglichen Dienstantritt

stellv. Landesgeschäftsführer

Vorausgesetzt wird abgeschlossene kaufmännische oder Verwaltungsaus- bildung, Organisationstalent und Berufserfahrung.

Die Vergütung erfolgt nach AVR/BAT.

Bewerbungen mit Lebenslauf und beruflichem Werdegang, Zeugnisab- schriften und Lichtbild an

JOHANNITER-UNFALL-HILFE e.V.
Bundesgeschäftsführung
Sträßchenweg 14, 5300 Bonn 1

Dr. med. Karl-Wilhelm Wedel, Flottenarzt, Bundesarzt des Malteser-Hilfsdienstes

Die Bedeutung der Notfallmedizin für den Katastrophenfall

Die ärztliche Verantwortung gebietet eine auf die Bedürfnisse des Ernstfalls abgestimmte Ausbildung der Ärzte

Die Notfallmedizin muß heute höchsten Ansprüchen gerecht werden.

Wenn Notfallsituationen (nach SEFRIN) plötzlich eintretende, meist mit einer Lebensbedrohung oder dem Gefühl einer solchen einhergehende Zustände sind, dann sieht sich die Notfallmedizin in ein Verbundsystem der vorklinischen und klinischen Versorgung gestellt. Denn im Gegensatz zu STREICHER, der 1977 meinte, Notfall hieße, den Patienten rasch in die Klinik zu bringen, hieße sofortige, nicht vorgeplante Behandlung, in vielen Fällen sofortige Operation, damit Leben oder wichtige Funktionen erhalten bleiben, sind wir mit GORGASS, AHNEFELD u. a. der Meinung, daß bei Notfallpatienten entscheidende, oft lebensrettende medizinische Maßnahmen bereits am Notfallort, also außerhalb der Klinik, durchgeführt werden müssen. Sie gliedern sich in die Sofortmaßnahmen durch den Laien, die Erste Hilfe durch Sanitätspersonal und die erste ärztliche Hilfe, unterstützt durch qualifizierte notärztliche Maßnahmen; erst wenn die Transportfähigkeit hergestellt ist, erfolgt nach Ankunft im Krankenhaus die Fortsetzung der Behandlung unter klinischen Aspekten.

Das bedeutet, daß in der Notfallmedizin erfahrene Ärzte oder mindestens doch gut ausgebildetes und qualifiziertes Sanitätspersonal den Notfallpatienten betreuen müssen. Das bedeutet aber auch, daß zur Durchführung notfallmedizinischer Maßnahmen ausreichend materielle Mittel zur Verfügung stehen müssen. Nachdem 1967 die deutsche Norm für Krankenkraftwagen erarbeitet werden konnte, waren mit der Standardisierung der Rettungswagen und der Krankentransportwagen wesentliche Voraussetzungen für die materielle Ausstattung erfüllt.

Selbst wenn man zugeben muß, daß noch ein Ungleichgewicht der Verteilung von RTW und KTW besteht, muß man zugleich doch feststellen, daß heute ein Status erreicht ist, der allen Forderungen weitgehend gerecht wird. Dabei

kann man Lücken selbstverständlich nicht übersehen, wie sie bei einer Bestandsaufnahme vor zwei Jahren in Wiesbaden auch festgestellt wurden.

Es kann nicht übersehen werden, daß zu der Entwicklung bis zum heutigen Ist die Hilfsorganisationen den bedeutendsten Beitrag geleistet haben.

Wenn ich einmal außer acht lasse, daß Notärzte leichter bei ausreichender Bezahlung zu gewinnen sind, GORGASS dem Rettungssanitäter mehr Verantwortung übertragen und auch zumuten will als SEFRIN, wenn ich die Diskussion um den Rettungssanitäter nicht wieder aufgreife, bleibt doch festzustellen, daß die im ganzen so befriedigende Funktion des Rettungsdienstes nicht möglich wäre ohne den vielfach selbstlosen Einsatz der ehrenamtlichen Helfer in den Organisationen. Ihr kaum einmal gewürdigtes Engagement, zu dem wir mit einer den Erfordernissen weitgehend Rechnung tragenden Aus- und Fortbildung beitragen, zeigt, daß es immer noch möglich ist, Leistungen für die Gemeinschaft zu erbringen, ohne immer gleich nach dem Staat und Subventionen zu rufen.

Wenn der Notfall meist nur eine kleine, begrenzte Anzahl von Menschen betrifft, so bedeutet die Katastrophe das Außergewöhnliche. Denn die gewohnte Individualmedizin, die Medizin nach Maß, muß um so mehr zurücktreten, je mehr Verletzte eine Katastrophe mit sich bringt und je größer das Mißverhältnis der benötigten zu den vorhandenen Hilfsmöglichkeiten wird (LANZ).

Vorhersehbarkeit, Ausmaß und Umfang einer Katastrophe bestimmen Erfolg, Teilerfolg oder ungenügenden Erfolg sanitätsdienstlicher Maßnahmen. Sind Katastrophen auf lange Zeit vorherzusehen, können die sanitätsdienstlichen Maßnahmen dann erfolgreicher sein, wenn eine genügende Vorbereitung vorgenommen wurde.

Dazu gehören die Ausbildung der Bevölkerung in Erster Hilfe, Impfungen, die Feststellung der Blutgruppen, die Vorbe-

ereitung von Notkrankenhäusern, Verbandplätzen und Erste-Hilfe-Stationen, die Anlage von Sanitätsmateriallagern und auch die Bevorratung von Lebensmitteln und Trinkwasser sowie die Bereitstellung von technischer Hilfe im weitesten Sinne.

Dazu gehört ferner die theoretische und praktische Schulung des qualifizierten Sanitätspersonals, die Einweisung von Spezialisten, Schwestern und Allgemeinärzten in ihre Aufgabe im Katastrophenfall und in besonderem Maß die Schulung von Chirurgen, Anästhesisten und Hygienikern im Hinblick auf eine den chaotischen Situationen angepaßte Vereinfachung der Technik und der angewandten Mittel, um beim Massenansturm von Verwundeten, Verletzten wie Seuchengefährdeten und -kranken nicht zu resignieren. Auch bei kurzfristiger Vorhersehbarkeit lassen sich noch einige der genannten Vorbereitungen treffen, jedoch ungleich schwieriger und unvollkommener.

Ohne Vorbereitung und ohne Warnung auftretende Großkatastrophen beschränken zunächst ärztliche Betreuung und pflegerische Maßnahmen auf ein Minimum. Obdachlosigkeit, Hunger und Durst treffen jeden schwer; denn Großkatastrophen bevorzugen nicht wahlweise und ausschließlich Menschen und Material, die nicht zum Sanitätsdienst gehören. Auch dieser ist mehr oder weniger stark betroffen: Erinnern wir uns daran, daß 1945 in Hiroshima 75% des Sanitätspersonals, der Ärzte und Hilfskräfte getötet, verwundet oder strahlengeschädigt, 80% der Krankenhäuser zerstört oder schwer beschädigt wurden und Material- und Arzneimittellager zum großen Teil zerstört, unzugänglich oder unbrauchbar waren.

Daraus ergeben sich die Grundsätze für die medizinische Versorgung. Allerdings ist ihr Gelingen gleichzeitig abhängig vom Einsatz der Mittel zur Bergung, zur logistischen und technischen Hilfe. Zunächst muß die sanitätsdienstliche Hilfeleistung mit den Mitteln erfolgen, die im

Katastrophengebiet verblieben sind, die sogenannte „interne Hilfeleistung“. Sie besteht bevorzugt darin, lebensrettende Maßnahmen durchzuführen, weitere Erste Hilfe zu leisten, Verwundete und Verletzte zu bergen und zu sammeln, damit die Zeit überbrückt werden kann, bis weitere Hilfe eintrifft. Diese Zeitspanne kann sich länger ausdehnen wegen der Entfernungen, wegen der durch die Katastrophe verursachten Hindernisse. Die „Hilfeleistungen von außen“ bestehen neben Entseuchungs- und anderen, je nach Lage unterschiedlichen, hygienischen Maßnahmen aus denen, die unter ungünstigen Verhältnissen eine, wie PIROGOW sagte, „traumatische Epidemie“ schwerster Verletzungen bewältigen müssen. Denn zwischen Notwendigem und Möglichem besteht ein Mißverhältnis, und regelmäßig sind Großkatastrophensituationen zunächst nicht beherrschbar. Nicht nur multiple schwere Verletzungen stellen ein Problem dar, das sich unter normalen Verhältnissen in dieser Häufung nicht ergibt, hinzu können Verbrennungen und Kälteschäden treten, die Resistenz der Betroffenen kann durch Erschöpfung, Schlafmangel, Unterernährung, Durst, Vergiftungen und psychische Alterationen geschwächt sein.

Häufig können noch alle Grundsätze der Chirurgie, der Hygiene, der Asepsis und Antisepsis, der Ernährung und Anästhesie beachtet werden, vielfach aber müssen sie den Umständen angepaßt oder gar vernachlässigt werden, stehen die Chirurgen bei einem Massenansturm von Verwundeten vor oft schier unlösbaren Aufgaben, zwingen Schwierigkeiten der Unterbringung oder des Transports zu Maßnahmen, die normalerweise nicht zu verantworten sind, müssen Behelfe organisiert werden, ist zu improvisieren, müssen Schwerstverwundete vernachlässigt werden, um möglichst viele Verwundete noch relativ optimal ärztlich zu betreuen.

Hier werden die bedeutenden Unterschiede der Unfallchirurgie zur Katastrophenchirurgie sichtbar, die – in Anlehnung an FÖLSCH – eine „Chirurgie mit Hindernissen mannigfaltiger Art“ ist.

Trotzdem vermittelt die Notfallmedizin bedeutende Erkenntnisse und Erfahrungen für die am Notfallort zu treffenden Maßnahmen wie Blutstillung, Wiederbelebung und Schockbekämpfung, erlaubt Erprobung und Perfektionierung aller nur möglichen Hilfs-, Transport- und sonstiger technischer Geräte. Der Weg zur weiteren Behandlung der Notfallpatienten führt in Verfolg der Rettungskette aber direkt in das nächste geeignete Krankenhaus, in dem mit allen Mitteln des qualifizierten Personaleinsatzes und einer optimalen Ausstattung dem Verletzten konzentrierte Hilfe zuteil wird bis zur endgültigen Wiederherstellung.

Für die Katastrophenmedizin, bei einem Massenansturm von Verletzten, erfordert die Notwendigkeit zur stufenweisen Versorgung von den lebensrettenden Maßnahmen über die Herstellung der Transportfähigkeit bis zur Reparatur und schließlich der Rekonstruktion ein anderes Denken als das sonst gewohnte und geübte.

Selbst wenn man Katastrophensituationen nicht herbeiwünscht, muß man sich gedanklich und praktisch darauf vorbereiten, nicht nur, weil stets durch kluge Planung und durch eine auf die Bedürfnisse des Ernstfalls abgestimmte Ausbildung beneidenswerte Erfolge erzielt werden konnten, sondern weil die ärztliche Verantwortung dies gebietet!

Dabei ist, wie ich in der vorhergehenden Gegenüberstellung darzulegen versuchte, die Notfallmedizin von erheblicher Bedeutung, oder lassen Sie es mich so ausdrücken, stellt eine unter normalen Verhältnissen allein mögliche praktische Vorbedingung dar für die Katastrophenmedizin. Zugleich muß aber noch einiges mehr getan werden, wie SCHULTZE unlängst vorgeschlagen hat. Dabei müssen viele zusammenwirken, müssen viele Mittel bereitgestellt werden, denn bisher ist auf diesem, lange Zeit sogar tabuisierten Gebiet zu wenig geschehen.

Die Behandlung des Themas „Katastrophenmedizin und medizinische Versorgung im Zivilschutz einschließlich Kernkraftkatastrophen“ auf dem IV. Interdisziplinären Forum der Bundesärztekammer lenkte mehr Aufmerksamkeit auf dieses für uns so wichtige Gebiet; aber die Bundesärztekammer hat sich eben dieses Themas erst angenommen, als es – entgegen den von FREY und anderen sowie von den in nationalen und internationalen Katastropheneinsätzen längst erfahrenen Hilfsorganisationen schon seit Jahren erhobenen, aber ungeliebten Forderungen – modern und unverfänglich wurde, darüber zu sprechen!

Notfallmedizin, lassen wir es damit bewenden, hat ihre Bedeutung für die Katastrophenmedizin, für die Bewältigung von Katastrophen aus sanitätsdienstlicher Sicht; und: Immer wieder neue Katastrophen beweisen, wie wichtig es ist, darauf eingestellt zu sein, daß jeder Verletzte rechtzeitig, richtig und unter Ausnutzung aller gebotenen Mittel und Möglichkeiten die ärztliche Betreuung erfahren soll, die geeignet ist, sein Leben zu erhalten und seine Gesundheit so weit wie möglich wiederherzustellen.

Verfolgen wir nicht nur Tendenzen, erfüllen wir Forderungen, dem Auftrag gemäß, den wir als Ärzte, als Helfer, als Hilfs- und Rettungsorganisation übernommen haben.

Literatur:

1. Ahnefeld, F. W.: Wo steht der Rettungsdienst heute? Interviews als Sonderdruck zum DRK-Zentralorgan des DRK, Heft 4/1978.
2. Gögler, E.: Erste Versorgung von Verletzten. Chirurgie der Gegenwart. Band IV. Urban & Schwarzenberg. München 1973.
3. Gorgaß, B. et al.: Rettungsdienst in der Notfallmedizin. Notfallmedizin 4 (1978). S. 195–206.
4. Khw: In der Katastrophenmedizin fehlt es an allem! Der Praktische Arzt 1980, S. 870–878.
5. Lanz, R.: Grundsätze für die Versorgung von Verletzten unter Katastrophenbedingungen, Schweiz. Z. Mil.- u. Katastrophenmed. 53 (1976) 1. Juni. S. 1–6.
6. Lanz, R.: Die Traumatologie im Katastrophenfall. Einleitung. Langenbecks Arch. Chir. 349 (Kongreßbericht 1979). S. 197.
7. Schultze, R.: Gedanken zum Aufbau einer wirksamen Katastrophenschutzorganisation in der Bundesrepublik Deutschland ZS-Magazin 4/80, S. 24–29.
8. Sefrin, P.: Notfalltherapie im Rettungsdienst. Urban & Schwarzenberg. München 1977.
9. Sefrin, P.: Notarzt. Ther. d. Gegenw. 118 (1979) S. 1343–1366.
10. Streicher, H.-J.: Notfallmedizin aus chirurgischer Sicht. Diagnostik 10: 309–313 (1977).
11. Wedel, K.-W.: Inhalt, Gegenstand und Aufgabe der Chirurgie im Katastrophenfall. Langenbecks Arch. Chir. 349 (Kongreßbericht 1979). S. 217–219.
12. Wedel, K.-W.: Die ärztliche Versorgung bei Großkatastrophen. Anästhesiologie und Resuscitation, Vol. 95: Mobile Intensive Care Units (Hrsg. R. Frey et al.) Springer-Verlag, Berlin/Heidelberg 1976.

Anschrift des Verfassers:

Dr. med. Karl-Wilhelm Wedel
Bundesarzt des Malteser-Hilfsdienstes e. V.
Josef-Kuth-Str. 7
5300 Bonn 1

DRK und MHD im neuen Stützpunkt

In Anwesenheit zahlreicher Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens und der beiden Kirchen wurde jetzt der gemeinsame Stützpunkt des Deutschen Roten Kreuzes (DRK) und des Malteser-Hilfsdienstes (MHD) in Fulda eingeweiht und offiziell seiner Bestimmung übergeben. Im Anschluß daran hatte die Bevölkerung Gelegenheit, sich bei einem „Tag der offenen Tür“ von den vielfältigen Einsatzmöglichkeiten der beiden Hilfsorganisationen zu überzeugen.

Innenminister Gries kam zum 15jährigen Bestehen

Hohen Besuch hatte die Ortsgruppe Obertshausen des Malteser-Hilfsdienstes (MHD): Anlässlich des 15jährigen Bestehens dieser Organisation machte Hessens Innenminister Ekkehard Gries seine Aufwartung. Er wurde vom Stadtbeauftragten des MHD, Thomas Zeiger, und Bürgermeister Robert Roth begrüßt. In einer kleinen Ansprache im Rathaus ging der Innenminister auf die gute Zusammenarbeit der Hilfsorganisationen ein und sagte die Unterstützung durch die Landesregierung zu. Auch Bürgermeister Roth dankte dem MHD und überreichte einen neuen Alarmempfänger.

Brandschutzforschung auf neuen Wegen?

DFV-Präsident Bürger: Brandschutzforschung dem Bund übertragen – Minister Hauff: Nach besten Kräften fördern

Auf dem baden-württembergischen Landesfeuerwehrtag am 13. September 1980 in Tübingen forderte DFV-Präsident Bürger eine drastische Verbesserung der Brandschutzforschung in der Bundesrepublik Deutschland:

„Nach dem Grundgesetz ist das Feuerlöschwesen, sowohl der abwehrende als auch der vorbeugende Brandschutz, Angelegenheit der Bundesländer. Die 30jährige Praxis seit Bestehen der Bundesrepublik hat aber gezeigt, daß es viele Probleme im Feuerlöschwesen gibt, die nicht allein von den Ländern gelöst werden können, sondern die auch eine Mitbeteiligung des Bundes verlangen. Ich will deshalb in meinem heutigen Bericht zwei solche Fragenkomplexe anschnitten, welche die Feuerwehren sehr stark berühren. Der abwehrende, ebenso aber auch der vorbeugende Brandschutz ist bei der hochentwickelten Technologie der Gefahrenentwicklung als auch der Gefahrenabwehr ohne Brandschutzforschung nicht mehr erfolgversprechend zu organisieren. Hier aber befinden sich die für die Brandschutzforschung zuständigen Bundesländer in einem unglaublichen Rückstand.

15 Jahre nach ihrer Entstehung unter den damaligen Besatzungsmächten einigten sich die Bundesländer im Oktober 1961 in einem Verwaltungsabkommen auf eine gemeinsame Brandschutzforschung an der Forschungsstelle für Brandschutztechnik an der TH Karlsruhe. Sie statteten diese Forschung mit einem Jahresetat von 120000 DM aus. 1972 wurden die Forschungsmittel der Länder auf 240000 DM und 1976 auf 480000 DM erhöht, wovon z. Z. der Personalkostenanteil 380000 DM beträgt. 1979 einigten sich nach jahrelangem Hin und Her die Innenminister der Länder auf eine weitere Aufstockung der Forschungsmittel auf 1 Million DM, die Finanzministerkonferenz reduzierte 1980 jedoch den Jahresetat der Forschungsstelle auf 600000 DM. Diese Regelung soll am 1. Januar 1981 Platz greifen. Hierzu stellt das IM Baden-Württemberg, dem die Verwaltung der Forschungsmittel obliegt, in einem Schreiben an die IM-Konferenz der Länder fest, daß mit 600000 DM Forschungsmittel zwar die

Brandschutzforschung in Karlsruhe im bisherigen Umfang weitergeführt werden kann, die von den Ländern gewollte und beabsichtigte Verstärkung aber im Hinblick auf die dazu erforderliche Personalaufstockung nicht möglich ist.

Lassen Sie mich mit sehr klaren Worten den Hintergrund sichtbar machen, vor dem dieses von den Ländern aufgeführte Trauerspiel zur Brandschutzforschung aufgeführt wird.

1964 betrug der jährliche Brandschaden in den Ländern 600 Millionen DM, 1970 war er angestiegen auf 1,4 Milliarden DM und 1980 wird er aufgrund der Ergebnisse des Vorjahres mit Sicherheit 3,5 Milliarden DM betragen. Unter solchen Aspekten hat die Finanzministerkonferenz die Länderforschungsmittel von 1 Million DM auf 600000 DM reduziert.

Ich frage die für die Finanzen der Länder verantwortlichen Politiker, ob sie es verantworten können, auf der einen Seite 400000 DM Feuerschutzsteuermittel einzusparen, und auf der anderen Seite Hunderte von Millionen höhere Brand-

DFV-Präsident Bürger:
In der Brandschutzforschung besteht ein „meilenweiter Rückstand“ gegenüber anderen Nationen.



Diese Seiten erscheinen in Verantwortung des Deutschen Feuerwehrverbandes

schäden zu erzeugen. Ich kann hierin keine sinnvolle Finanz- und Wirtschaftspolitik erkennen.

Ich stelle deshalb die Forderung auf, die Länder sollen in tunlichster Eile die Brandschutzforschung dem Bundesminister für Forschung und Technologie übertragen. Sie würden damit ein ‚todkrankes Kind‘, für dessen Gesundheit und Entwicklung die Länder keine Arznei und Nahrung zu beschaffen in der Lage sind – zum Teil auch aus föderalistischer Eigenwilligkeit heraus – einem gesunden Nährvater in Pflege geben.

Sie, Herr Bundesminister Dr. Hauff, haben als Bundesminister für Forschung und Technologie in Ihrer Amtszeit auf dem Gebiet des Brandschutzes mit hohen Forschungsmitteln bestimmte Forschungsvorhaben gefördert. Durch die Bildung eines Sachverständigenkreises für ‚Sicherheit, Brand- und Katastrophenbekämpfung‘ in Ihrem Hause haben Sie die fachlich-qualifizierte Voraussetzung für erfolgreiche Brandschutzforschung bereits getroffen. Ich weiß auch, daß Sie im Grundsatz dazu bereit sind,



noch stärker als bisher Brandschutzforschung über Ihr Haus zu betreiben, wenn die Länder dies wollen und Sie damit beauftragen. Die Lösung einer gemeinsamen Brandschutzforschung zwischen Bund und Ländern müßte so aussehen, daß die Länder für Forschungsvorhaben im Brandschutz aufgrund ihrer Lage vor Ort nicht nur das Vorschlagsrecht, sondern die Vorschlagspflicht haben, daß die Forschungsstelle an der TH Karlsruhe als Dokumentations-, Informations- und Koordinationsstelle in bisheriger Form weitergeführt wird und der Bundesminister für Forschung in eigener Kompetenz die Brandschutzforschung betreibt. Nur so kann es zu einer gezielten, erfolgreichen Brandschutzforschung kommen, nur so kann der meilenweite Rückstand in der Brandschutzforschung gegenüber anderen Nationen aufgeholt und das zum Teil kleinkarierte bisherige Forschungsfeld der Länder zu besseren Früchten gebracht werden.

Ich wäre dankbar, wenn das Innenministerium meines Heimatlandes Baden-Württemberg meine Vorstellungen unterstützen und bei den Ministerkonferenzen der Länder durchsetzen würde. Die Praxis hat uns gelehrt, daß gemeinsame Brandschutzforschung unter 11 Partnern nicht läuft, daß aber mit gezielter Forschung über ein Fachministerium mehr gewagt werden kann. Ihrer Zustimmung, Herr Bundesminister, bin ich sicher.

Im übrigen haben Sie, Herr Minister Hauff, in den zurückliegenden Jahren dem deutschen Brandschutz erhebliche Forschungsmittel zugewandt, neben denen sich die Fördermittel der Länder ärmlich ausnehmen. Warum sollten wir bisher Erprobtes nicht zum Dauerzustand werden lassen, zumal ja Brandschutz und Feuerwehrwesen eine nur dem Volke, dem Menschen und seinen Gütern zum Wohle dienende Einrichtung ist."

Der damalige Bundesforschungsminister Volker Hauff erklärte auf dem baden-württembergischen Landesfeuerwehrtag u. a.:

„Methoden und Verfahren der Brand-, der Katastrophenbekämpfung, technische Ausrüstungen, müssen sich anpassen, müssen weiterentwickelt werden, damit die Sicherheit der Menschen vor technischer und naturbedingter Gefährdung und Bedrohung noch weiter erhöht werden kann, aber auch damit die Sicherheit der Feuerwehrmänner, die ihr Leben immer wieder neu einsetzen, geschützt wird. Deswegen waren die 63 Mio DM gut angelegtes Geld, das die Bundesregierung allein für Forschung und technische Entwicklung auf den Gebieten des vorbeugenden Brandschutzes und der Brand- und Katastrophen-

bekämpfung, des Rettungswesens in den letzten Jahren ausgegeben hat, um neue, zukunftsweisende Lösungen zu ermöglichen.

Die im Jahre 1975 getroffene Entscheidung, Forschungs- und Entwicklungsvorhaben auf den Gebieten des vorbeugenden Brandschutzes, der Brand- und Katastrophenbekämpfung und des Rettungswesens zu fördern, ist begründet in einer staatlichen Technologieförderungspolitik, die sich besonders Gebieten zuwendet, die im breiten öffentlichen Interesse stehen.

Der Brandschutz und die Brandbekämpfung stehen in den 80er Jahren vor großen Aufgaben, da die Gefährdung und Risiken für die Menschen in unserer Industriegesellschaft weiter zunehmen werden. Industrieanlagen, Kraftwerke, Großbauten, der wachsende Verkehr und neue komplexe technische Systeme erhöhen die Risiken. Die Feuerwehren haben sich mit der Ausbildung der Feuerwehrmänner und den technischen Systemen an diese Entwicklung anzupassen. Der Bund, Land und Gemeinden, jeder in seinem Verantwortungsbereich, haben hier eine besondere Pflicht zu erfüllen, daß zum einen keine technologische Lücke entsteht zwischen wachsender Gefährdung einerseits und technischer Ausstattung der Feuerwehren andererseits und daß zum zweiten der Ausbildungsstand der Feuerwehrmänner ständig erhöht wird. Die Aufgaben der Zukunft erfordern von allen besondere Anstrengungen.

Auch in Zeiten angespannter Haushaltsmittel wäre es nicht gut, wenn wir die Ausstattung der Feuerwehren vernachlässigen würden. Denn wir brauchen ein Mehr an Sicherheit für die Menschen und für die Feuerwehrmänner. Wie schon gesagt, jede Mark in die Sicherheit ist gut angelegtes Kapital.

Aus dieser Lage heraus hat die Bundesregierung in den letzten Jahren in die Bereiche investiert, die etwas weiter in

der Zukunft liegen: Die Aufnahme dieser Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten bedeuten keinen Eingriff in die Zuständigkeit der für die Planung, Organisation und Durchführung des Brand- und Katastrophenschutzes und des Rettungsdienstes verantwortlichen Bundesländer, Städte und Gemeinden. Durch die Entwicklung leistungsfähiger Gesamtsysteme auf der Basis neuer Technologien kann aber die Entscheidungsgrundlage der in den Ländern und in den kommunalen Selbstverwaltungen zuständigen Stellen für zukünftige Investitionsmaßnahmen zur Steigerung der Sicherheit und zur Verbesserung der Rettungschancen wesentlich ausgeweitet werden. Diese Förderungsaktivitäten sind aber auch als Beitrag zur Steigerung der diesen Wirtschaftssektor bildenden mittelständischen Industriebetriebe zu betrachten. Feuerwehrausrüstung, Fahrzeuge und andere Geräte werden nicht nur in der Bundesrepublik Deutschland benötigt. Etwa ein Drittel des Produktionswertes dieser Branche wird jährlich exportiert. Das heißt, unsere Förderpolitik dient auch dazu, die Leistungsfähigkeit und internationale Wettbewerbsfähigkeit dieser mittelständischen Branche die sich vor allem hier in Baden-Württemberg konzentriert, zu unterstützen.

Ich glaube, ich kann es mir an dieser Stelle ersparen, auf den Stand einzelner Entwicklungsprojekte einzugehen. Projektamen wie Autonotfunk ORBIT und SAVE sind Ihnen wahrscheinlich bekannt. Obwohl diese Entwicklungsvorhaben noch längst nicht abgeschlossen sind, haben sie doch schon jetzt die Technologie, die sie umgibt, verändert: Zahlreiche Teilkomponenten, besonders des Rettungswagens SAVE, haben schon heute Eingang in die Serienproduktion gefunden, ohne weiteres Zutun des Forschungsministeriums. Diese Projekte sind auch gute Beispiele für eine kooperative und erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen Entwicklern und späteren Nutzern. Besonders deutlich

Bundesminister Hauff hatte bereits anlässlich des 25. Deutschen Feuerwehrtages in Hannover betont, daß das in die Forschung investierte Geld gut angelegt ist.



wird dies an der im Oktober zu Ende gehenden einjährigen bundesweiten Felderprobung des Rettungs- und Notarztwagens SAVE. Nicht das Forschungsministerium, nicht die Entwicklerfirma, sondern Sie, die zahlreichen Feuerwehrkameraden, Notärzte und Rettungssanitäter, die mit diesen zwölf Prototypen Tausende von Einsätzen im Dienste des Nächsten gefahren sind, haben die Grundlage für einen Erfolg dieses Systems geschaffen. Ihnen gilt mein besonderer Dank. Ihre hilfreiche Mitarbeit, Ihre Einsatzbereitschaft und Ihre konstruktive Kritik sind für mich Anlaß genug, das Projekt SAVE zur vollen technologischen Reife zu bringen.

Ein weiteres wichtiges Element systematischer Forschungs- und Technologiepolitik zur Brand- und Katastrophenbekämpfung sehe ich in Zukunft in einer bundesweiten Analyse der Ursachen dieser Schadensereignisse. Deshalb begrüße ich die Ansätze, die hierzu im Land Berlin und in Baden-Württemberg bisher gemacht worden sind. Ich betrachte es als sehr hilfreich, wenn auch ausländische, insbesondere amerikanische Erfahrungen und Erkenntnisse für deutsche Verhältnisse nutzbar gemacht werden können.

Da die US. Fire Administration bereits ihre Bereitschaft zur Zusammenarbeit auf diesem Gebiet der Brand- und Brandursachenstatistik erklärt hat, sehe ich gute Möglichkeiten, dieses Problem rasch und effektiv zu lösen.

Ich bitte auch die im Lande Baden-Württemberg zuständigen Stellen, bei allen weiteren Überlegungen und Entscheidungen die in Gang gekommene Entwicklung weitgehend zu berücksichtigen, damit die längst fällige, bundesweite Brandursachenstatistik recht bald realisiert werden kann. Zur Verbesserung des vorbeugenden Brandschutzes, zur Erleichterung der Arbeit unserer Freiwilligen und Berufsfeuerwehren und zur Steigerung der Sicherheit unserer Bevölkerung.

Forschungsgelder dürfen nicht nur dafür ausgegeben werden, um einen Mann auf den Mond zu schicken, sondern wir müssen technische Entwicklungen verstärkt dafür einsetzen, um die Situation der Menschen und die Sicherheit der Menschen auf dieser Erde zu verbessern. Nur durch gezielte wissenschaftlich-technische Entwicklungen, durch eine intensive Erprobung neuer Systeme ist diese Aufgabe zu lösen. Die Bundesregierung, insbesondere das Bundesministerium für Forschung und Technologie, wird die Anstrengungen der Feuerwehren, aber auch der Industrie bei der Lösung dieser Aufgaben auch in Zukunft nach besten Kräften fördern. Der Rat und die Unterstützung der Feuerwehren

ist dabei einer der wichtigsten Beiträge, um die Sicherheit und den Schutz der Menschen zu erhöhen. Aber wir brauchen, liebe Feuerwehrkameraden, neben allen neuen Technologien vor allem den Feuerwehrmann selbst, auch im Jahre 2000. Der Feuerwehrmann wird sich nicht ersetzen lassen. Seine Bereitschaft, auch sein Leben zur Rettung anderer Menschen einzusetzen, werden wir in der Zukunft eher noch dringender als in der Vergangenheit brauchen. Und deshalb sind Sie im Gespräch mit den staatlichen Stellen nicht Bittsteller, sondern Partner bei der Bewältigung dieser schwierigen Aufgabe."

Feuerwehr-Jahrbuch 1980/81

Das FEUERWEHR-JAHRBUCH ist die einzige Veröffentlichung, in der jährlich über das gesamte Brandschutzwesen in der Bundesrepublik Deutschland berichtet wird. Es wird zusammengestellt und herausgegeben vom Deutschen Feuerwehrverband. Diesjähriger Umfang des Buches ist 336 Seiten mit über 100 Fotos und Tabellen.

Das diesjährige Buch beinhaltet eine vollständige Dokumentation über den 25. Deutschen Feuerwehrtag 1980 in Hannover. Hierzu gehören alle Ansprachen, Fachberichte sowie Referate im Wortlaut. Ergänzt wird dieser Teil durch eine umfassende Foto-Dokumentation von den Veranstaltungen. – Weitere Inhalte sind:

1. Deutscher Feuerwehrverband
2. Deutsche Jugendfeuerwehr
3. Freiwillige Feuerwehren und Landesfeuerwehrverbände
4. Berufsfeuerwehren
5. Werkfeuerwehren
6. Militärfeuerwehren
7. Landesdienststellen für Brandschutz
8. Ausbildung, Schulung und Landesfeuerwehrschulen
9. Technik und Ausrüstung
10. Aufgaben/Einsatz
11. Wissenschaft und Forschung
12. Sozialwesen
13. Internationale Feuerwehrarbeit
14. Bundesorganisationen
15. Öffentlichkeitsarbeit
16. Statistik und Tabellen des Jahres '79
17. Anschriften (wesentlich erweitert)

Alle in Organen der Feuerwehr bzw. Jugendfeuerwehr Tätigen sollten sich noch mehr über das Feuerwehrwesen in der Bundesrepublik informieren. Hierzu benötigt man dieses Jahrbuch. Die Beiträge stellen für alle in Führungspositionen der Feuerwehr tätigen Mitglieder sowie für Behörden, Verwaltungen und Industrie eine wichtige Sammlung dar.

Zu beziehen: Versandhaus des Deutschen Feuerwehrverbandes, Postfach 240125, 5300 Bonn 2

Teilnahme an ausländischen Feuerwehr-Wettbewerben: Starterlaubnis des DFV muß vorliegen

Zwischen den Bundesfeuerwehrverbänden besteht eine internationale Vereinbarung, daß Feuerwehren im Ausland nur dann an dortigen Feuerwehr-Wettbewerben teilnehmen können, wenn eine Starterlaubnis des jeweiligen nationalen Feuerwehrverbandes für das Ausland vorliegt. Hiernach benötigen alle deutschen Feuerwehren für einen Start im Ausland die Starterlaubnis des Deutschen Feuerwehrverbandes!

Der Deutsche Feuerwehrverband macht auf diese internationale Vereinbarung aufmerksam. Nachstehende Punkte sind von den deutschen Feuerwehren, die 1981 im Ausland an einem Feuerwehrwettbewerb teilnehmen wollen, zu beachten:

1. Teilnahme im Ausland ist nur mit einer Starterlaubnis des Deutschen Feuerwehrverbandes möglich.
2. Bis zum 31. Januar 1981 dem Deutschen Feuerwehrverband (Bonn) die Meldungen der Feuerwehren zusenden, die 1981 beabsichtigen, im Ausland zu starten.
3. Diese Feuerwehren erhalten vom DFV alle ihm bekanntgegebenen Termine und Orte mitgeteilt, wo Wettbewerbe stattfinden. Außerdem erhalten diese Feuerwehren die notwendigen Anmeldeunterlagen zugeschickt.
4. Die Erteilung einer Starterlaubnis ist davon abhängig, ob die sich bewerbende Feuerwehr im Training eine Mindestpunktzahl von 350 Punkten erreicht hat. Diese Leistung ist durch einen vom DFV beauftragten Schiedsrichter abzunehmen und von ihm auf dem Anmeldebogen zu bestätigen!
5. Diese Anmeldebogen sind bis spätestens 15. März 1981 an den Deutschen Feuerwehrverband zurückzusenden. – Bis zu diesem Termin muß auch bereits die Trainingsleistung nachgewiesen sein. Spätere Meldungen können 1981 nicht mehr berücksichtigt werden.
6. Mit der Anmeldung beim DFV ist gleichzeitig anzugeben, an welchem Wettbewerb die Feuerwehr wünscht teilzunehmen. – Eine Verteilung der sich bewerbenden Feuerwehren auf die einzelnen Wettbewerbe im Ausland erfolgt durch den DFV anhand der bei den einzelnen Wettbewerben zugelassenen Anzahl von Gruppen; teilweise gibt es eine Höchstzahl.
7. Vom DFV werden die Schiedsrichter benannt, die die Trainingsleistung der Gruppen abnehmen können. Andere Schiedsrichter sind nicht zugelassen.

8. Der DFV weist darauf hin, daß alle durch die Teilnahme entstehenden Kosten zu Lasten der sich bewerbenden Gruppe gehen.

Meldungen an:

**Deutscher Feuerwehrverband,
Bundesgeschäftsstelle
Koblenzer Straße 133,
Postfach 200269
5300 Bonn 2**

Brandschutzwoche 1981

Die im zweijährigen Rhythmus stattfindende bundeseinheitliche und bundesweite Brandschutzwoche wird im Jahre 1981 unter dem Motto stehen **„Die Feuerwehr – nicht nur wenn's brennt“**.

Auf dieses Motto einigten sich die Bundesländer in der Tagung des Unterausschusses „Feuerwehrangelegenheiten“ des AK V am 6./7. 11. 1980. Den Feuerwehren in der Bundesrepublik wird durch die Innenministerien der Länder ein bundeseinheitliches Werbeplakat zur Verfügung gestellt. Termin für die Brandschutzwoche 1981 ist der Zeitraum vom 19. bis 27. September 1981.

Besuchszeiten des Deutschen Feuerwehr-Museums

Das Deutsche Feuerwehr-Museum in Fulda konnte im Frühjahr 1977 eine Halle als erste Bauphase der Öffentlichkeit übergeben. Dort sind vorerst Großgeräte ausgestellt. In dem Alten Stadtschulbau, dem Museumsbau im Stadtzentrum, sind vorerst noch kleinere Geräte und Handfeuerlöcher ausgestellt.

Wegen des großen Interesses sind in der Zeit von Mai bis September Öffnungstage und -zeiten eingerichtet. Das Museum ist mit seinen beiden Abteilungen an folgenden Tagen zu besichtigen: Mittwoch 14.00–16.00 Uhr, samstags 10.00–12.00 Uhr und 14.00–16.00 Uhr, sowie sonn- und feiertags von 10.00–12.00 Uhr und 14.00–16.00 Uhr. Es wird ein Eintritt erhoben, der bei Gruppen ab 10 Personen reduziert ist. (Erwachsene 1,50 DM, als Gruppe 1,- DM pro Person, Jugendliche -,75 DM, in einer Gruppe -,50 DM.)

Feuerwehren, die als Gruppen nach Fulda kommen, werden gebeten, wenn möglich die angegebenen Zeiten zu nutzen. Neben einer modernen Hauptstützpunkt-Feuerwehr haben Fulda und seine Umgebung zahlreiche kulturhistorisch-bedeutsame Kostbarkeiten aufzuweisen, die einen Besuch lohnen.

Anmeldung: Feuerwehr Fulda,
An St. Florian 4, 6400 Fulda,
Tel. 0661/71017.

Internationale Feuerwehr- wettkämpfe 1981 in Böblingen und Internationales Sym- posium für Brandschutz

Seit 1961 veranstaltet das CTIF die Internationalen Feuerwehrwettkämpfe für Freiwillige Feuerwehren und die Sportwettkämpfe für Berufsfeuerwehren. An diesen alle vier Jahre stattfindenden großen internationalen Feuerwehrbewerben nehmen nach dem Stand der Voranmeldungen voraussichtlich 110 Gruppen Freiwilliger Feuerwehren aus 15 Nationen, 8 Gruppen Berufsfeuerwehren aus 8 Nationen und 14 Jugendfeuerwehren aus 8 Nationen teil. Diese „Feuerwehrolympiade“ wird im Jahre 1981 vom 19. bis 27. Juli in der Bundesrepublik Deutschland, in der baden-württembergischen Stadt Böblingen, durchgeführt. Nach genau 20 Jahren ist damit der Deutsche Feuerwehrverband erneut Ausrichter dieser größten internationalen Feuerwehrveranstaltung, nachdem diese bereits 1961 im Rahmen des 23. Deutschen Feuerwehrtages in Bad Godesberg durchgeführt wurde.

Die Wettkämpfe in Böblingen beinhalten den Internationalen Feuerwehrwettkampf der Freiwilligen Feuerwehren, den Sportwettkampf der Berufsfeuerwehren und den Jugendfeuerwehr-Leistungsbewerb. Die Wettbewerbe beginnen am Vormittag des Freitags, 24. Juli 1981, mit einer großen Eröffnungsfeier, der dann am Freitag und Samstag die Wettkämpfe der teilnehmenden Gruppen folgen. Vor diesen Endwettkämpfen wird am Dienstag, 21. Juli, und am Donnerstag, 23. Juli 1981, ein offizielles Training aller Teilnehmergruppen durchgeführt und am Mittwoch, 22. Juli, ein Gästewettbewerb mit 25 Teilnehmergruppen aus mehreren Nationen.

Neben dieser „Feuerwehrolympiade“ führt das CTIF in Böblingen ein Internationales Symposium für Brandschutz am Donnerstag, dem 23. Juli, und Freitag, dem 24. Juli 1981, durch. Für die Fachleute des abwehrenden und vorbeugenden Brandschutzes ist dies eine sehr bedeutsame internationale Veranstaltung, so daß mit vielen hundert Fachbesuchern gerechnet wird.

Für die internationale Feuerwehrorganisation CTIF, der 31 Nationen aus Europa und Übersee angehören, bedeutet die Veranstaltung in Böblingen einen Meilenstein in ihrer 77jährigen Geschichte (1904 gegründet). Das CTIF führt neben verschiedenen Organtagungen auch die alle vier Jahre stattfindende Generalversammlung durch. Diese ist deshalb so bedeutsam, weil neben einer wichtigen Satzungsänderung auch ein neuer Präsident zu wählen ist. Der seit 1959 amtierende Präsident, Polizeipräsident i. R. Josef Hlaubek (Wien), kandidiert aus

Altersgründen nicht erneut für das Präsidentenamt.

An den VII. Internationalen Feuerwehrwettkämpfen der Freiwilligen Feuerwehren nehmen aus der Bundesrepublik Deutschland elf Gruppen teil. Qualifiziert haben sich:

Gruppe A (ohne Alterspunkte)

FF Böblingen (Baden-Württemberg)
FF Gerstetten (Baden-Württemberg)
FF Nidderau-Eichen I (Hessen)
FF Nidderau-Eichen II (Hessen)
FF Grünberg-Lardenbach (Hessen)
FF Wolferborn (Hessen)

Gruppe B (mit Alterspunkten)

FF Olpe (Nordrhein-Westfalen)
FF Friedrichsthal (Saarland)
FF Asendorf (Niedersachsen)
FF Brame (Niedersachsen)

Frauengruppe

FF Bienenbüttel (Niedersachsen)

An den III. Internationalen Jugendfeuerwehr-Leistungsbewerben nehmen aus der Bundesrepublik Deutschland zwei Gruppen teil. Hierfür qualifiziert haben sich:

Jugendfeuerwehr Densberg (Hessen)
Jugendfeuerwehr Oberneukirchen (Bayern)

Dokumentarfilm vom 25. Deutschen Feuerwehrtag

Aufgrund zahlreicher Anfragen hat sich der Deutsche Feuerwehrverband entschlossen, von seinem über den 25. Deutschen Feuerwehrtag 1980 in Hannover gedrehten Dokumentarfilm Kopien für Amateurfilmer herstellen zu lassen. Es handelt sich um einen Farbtonfilm, 8 mm super, mit einer Laufzeit von 38 Minuten. Dieser Dokumentarfilm vermittelt einen Querschnitt durch alle Veranstaltungen des Deutschen Feuerwehrverbandes im Rahmen des 25. Deutschen Feuerwehrtages. Im Mittelpunkt stehen natürlich der Festakt, die Kundgebung und der Festumzug sowie die Grundsatz-Fachtagung des DFV und die verschiedenen Wettbewerbe.

Die 8-mm-Filmkopie kostet DM 400 plus MwSt. Interessenten werden gebeten, ihre Bestellung bis zum 1. Dez. 1980 an die Bundesgeschäftsstelle des Deutschen Feuerwehrverbandes zu richten, damit bei der Kopieherstellung eine Sammelbestellung möglich ist; dies ist Voraussetzung für den günstigen Kopiepreis

(Deutscher Feuerwehrverband, Bundesgeschäftsstelle, Postfach 200269, 5300 Bonn 2).



Eine positive Bilanz dreijähriger Arbeit

Aus Anlaß der DLRG-Bundestagung zog das Präsidium der DLRG eine Bilanz der Arbeit der letzten drei Jahre. In diesem Bericht heißt es u. a.:

Rettungswachdienst Küste – ein „Aushängeschild“ für die DLRG

4522 Rettungsschwimmer wurden in den Jahren 1977 bis 1979 an den Küsten von Nord- und Ostsee wie auch an verschiedenen Stellen im Binnenland eingesetzt. Während in der Hochsaison täglich ca. 450 Rettungsschwimmer tätig waren, so waren es außerhalb der Saison noch immerhin bis zu 119 Kameradinnen und Kameraden täglich. Sie leisteten insgesamt 850 000 Wachstunden und retteten dabei 178 Menschen vor dem Ertrinkungstod.

Die Tätigkeit der zentralen Einsatzleitung – so der für den Rettungswachdienst Küste verantwortliche bisherige Vizepräsident Dr. E. F. Gülsdorf – unter hauptamtlichen Kräften hat sich weiterhin bewährt und stellt insbesondere für den Landesverband Schleswig-Holstein eine wesentliche Erleichterung dar.

Intensiv wurde der Ausbau von Rettungsstationen vorangetrieben. Mit Hilfe der Landesregierung wurden zusätzliche Mittel von über 3 Mio. Mark freigegeben. Als harmonisch und konstruktiv wird das Verhältnis zu den Kurdirektoren bzw. der Verlauf der jährlich stattgefundenen Kurdirektoren-Konferenzen bezeichnet.

Rege Kontakte in der Bundeshauptstadt

Die Präsidialvertretung der DLRG in der Bundeshauptstadt Bonn, wahrgenommen durch den bisherigen Vizepräsidenten Jan Schmitz, wirkte erfolgreich in die Zentren bundesrepublikanischer Politik und Verbandspolitik hinein. Da die DLRG im Gegensatz zu fast allen anderen Großverbänden, die bundesweit wirken, nicht in der Bundeshauptstadt selbst oder ihrem unmittelbaren Umkreis ansässig ist, erwies sich die Einrichtung dieser Präsidialvertretung wiederum als sinnvoll und nützlich. So konnte u. a. beim Bundesverkehrsminister erwirkt werden, daß die Rettungsbootführerscheine der DLRG definitiv nicht von der gesetzlich notwendig gewordenen Führerscheinplicht für Sportboote auf Binnengewässern berührt werden und die Möglichkeit der Umschreibung realisiert worden ist. Ferner, daß die DLRG nun-

mehr in einem Gremium beim Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit vertreten ist, das die gesundheitliche Förderung der Bevölkerung berät. Darüber hinaus fanden und finden u. a. laufend Kontakte statt, um eine positive Entscheidung des Bundesministers des Innern über die volle, spezielle Anerkennung der DLRG als Mitwirkende im Bereich des Katastrophenschutzes zu erlangen.

Viele Einzelaktivitäten und als Schwerpunkt die Ausbildung

Die Technik, verantwortlich geleitet von Dr. Klaus Wilkens, nahm naturgemäß den breitesten Raum in der Berichterstattung ein. Hier hatte die „Deutsche Prüfungsordnung Schwimmen – Retten – Tauchen“ für die abgelaufene Legislaturperiode ein neues, fortentwickeltes Fundament gelegt, aber auch Notwendigkeiten für die Arbeit in der Technischen Leitung geschaffen. Es galt:

- Lehr- und Lernmaterialien zu entwickeln,
- die Landesverbände bei der Aus- und Fortbildung ihrer Mitarbeiter zu unterstützen,
- Schwerpunkte und Zielrichtungen für die Ausbildungstätigkeit aufzuzeigen sowie
- Rahmenrichtlinien für die Ausbildung von Ausbildungshelfern, Lehrscheinanwärtern und Übungsleitern zu erarbeiten und anerkennen zu lassen.

Besonders arbeitsintensiv gestaltete sich die Erarbeitung neuer Lehrmaterialien. Folgende Handbücher wurden erstellt:

- Teil B Schwimmen – Teil C Rettungsschwimmen – Teil D Bootswesen – Teil E Schnorcheltauchen – Teil F Rettungstauchen sowie Teil I Katastrophenschutz.

Lernzielorientierte Texte, Bild Darstellungen, Folienvorlagen, Foliensätze, Diareihen, Filmangebote, Kartenmaterial, Lernblätter, Broschüren sowie sonstige Ausbildungs- und Prüfungsunterlagen bilden die Grundlage für einen modernen und abwechslungsreichen Unterricht durch den Ausbilder.

Eine Vielzahl von Einzelaufgaben wurde in den Sachgebieten der Technischen Leitung wahrgenommen:

- Mitarbeit bei der Neugestaltung der Bundesjugendfestspiele/Teil Schwimmen

- Mitträgerschaft des Schwimmwettbewerbs deutscher Schulen

- Intensivierung des Behindertenschwimmens durch und in der DLRG

- Bundesregionallehrgänge und Fachtagungen im Schwimmen, Rettungsschwimmen, Lehrscheinausbildung, Tauchen, Bootswesen

- Erprobung von Lehrmaterialien (z. B. Folien, Dias, Filme usw.)

- Mitarbeit bei der Vereinheitlichung der Wiederbelebungsverfahren

- Mitarbeit bzw. Leitung von Normungsarbeiten, (Tauchzubehör, Bootsartikel, Schwimmhilfen, Schwimmwesten, Rettungswesten u. a.) zur Verbesserung des Sicherheitsniveaus und der Qualitätsanforderung

- Erarbeitung von internen Richtlinien: Anweisung zur Führung von Motorretterbooten, Anweisung zur Führung von Kraftfahrzeugen, Stärke- und Ausstattungsnachweise (STAN) für den Katastrophenschutz

- Zusammenarbeit mit anderen Organisationen und Institutionen: U. a. NDR, WDR, Stiftung Warentest, Institut für Schadenverhütung und Schadenforschung, Deutscher Motorjachtverband, Deutscher Seglerverband, Schwimmsporttreibende Verbände, Kultusministerkonferenz, Bundesverkehrsministerium sowie Bundesarbeitsgemeinschaft der Unfallversicherungsträger der öffentlichen Hand (BAGUV); mit letzterer wurden Sicherheitsregeln für das Tauchen in Hilfeleistungsunternehmen verhandelt

- Erprobung, Entwicklung und Auswahl von Einsatzmaterialien (Tauchzubehör, Secu 400, Surfbretter als Rettungsbretter, Bootskörper und -motoren, Gurtretter usw.)

- Vorträge und Teilnahmen auf bzw. an Kongressen, Symposien und Tagungen

- Internationale Zusammenarbeit und praxisorientierter Erfahrungsaustausch in bezug auf Ausbildung und Rettungswachdienst, u. a. mit Polen, Bulgarien und den Niederlanden

- Trainingsmaßnahmen sowie Teilnahmen an internationalen Rettungswettkämpfen und der Weltmeisterschaft im Rettungsschwimmen: U. a. konnte auf der Weltmeisterschaft 1978 in London mit fünf Gold- und zwei Silbermedaillen der bisher größte internationale Erfolg errungen werden

● Intensivierung des Breitensportangebots in neuer Partnerschaft (Barmer); die Angebote

- Volksschwimmen
 - Rettungsschwimmen für jedermann
 - Volksschwimmen mit Flossen
- entsprechend der Angebotsbreite der „Deutschen Prüfungsordnung Schwimmen – Retten – Tauchen“.

In der Medizin standen Fragen der Wiederbelebung im Vordergrund

Wesentlicher Schwerpunkt, so Prof. Dr. med. Rudolf Frey, war die Wahrnehmung von Aufgaben in den Bereichen Rettungsforschung, Rettungslehre und Rettungspraxis. Dieser Auftrag wurde durchgeführt in enger Kooperation mit dem Präsidium, hier insbesondere den Bereichen Technik und Öffentlichkeitsarbeit. Die einzelnen Arbeitsergebnisse wurden in Veröffentlichungen sowie Rundschreiben bekanntgemacht.

Von besonderer Bedeutung war die Teilnahme und Repräsentation der DLRG auf nationaler und internationaler Ebene bei folgenden Veranstaltungen:

April 1978: 4. Rettungskongreß des DRK in Wiesbaden.

Juni 1978: Internationales Symposium über Wasserrettung in London.

November 1978: Erstes deutschsprachiges Internationales Symposium für Tauchmedizin in Hannover.

April 1979: 3. Internationale Konferenz über Katastrophenmedizin Monte Carlo.

März 1980: Internationales Symposium über Lebensrettung durch Wiederbelebung von Atmung, Kreislauf und Gehirn.

April 1980: Symposium über „Unterkühlung im Seenotfall“ der Deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger in Cuxhaven.

Entwicklung im KatS-Bereich geht voran

Umfassend berichtete der bisherige Präsidialbeisitzer Günter Walter über seine Tätigkeit im Bereich der Sachbearbeitung für das Arbeitsgebiet KatS-Dienst. So wurde mittlerweile in vielen Ländern ein Gesetz für den friedensmäßigen KatS-Dienst herausgebracht, bei dem die DLRG voll in den Wasserrettungsdienst integriert ist. Im erweiterten KatS-Bereich dagegen bestehen noch Probleme. Doch wurde unser Anliegen diesen Bereich betreffend zu einem ständigen Tagesordnungspunkt auf der Innenministerkonferenz, wo ein entsprechender Ausschuß unsere auf Bundesebene entworfene STAN überprüfen soll. Hierbei wird angemerkt, daß einzelne Länder dem Anliegen der DLRG sehr positiv gegenüberstehen.

Werner Kutzschbauch – 52 Jahre Arbeit für die DLRG

Als er 1928 in die DLRG eintrat, ahnte Werner Kutzschbauch sicherlich noch nicht, daß er jedem interessierten Rettungsschwimmer im Bezirk Weserbergland wohlbekannt werden würde. Die Arbeit, die er in diesen 52 Jahren für die DLRG beispielhaft leistete, ist mehr als beachtlich: Er hatte schon fast alle Ämter im Ortsgruppen- und Bezirksvorstand inne, lehrte viele Tausende Menschen das Schwimmen und führte



mehr als einhundert Rettungsschwimmer zum Lehrschein – ein Vorbild für alle Lebensretter. Kutzschbauch leitete viele Jahre den Schriftverkehr im alten DLRG-Bezirk Hameln, gründete 1979 den neuen Bezirk Weserbergland mit und baute den jungen Bezirk hervorragend auf. Im März dieses Jahres legte er seinen Posten als Geschäftsführer in jüngere Hände. Werner Kutzschbauch ist in DLRG-Kreisen ein Begriff und wird es wohl für immer bleiben. G. M.

DLRG betrat Neuland: Krankengymnastikschüler lernten Rettungsschwimmen

Die DLRG Ludwigshafen-Oggersheim hat im Herbst nach Eröffnung der Krankengymnastikschule bei der BG Unfallklinik in Oggersheim die Ausbildung der Krankengymnastikschüler im Rettungsschwimmen übernommen.

Nach Beendigung des ersten Semesters haben alle 20 Schülerinnen und Schüler das Rettungsschwimmabzeichen in Bronze sowie 16 Schülerinnen und ein Schüler das gleiche in Silber bestanden.

Urkunden und Abzeichen wurden in Anwesenheit von Chefarzt Dr. Werner Arens, Leiter der BG Unfallklinik und der Krankengymnastikschule, Dr. Knut

Weber, Bezirksleiter der DLRG Vorderpfalz, der Schulleiterin Fischer, dem Leiter der DLRG-Ortsgruppe, Werner Wirth, dem Technischen Leiter des DLRG-Bezirks Vorderpfalz, Willi Löschner, den Eltern der Schüler und einigen mit der Schulausbildung beauftragten Ärzten der Unfallklinik in einer kleinen Feierstunde überreicht.

Ausbildungsleiter Werner Wirth bedankte sich beim Chefarzt und Frau Fischer für das Vertrauen, das man der DLRG entgegenbringt. Als „ersten Schritt zum bewußten Staatsbürger“ bezeichnete Wirth die Absolvierung des Lebensrettungslehrgangs. Zu den Schülern gewandt meinte er: „Es war im Olympiajahr 1980 ‚Ihre‘ Olympiade.“ Er bedankte sich ferner bei Schülerinnen und Schülern für ihre mehr als eifrige Mitarbeit und bescheinigte der Schulleiterin sowie den Eltern der Schüler, daß bei einem solchen Eifer und Einsatz die Ausbildung Spaß und Freude bereite und der überaus weit über dem Durchschnitt liegende Erfolg nicht ausbleiben konnte.

Die Leistung der Schüler kann erst dann im ganzen Ausmaß erfaßt werden, wenn man berücksichtigt, daß das Rettungsschwimmabzeichen nicht zu den Prüfungsanforderungen der Schüler gehört, sondern freiwillig absolviert wurde, so daß DLRG-Bezirksleiter Dr. Knut Weber sein Lob für die Schüler mit voller Berechtigung aussprechen konnte. Er bescheinigte gleichzeitig der DLRG-Ortsgruppe Oggersheim, ihren Mitarbeitern und Ausbildern, mit dieser Ausbildung wieder Neuland für die DLRG betreten zu haben. Und dies mit großem Erfolg, was bundesweit als nachahmenswert für die DLRG empfohlen werden kann.

Der Chefarzt der Unfallklinik, Dr. Werner Arens, sprach den Schülern der Krankengymnastikschule sein uneingeschränktes Lob für ihre Leistungen aus und befürwortete nachdrücklich die Rettungsausbildung. Er selbst habe in jungen Jahren sowohl den Grundschein als auch den Leistungsschein der DLRG gemacht, worauf er heute noch stolz sei, sagte er. Hoffentlich werde es nicht notwendig, diese Ausbildung anzuwenden. Sollte dies dennoch der Fall sein, so sei es moralische Verpflichtung, die gewonnenen Erkenntnisse in die Tat zum Erhalt des Lebens eines Verunglückten umzusetzen.

Dr. Knut Weber und Werner Wirth überreichten im Beisein der Eltern Urkunden sowie Abzeichen in Bronze und Silber an die Krankengymnastikschüler.

Der Technische Leiter des Bezirks, Willi Löschner, empfahl den Schülern, weitere Ausbildungswege der DLRG zu wählen und nannte als Beispiele KKS-Schwimmen und Lehrschein.

Presseschau des Inlands

Zivilverteidigung in Ost und West

... Obwohl die Bundesregierung stets von der „Gesamtverteidigung“ spricht, deren eines Bein die militärische Einsatzbereitschaft und deren anderes der Schutz der Zivilbevölkerung sei, sieht die Realität anders aus. Mit dem jetzigen Zustand wird doch wohl auch die Glaubwürdigkeit der NATO-Strategie der Abschreckung in Frage gestellt. Auch der Innenminister Baum teilt diese Ansicht, wenn er feststellt, „die Sicherung des Friedens durch Abschreckung sei erst dann ganz gewährleistet, wenn neben der militärischen Verteidigungsfähigkeit der Allianz auch eine funktionierende zivile Verteidigung stehe. Ein unzureichender Stand des Zivilschutzes gefährdet das Bündnis“.

Im Gegensatz zu den westlichen Ländern verfährt die Sowjetunion anders. Sie ist bemüht, die Überlebensfähigkeit nicht nur der Bevölkerung, sondern auch wichtiger Industrien zu gewährleisten. Der sowjetische Verteidigungsminister hat mehrfach die Zivilverteidigung als „Angelegenheit von höchster strategischer Bedeutung“ bezeichnet. Die Organisation der Zivilverteidigung ist straff. General Altunin unterstehen heute Verbände von rund 100 000 Mann.

In jeder Sowjetrepublik führt ein General einen Zivilverteidigungsstab. Jeder Befehlshaber eines Militärbezirks hat eine Stabsabteilung Zivilverteidigung. Auf allen darunterliegenden Ebenen bestehen Dienststellen der Zivilverteidigung, die ausschließlich von Reserveoffizieren geführt werden. Zum Schutz von Städten und Betrieben gibt es umfassende Zivilschutzdienste.

Nach Äußerungen von Marschall Sokolowski hat „die zivile Verteidigung vor allem die für eine normale Tätigkeit aller Führungsstellen des Landes im Kriege und für eine hohe Leistungsfähigkeit der Volkswirtschaft erforderlichen Voraussetzungen zu schaffen. Das geschieht durch weitgehenden Schutz der Bevölkerung vor Massenvernichtungsmitteln, durch umfassende und vielseitige Hilfe-

leistungen für die Geschädigten und durch rasche Beseitigung der Folgen nuklearer Angriffe des Gegners.“

Folgerichtig wurden Industrien in den Osten des Landes dezentralisiert, teilweise unter die Erde gebracht, für die Bevölkerung wurden auch im Frieden nutzbare Schutzbunker errichtet und sorgfältige Pläne für Evakuierungen ausgearbeitet. Die gesamte Bevölkerung wird in einem straffen Programm von jährlich mindestens 20 Stunden ausgebildet. Hauptträger der Ausbildung ist die Massenorganisation DOSAAF, die größte paramilitärische Organisation der Welt.

Diese Tatsache ist umso bedeutsamer, da man noch unter Chruschtschow einen Massenschutz für unmöglich hielt, und der damalige Verteidigungsminister Malinowski sich gegen Schutzbunker im großen Stil ausgesprochen hatte. Auf diesem Standpunkt scheinen aber wir, wie es aussieht, stehen bleiben zu wollen.

(Erhard Haschke in der
Oldenburgischen Volkszeitung)

Dienst im Schatten

Bundespräsident Carstens hat die Bedeutung des Zivilschutzes in der Bundesrepublik unterstrichen und den Dienst in den Organisationen des Zivilschutzes als Dienst an der Demokratie bezeichnet. Natürlich erklärt das Staatsoberhaupt so etwas nicht von ungefähr. Der Bundespräsident will mit seinem Bekenntnis zur Notwendigkeit der zivilen Verteidigung auch Impulse zur Mitarbeit an diesen Sicherheitsvorkehrungen geben. Das ist notwendig, denn dieser Dienst ist eine schmucklose Sache, bei der nicht viel äußere Ehren zu gewinnen sind. Die Arbeit vollzieht sich eher im Schatten als im Licht.

Zivilschutz und Zivilverteidigung sind in der Bundesrepublik notleidende Themen, Kritiker werfen den Politikern vor, nicht genügend getan zu haben, um diese Komponente der Sicherheit mit genügend Mitteln auszustatten. Es ist wahr. Im Vergleich zur äußeren Verteidigung, also zu den Ausgaben, die für die Bundeswehr getätigt werden, führt die zivile Verteidigung ein kümmerliches Dasein. Das wird besonders deutlich, wenn man sie mit den Maßnahmen vergleicht, die beispielsweise in Schweden oder in der Schweiz für den Schutz der Bevölkerung gegen die Einwirkungen äußerer Gewalt getroffen werden.

Diese Vergleiche hinken aber, denn bei ihnen steht immer das Platzangebot an

Schutzräumen im Vordergrund, das auf Grund der natürlichen Gegebenheiten in beiden Ländern und infolge der Tatsache, daß dort keine Kriegsschäden zu beseitigen waren und kein Aufbau finanziert werden mußte, geschaffen werden konnten. In der Bundesrepublik ist der Schutz der Bevölkerung in den Ballungsgebieten durch Schutzräume auch unter Aufwand größter Mittel nicht herzustellen.

Bundesinnenminister Baum hat angekündigt, die Bundesregierung wolle in den kommenden zehn Jahren rund eine Milliarde DM für die Zivilverteidigung aufwenden. Das ist nicht viel, kann aber durchaus wirksam sein, wenn die Mittel richtig eingesetzt werden.

(Gießener Allgemeine/
Gießener Freie Presse)

NRW: medizinische Vorsorge für den Katastrophenfall reicht aus

Nur drei Prozent der Bevölkerung kann derzeit in Schutzräumen untergebracht werden. Nur durch eine Umverteilung der Gelder ist nach Ansicht von Innenminister Dr. Herbert Schnoor (SPD) die Zahl der für den Verteidigungsfall zur Verfügung stehenden zivilen Schutzräume zu erhöhen. Für eine „Vollversorgung“ der Einwohner der Bundesrepublik hätte man sich bei der Gründung der Bundeswehr entschließen müssen, dies sei jedoch unterblieben, erklärte der Innenminister auf eine mündliche Anfrage des CDU-Abgeordneten Helmut Loos. Der Abgeordnete hatte auf Äußerungen des Präsidenten des Deutschen Ärztetags hingewiesen, daß die medizinische Versorgung und die Zahl der Schutzräume für den Katastrophenfall unzureichend seien. Dies bestritt der Innenminister und wies auf den Entwurf eines Gesundheitssicherstellungsgesetzes hin, der in Bonn erarbeitet werde. Schnoor erinnerte zudem an das Katastrophenschutzgesetz, das Krankenhäuser verpflichte, die erforderlichen Einrichtungen für die Aufnahme von Notfallpatienten im Katastrophenfall vorzuhalten. Auch die Zahl von 44 Betten in den Spezialabteilungen für Strahlengeschädigte in Essen, Jülich, Köln und Wuppertal sei für Unfälle in Kernkraftwerken ausreichend, da solche Unfälle nicht plötzlich aufträten, sondern vorher erkennbar seien. Es gebe keinen Anlaß, an einer ausreichenden medizinischen Versorgung der Bevölkerung im Katastrophenfall zu zweifeln.

(Landtag intern, Düsseldorf)

Presseschau Ausland

Europäer auf Atombunker-Suche

Wie die aktuelle Weltlage empfunden wird von vielen Menschen, das erkennt Robert Äberhard, Informationschef des Bundesamtes für Zivilschutz in Bern, mit einem einzigen Blick auf seinen Schreibtisch: Da stapeln sich neuerdings wieder Anfragen von Bürgern aus ganz Europa, die sich bei den Eidgenossen nach Informationsmaterial, Bauplänen und Kostenberechnungen für den persönlichen Atombunker erkundigen, „Afghanistan“ vor rund neun Monaten und jüngst nun wieder der Ausbruch des Konflikts zwischen Iran und Irak führten inzwischen zu einer Verfünffachung der Anfragen ausländischer „Kunden“ bei den Schweizer Zivilschutzfachleuten.

Die Informationsschrift mit dem nichtsagenden Titel „TWP – 19-66, technische Weisungen für den privaten Schutzraumbau“ wurde zum „Bundes-Bestseller“ in der Eidgenossenschaft. Die Unterlagen wurden bereits ins Englische übersetzt und in Frankreich nachgedruckt. Ein spanischer Verlag ist dabei, die Zivilschutzlehren aus dem neutralen Alpenland mit spanischen und portugiesischen Übersetzungen auch den Iberern und Südamerikanern zur Lektüre und Nachahmung zu unterbreiten. Als das britische Fernsehen „BBC“ vor kurzem einen Film über den desolaten Zustand der Pläne zum Schutz der Zivilbevölkerung in einem Nuklearkriegsfall ausstrahlte, „gab es sogar Engländer, die anderntags einen Flug nach Zürich buchten und sich keine 24 Stunden nach der Sendung in meinem Büro meldeten, um sich Bauanleitungen aushändigen zu lassen“, schildert Äberhard die Nachfrage.

Zu sehen gibt's in der Tat einiges. Die Eidgenossen hätten „zum Überleben die Alpen durchlöchert wie Käse“, mokierte sich nicht ganz unzutreffend im Londoner „Sunday Times Magazin“ der briti-

sche Journalist Peter Laurie. In den vergangenen zwanzig Jahren wurden von den Schweizern 4,5 Millionen Schutzplätze in modern belüfteten Räumen mit Filteranlagen gebaut. Dazu kommen noch 1,8 Millionen ausbaufähige Plätze in Altbauten. Spätestens bis zur Jahrtausendwende soll in der Eidgenossenschaft nicht nur jeder der voraussichtlich etwa 6,4 Millionen Bürger seinen fest zugeleiteten Schutzplatz unter der Erde kennen, sondern man will dann auch für Urlauber oder Reisende im Nahbereich der großen Bahnhöfe und Flughäfen Kollektivschutzbauten fertiggestellt haben.

In der Kleinstadt Biel an der Sprachgrenze zwischen der deutsch- und französischsprachigen Schweiz zum Beispiel liegen seit wenigen Wochen auf der Hauptpost 32000 gelbe Karten mit Zustelladressen in Computerschrift. Innerhalb von vier Stunden wird im Alarmfall so jedem Bürger schriftlich mitgeteilt, wo er seinen fest zugewiesenen Unterschlupf finden kann. Die ganze Stadt mit ihren 55000 Menschen wurde in drei Sektoren, zwölf Quartiere, 94 Blockabschnitte aufgeteilt, wobei jeder Blockabschnitt nicht mehr als 700 Frauen, Männer und Kinder zählen darf...

Das Lob schweizerischen Zivilschutzes wird auch im Ostblock gerne verbreitet. In der ungarischen Fachzeitschrift „Polgari Vedelem“ schilderte Jozsef Szucs sehr detailliert, warum heute „der Durchschnittsschweizer die neuen Waffenarten und ihre Wirkungen besser kennt als die Bürger der Herstellungsländer selber“. Eine wahre Hymne stimmte der bereits erwähnte Brite Laurie an. Er wußte zu erzählen: „Inzwischen dürften die in den Bergen gegrabenen Höhlen Raum für sämtliche 700000 Mann der Schweizer Milizarmee samt Flugzeugen, Panzern, Artillerie, Pontonierausrüstungen, Munition, Proviant, Treibstoff und lehrreichen Büchern für mindestens drei Belagerungsjahre bieten.“

In Wirklichkeit bleibt nach den Plänen von Zivilschutz-Chef Hans Mumenthaler noch enorm viel zu tun. Für Bauten wurden zwar bis heute an die zweieinhalb Milliarden Schweizer Franken ausgegeben. Doch die Ausbildung der Zivilschutz-Helfer mit dem gelben Helm – alles ehemalige Milizangehörige im dienstfreien Alter ab 50 Jahren sowie dienstuntaugliche Bürger – steht weitgehend erst auf dem Papier. Rund 425000 Schutzdienstpflichtige warten auf ihre Aufgebote zu Instruktionkursen. Mit Totalausgaben von rund sieben Milliarden Schweizer Franken wird in Bern gerech-

net, um den beschlossenen „Soll-Zustand“ in Theorie und Praxis des Überlebens unter Atombomben zu verwirklichen.

(Frankfurter Rundschau)

„Sehr miese Atombunker“

Die für den Fall eines Atomkrieges in Großbritannien gebauten Befehlsstände in Atombunkern sind offenbar in so schlechtem Zustand, daß die Zuflucht suchenden Politiker und Beamten im Ernstfall kaum Überlebenschancen hätten.

Noch unwahrscheinlicher scheint es, daß die Volksvertreter von hier aus die Geschehnisse der ungeschützten Bevölkerung wahrnehmen könnten. Dies geht aus Beobachtungen von Journalisten hervor, die anlässlich einer Zivilschutzübung einen der existierenden 15 Bunker in der südenglischen Grafschaft Hampshire besuchten.

Sie entdeckten dort Stalaktiten, die – gebildet vom herabtropfenden Regenwasser – von der Decke eines Schlafsaales hingen. Der zur Verfügung stehende Atom-Mülleimer hatte keinen Deckel. Die Luftfilter-Anlage fiel öfters aus und bietet keinen Schutz gegen Nervengase und bakterielle Kampfstoffe.

Noch schlechter ist es um die technische Ausrüstung der 1970 gebauten Befehlszentrale bestellt. Die Fernschreiber stammten aus dem Zweiten Weltkrieg und funktionierten nur selten. Da es keine Ersatzteile gebe, müßten die Besatzungen während der Übung einen Fernschreiber ausschachten, um die anderen funktionsfähig zu erhalten.

Auch mit der Information der potentiellen Besatzung über ihre Aufgaben im Ernstfall scheint es nicht zum besten zu stehen. Vertreter des Innenministeriums in London gestanden, daß die dafür vorgesehenen Beamten bis heute noch nichts von ihrem Einsatz in den Kommandozentralen wissen. Die meisten seien noch nicht einmal darüber informiert, wo sich die Bunker befänden.

Offensichtlich sind die in entlegenen Gebieten gebauten Bunker auch nicht besonders gegen Eindringlinge geschützt. Die Journalisten wurden aufgefordert, nichts über den Standort zu schreiben, damit die Zentralen nicht von vandalisierenden Briten zerstört werden können.

(Waldeckische Landeszeitung, Korbach)

Wissenschaft & Technik

Weltweit einheitliche Sicherheitsbestimmungen für die Medizintechnik

Eine erste übernationale Basis für gemeinsame Sicherheitsnormen in der Medizintechnik hat die Internationale Elektrotechnische Kommission (IEC) mit den „Allgemeinen Bestimmungen für die Sicherheit“ geschaffen. Die veröffentlichten Sicherheitsbestimmungen gehören zu einer umfassenden Normenreihe für elektromedizinische Einrichtungen. Das DIN Deutsches Institut für Normung e. V. beabsichtigt, diese IEC-Publikation 601/1 unverändert in sein Normenwerk zu übernehmen.

Schon seit einiger Zeit gibt es auf den verschiedenen Gebieten der Medizintechnik internationale Normen, z. B. für Spritzen und Injektionsnadeln, Transfusionsgeräte, Hörhilfen und in der Dentaltechnik. Für den Geltungsbereich der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West) hat das DIN Deutsches Institut für Normung e. V. bis heute 700 „Medizin-Normen“ erarbeitet: Normen über medizinische Instrumente, über Erste Hilfe, Verbandstoffe, Krankenhauswesen, Transfusion-Infusion-Injektion, Laboratoriumsmedizin, Radiologie, Hämatologie, Orthopädietechnik usw.

Gegenwärtig ist der Sicherheitsgedanke in der Normung allgemein – national wie international – von wachsender Bedeutung. Die Aufmerksamkeit muß im medizintechnischen Bereich – wie auf anderen Gebieten auch – mehreren Blickrichtungen gelten:

- der Sicherheit medizintechnischer Erzeugnisse durch sachgerechte Konstruktion, sorgfältige Fertigung und Prüfung,
- der Betriebssicherheit der medizintechnischen Erzeugnisse in einer sicherheitstechnisch einwandfreien Umgebung, insbesondere durch sachgemäße Installation und geeignete Kombination von Einzelkomponenten,
- der Sicherheit durch qualifizierte Ausbildung und Information des Bedienungspersonals und durch die erforder-

liche Unterrichtung und Kenntnis möglicher Gefährdungen,

- der Sicherheit durch ausreichende Wartung und Instandhaltung der Einrichtungen und Anlagen.

Normen sind Empfehlungen, doch erhalten sie durch die Art ihrer Entstehung – nämlich durch die sorgfältige Zusammenarbeit kompetenter Fachleute – einen hohen Grad an Verbindlichkeit. Ist in den Arbeitsgremien einmal eine Übereinstimmung erzielt worden, kann davon ausgegangen werden, daß sich das Arbeitsergebnis auch in der täglichen Praxis durchsetzt und bewährt. Im Zusammenhang mit der vorliegenden IEC-Publikation heißt das: In naher Zukunft wird es weltweit einheitliche Bestimmungen für die Sicherheit elektromedizinischer Einrichtungen geben.

Geländewagen für Bergung, Transport und als Vorausfahrzeug

Auf der Basis eines Geländewagens bietet ein bekannter deutscher Automobilhersteller dieses Fahrzeug als Schnellbergungswagen, Krankentransporter und Vorausfahrzeug speziell den Feuerwehren an; das erste Fahrzeug erhielt jetzt die Freiwillige Feuerwehr Passau. Der geländegängige Schnellbergungswagen – entwickelt von der Rettungsdienst-Stiftung Björn Steiger – kann überall dort eingesetzt werden, wo bei Unfällen und Katastrophen Menschenleben in Gefahr sind und schnelle Hilfe auch in schwierigem Gelände erforderlich ist. Der Geländewagen umgeht Verkehrsstaus auch über Böschungen und durchfährt Baustellen und sonstige Hindernisse, die größere Hilfsfahrzeuge am Vorwärtskommen hindern.

An Bord findet die dreiköpfige Besatzung alle wichtigen Geräte und Einrichtungen für die Hilfe vor Ort. Hydraulische Rettungsgeräte wie Spreizer oder Schere sowie weitere technische Rettungssätze, Bergetuch und Krankentragedienen der Bergung von Unfallopfern



aus Fahrzeugen. Für erste medizinische Versorgung stehen ein kombinierter Sanitätskasten und ein Notarztkoffer sowie Beatmungsbeutel usw. zur Verfügung. Ein Warnmast mit Blaulicht und eingebauter Beleuchtung sichert die Unfallstelle und leuchtet sie aus. Der Mast kann auf eine Höhe von fast 5 m ausgefahren werden. Zur Stromversorgung der Arbeitsgeräte ist ein Stromgenerator eingebaut, der über den Nebenantrieb des Fahrzeugs angetrieben wird.

Kopfverbandhaube zur schnellen Erstversorgung aller Verletzungen im Schädelbereich

Bei Schädelverletzungen mit ausgedehnten Weichteilverletzungen und großen Wundflächen stellt der Kopfverband immer ein Problem dar. Einen klassischen Kopfverband anzulegen ist oft nicht möglich, andererseits kann die Wundfläche nicht offen bleiben. Da im Rettungswesen oft unter Zeitdruck gearbeitet werden muß, ist eine schnelle Wundbedeckung erforderlich. Aus diesem Grund wurde eine spezielle Haube entwickelt, die schnell und leicht über den verletzten Kopf gestülpt und durch einen Klettenverschluß unter dem Kinn lose fixiert werden kann. Die Haube ist so groß bemessen, daß noch reichlich sterile Mullauflage auf der Wunde unter der Haube Platz findet. Innerhalb der Rettungskette ist die Kontrolle und Überwachung der Kopfwunde leicht und schnell möglich, ohne den Patienten zusätzlich zu belasten:

Der sterilisierte Spezialverband verklebt nicht, ist faserfrei, atmungsaktiv und stark saugend. Die Kopfverbandhaube wird aus drei Schichten gebildet:

1. Die metallisierte, glatte Oberfläche besteht aus einem bakterizid ausgerüsteten, hygroskopischen Material, das im Hochvakuum-Verfahren mit reinem Aluminium bedampft wurde.
2. Die zweite Schicht ist zur Aufnahme von Wundsekreten bestimmt und wird aus chemisch reinem, verfestigtem Zellstoff-Wattevlies, hochsaugfähig, hergestellt. Selbst bei Bewegung ballt oder verschiebt es sich nicht.
3. Ein hydrophobes und ebenfalls keimfreies, bakterienabweisendes Vlies bildet die Rückseite unseres Spezialverbandes.

Fertig verpackt kann die sterilisierte Kopfverbandhaube in jedem Notfallkoffer, Verbandkasten oder jeder Verbandtasche untergebracht werden. Die Packungsgröße beträgt nur ca. 15 x 7 x 1 cm, das Gewicht ca. 30 g.

Neue Bücher

Gefahr aus dem Weltraum

Politische, militärische, technische und rechtliche Aspekte
Von Wolf/Hoose/Dauses
Osang Verlag GmbH, Bonn

Die Erschließung des Weltraumes hat ungeahnte Perspektiven eröffnet – gleichzeitig aber auch noch nie dagewesene Gefahren heraufbeschworen. Es ist unbestritten, daß militärische Aspekte die maßgeblichen Gründe für die Raumfahrtaktivitäten der USA und der UdSSR waren und sind. Alles deutet darauf hin, daß diese beiden Staaten, die sich derzeit noch allein im Besitz der erforderlichen Technologien befinden, den Weltraum bereits in ihre strategischen Überlegungen einbezogen haben. Es wurden sogar neue Militärstrategien entwickelt. Allerdings wird dieser Komplex natürlich geheimgehalten – und führt dadurch erst recht zu Spekulationen.

Alle Probleme, die mit der militärischen Nutzung des Weltraumes zusammenhängen, werden in den Beiträgen des vorliegenden Buches behandelt, vor allem die Fragen der militärischen und der friedlichen Nutzung der Raumfahrt.

Ein umfangreicher Anhang, der alle gängigen Abkürzungen, ein Autoren-, ein Literatur- und ein ausführliches Inhaltsverzeichnis sowie ein Personenregister umfaßt, erleichtert den Gebrauch.

Gerätesicherheitsgesetz

Von T. R. Meyer
Verlag für Technische Regelwerke
GmbH, Berlin

Der Band umfaßt die Gesetzestexte und gibt eine Gesamtdarstellung der Vorschriften und der Vorschriftenpraxis. Einführungen zu den einzelnen Vorschriften werden ebenso gegeben, wie eine Kommentierung der 1979 erfolgten Änderungen und Beispiele aus der Rechtsprechung. Trotz seiner Bedeutung ist das Gerätesicherheitsgesetz

in der Öffentlichkeit bisher relativ unbekannt geblieben.

Die in diesem Band erstmals veröffentlichte Sammlung der Rechtsprechung zum Gerätesicherheitsgesetz ist bestimmt nicht nur für den Juristen von Interesse. Jeder, der – sei es in Unternehmen, Verbänden oder Behörden – mit dem Gesetz befaßt ist, kann daraus wichtige Anregungen für seine Arbeit gewinnen.

Hartöstlich von Suez

Von Erich Helmensdorfer
Verlag R. S. Schulz, München und Percha

Der arabische Zwischenkontinent ist seit Jahren Schauplatz von Auseinandersetzungen. Ideologien und Machtinteressen treffen aufeinander; hier kreuzen sich die Wege von Europa nach Asien und von der Sowjetunion nach Afrika.

Die Geschehen – hier liegen die so wichtigen Erdölvorkommen – finden dennoch in einer weitgehend unbekanntem Gegend statt. Helmensdorfer setzt in seinem Buch Schlaglichter, die den Hintergrund erhellen; Geheimnisvoll anmutende Zusammenhänge werden sichtbar.

Nur mit dem Wissen um geschichtliche Traditionen wird das Knäuel von Beziehungen und Abneigungen entwirrt. Auch die Spuren, welche Deutsche im Wüstensand hinterlassen haben, werden sorgfältig verzeichnet.

So wird die mysteriöse „von Stotzingen-Mission“ nach Originalaufzeichnungen wiedergegeben. Alles in allem: eine interessante Analyse.

Südwestdeutschland – Stunde Null

Von Jochen Thies und Kurt von Daak
Droste Verlag, Düsseldorf

Die Geschichte der französischen Besatzungszone in den Jahren von 1945 bis 1948 wird hier in einem Bild/Text-Band geschildert. Eindrucksvolle Fotos, Plakate und Dokumente aus deutschen und französischen Archiven machen deutlich, mit welchen Schwierigkeiten die Menschen in dieser Zone zu kämpfen hatten. Die zentralen Themen:

Hunger, die Suche nach Angehörigen, Arbeit und Wohnung, der Schwarzmarkt.

Aber auch der zögernde Neubeginn der Wirtschaft, die Entstehung der Länder Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und des Saarlandes werden nachgezeichnet. Gleichzeitig wird dabei erkennbar, welchen Schritt zu einer Völkerverständigung man hier getan hat.

Notruf 112 – Feuerwachen im Einsatz

Herausgegeben von der efb-Verlagsgesellschaft mbH, Breslauer Straße 25, 6450 Hanau/Main

Eine Bild- und Textdokumentation der Brandschutzzeitschrift „112 – Magazin für den Feuerwehrmann“: Die Publizität der Feuerwehren – so wird im Vorwort betont – wird überwiegend nur dann ins Licht der Öffentlichkeit gerückt, wenn etwas „schiefgelaufen“ ist. Die jetzt aufgelegte Dokumentationsserie soll mithelfen, die Arbeit der Feuerwehren transparenter zu gestalten.

In zum Teil farbig bebilderten Berichten werden Feuerwehreinsätze der letzten Jahre in aller Welt detailliert wiedergegeben. So u. a. ein Hotelbrand in Saragossa, Kaufhausbrände in Wien und Frankfurt, ein Hochhausbrand in Sao Paulo.

Dem Leser wird dieses Buch sicher die Welt der Feuerwehren erschließen. Die Dokumentation ist auch ein Beweis dafür, wie technisch versiert Wehren heute sein müssen – und wie leistungsfähig.

Notfall- und Nachlaß-Mappe

Herausgeber: Neuer Handels-Verlag GmbH & Co., Bad Wörishofen

In dieser Mappe können alle für den Not- und Todesfall wirklich wichtigen Unterlagen und Anweisungen zusammengefaßt werden. Die Mappe soll helfen, wesentliche Unterlagen und Dokumente nicht nur einfach zu sammeln, sondern sie bereits sinnvoll zusammenzustellen.

Es ist hier tatsächlich kein Lebensbereich ausgespart, ob es um allgemeine Anweisungen und das Testament geht, um persönliche Papiere, Finanzen und Kapitalanlagen, Fragen der Sozialversicherung oder private Kranken- und Lebensversicherung, Haftpflicht-, Rechtsschutz- und sonstige Versicherungen. Insgesamt 12 Hauptgruppen sind vorbereitet und durch ein Register getrennt.

Das Minimagazin

Tips und Kniffe
für die Praxis

Abstecken verschiedener Winkel

Im „Minimagazin“ der Ausgabe 7-8/80 erklärten wir, wie man ohne Hilfe eines Vermessungsgerätes einen rechten Winkel abstecken kann. In dieser Ausgabe geht es nun um das Abstecken verschiedener Winkel mit einfachen Mitteln.

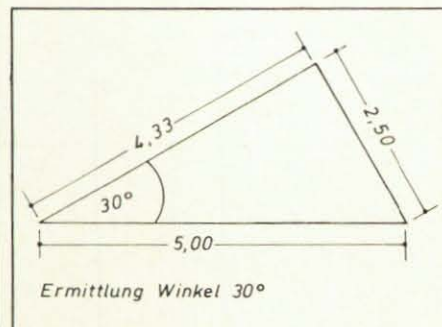
Wenn auch der rechte Winkel am häufigsten gebraucht wird, so wird es doch gelegentlich vorkommen, daß ein Winkel von 30° oder 60° abzustecken ist.

Auch das ist mit einfachen Mitteln (Zollstock, Bandmaß) und mit einfachen Merkmahlen möglich. Schließlich kann man sogar jeden beliebigen Winkel mit Hilfe des Zollstocks und einer Leiste ermitteln.

1. Winkel von 30°

Das Zahlenverhältnis im Dreieck für den 30°-Winkel beträgt 2,50 : 5,00 : 4,33.

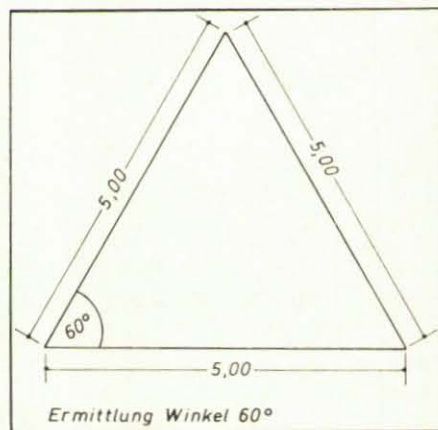
Ähnlich wie beim Abstecken eines rechten Winkels legen wir die im 30°-Winkel zu verbindenden Bauteile (oder stecken die Fluchtstäbe) nach Augenmaß etwa richtig aus. Auf dem einen wird nun 4,33 m (oder ein Vielfaches oder ein Teil davon), auf dem anderen 5,00 m (oder in gleicher Weise vervielfältigt oder geteilt wie oben) angezeichnet. Die Hölzer werden nun – genau wie beim 90°-Winkel – solange verschoben, bis die Linie zwischen den beiden angezeichneten Endpunkten 2,50 m (oder um den gleichen Faktor wie oben vervielfacht



oder geteilt) lang ist. Es gehen also auch die Maße 7,50 : 15,00 : 13,00 m oder 50 : 100 : 87 cm.

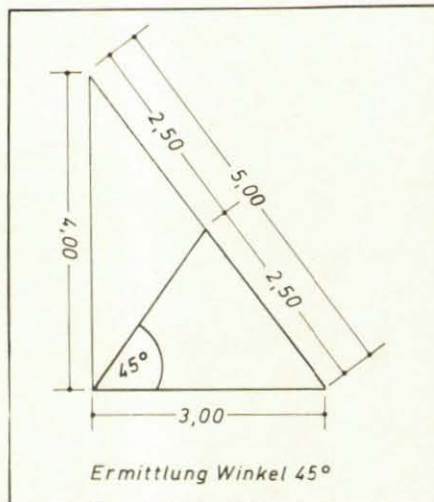
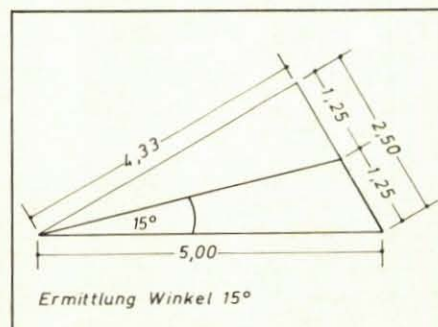
2. Winkel von 60°

Für den 60°-Winkel ist das Zahlenverhältnis ganz leicht zu merken. Es ist immer richtig, wenn alle drei Seiten des Dreieckes gleich lang sind; also z. B. 3,00 : 3,00 : 3,00 m oder 80 : 80 : 80 cm. Die Arbeitstechnik ist die gleiche wie schon beschrieben.



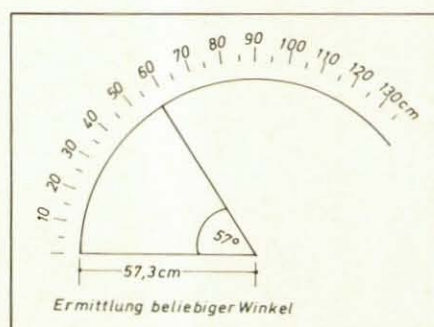
3. Winkel von 15° und 45°

Diese Winkel erhält man durch Halbierung der wie oben geschaffenen Winkel von 30° bzw. 90°. Die Halbierung geschieht ganz einfach dadurch, daß man die dem abgesteckten Winkel gegenüberliegende Seite halbiert und vom Schnittpunkt des Winkels aus mit diesem Punkt verbindet.

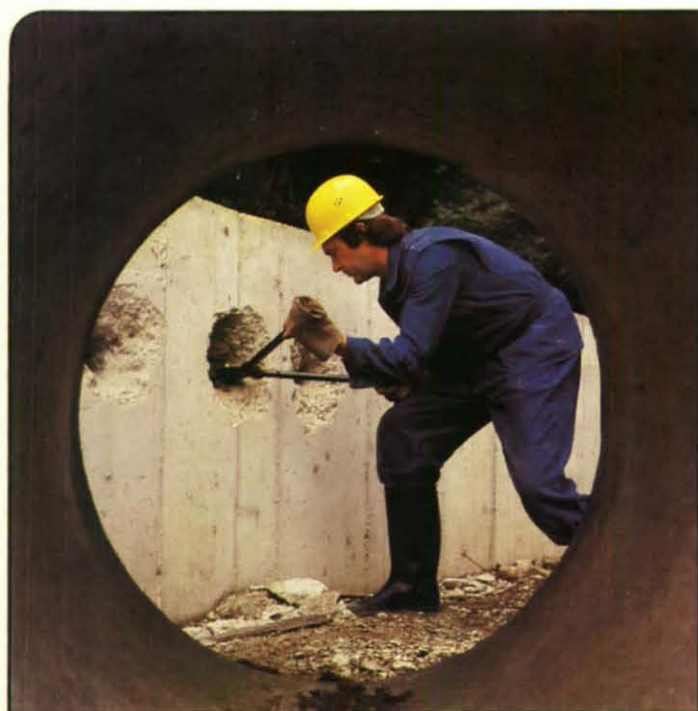


4. Beliebiger Winkel

Um jeden beliebigen Winkel ohne Winkelmesser abstecken zu können, benötigt man einen Kreisausschnitt mit dem Radius $r = 57,3$ cm. Jeder Zentimeter auf diesem Kreisbogen entspricht einem Grad. Praktisch geht das so: Man nimmt eine Leiste und reißt darauf 57,3 cm an. Durch den angerissenen Punkt schlägt man einen kleinen Nagel o. ä., so daß die Leiste auf dem zu vermessenden Objekt drehbar ist. Mit der Leiste wird ein Kreis beschrieben. Man zeichnet diesen an, indem man vor das Ende der Leiste einen Bleistift, Kugelschreiber, Nagel o. ä. hält. 27 cm auf diesem Kreis z. B. schließen dann einen Winkel von 27° ein oder 53 cm einen Winkel von 53°. So sind bei einiger Sorgfalt sogar Winkel mit einem halben Grad ausreichend genau abzustecken.



Bergung im Selbstschutz



Der Selbstschutz umfaßt alle Maßnahmen der Bürger in Wohn- und Arbeitsstätten, um Schäden zu mildern und zu beseitigen, die besonders durch Waffenwirkungen drohen oder eintreten können. Aber auch bei kleinen und großen Unglücksfällen bringen gut ausgebildete und ausgerüstete Kräfte des Selbstschutzes schnelle und damit effektive Hilfe.

Ein Teil der Selbstschutzmaßnahmen ist die Bergung Verletzter und Verschütteter. Die Ausrüstung für die Bergung umfaßt Geräte für die Stein- und Holzbearbeitung, zur Rettung von Personen, Hebezeuge und Leinen sowie Material für die Erstversorgung Verletzter. Damit können Bergungsarbeiten aus Höhen und Tiefen, das Heben von Lasten, Durchbrüche durch Wände und Decken sowie Erste Hilfe an Verletzten durchgeführt werden.

Bergung im Selbstschutz kann und will nicht den Fachdienst „Bergung“ des Katastrophenschutzes ersetzen. Im Selbstschutz ausgebildete Helfer können aber schnelle und fachkundige Hilfe leisten in Unglücksfällen und besonders im Verteidigungsfall, wenn aufgrund der Vielzahl der Schadensfälle der Fachdienst Bergung nicht überall sofort eingesetzt werden kann.

Unser Titelbild und die Fotos auf dieser Seite zeigen Aufgaben und Ausrüstung der Bergung im Selbstschutz.